

Protokoll

11. Sitzung (öffentlich)

7. Oktober 2015

Potsdam - Haus des Landtages

10.30 Uhr bis 14.00 Uhr

Vorsitz: Klaus Ness (SPD)

Protokoll: Stenografischer Dienst/
Marion Bley

Anwesende

Ausschussmitglieder: Mike Bischoff (SPD)
Thomas Domres (DIE LINKE)
Klara Geywitz (SPD)
stellv. Thomas Jung (AfD)
Dr. Saskia Ludwig (CDU)
Klaus Ness (SPD)
stellv. Dr. Jan Redmann (CDU)
stellv. Dr. Volkmar Schöneburg (DIE LINKE)
Britta Stark (SPD)
Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe)
Axel Vogel (GRÜNE/B90)

Tagesordnung:

1. Instrumente zur lebendigen Gestaltung der Parlamentsdebatte i. V. m. dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Das Parlament zum zentralen Ort der öffentlichen Debatte machen!“ Drucksache 6/13

Hier: Öffentliche Anhörung

2. Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zum Siebzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Siebzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag), Drucksache 6/2556

Hier: Erarbeitung einer Beschlussempfehlung an den Landtag

3. Bericht der Staatskanzlei zur Novellierung des „Jugendmedienschutz-Staatsvertrages“; Schlussfolgerungen und Ergebnisse aus der Online-Konsultation im Sommer 2015

4. Organstreitverfahren

1. der Mitglieder des Landtages Brandenburg Iris Schülzke, Peter Vida und Christoph Schulze,
2. der Parlamentarischen Gruppe im Landtag Brandenburg BVB/FREIE WÄHLER

wegen Regelungen des Fraktionsgesetzes (FraktG) und der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg (GOLT); Az.: VfGBbg 70/15

Hier: Beratung über die Abgabe einer Stellungnahme gemäß § 55 GOLT

5. Verschiedenes

- 5.1. Beschlussfassung über das Protokoll der 10. Sitzung des Hauptausschusses am 16.09.2015 gemäß § 83 Absatz 2 GOLT

- 5.2. Beschlussfassung über die Sitzungsterminen des Hauptausschusses 2016

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Festlegungen:

1. Die Tagesordnung wird mehrheitlich beschlossen.
2. Der Hauptausschuss wird dem Landtag empfehlen, den Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zum Siebzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Siebzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)“ - Drucksache 6/2556 - in unveränderter Fassung anzunehmen (TOP 2).
3. „1. Der Hauptausschuss hält in dem Organstreitverfahren, Az.: VfGBbg 70/15 eine Äußerung für geboten und wird dem Landtag eine Beschlussempfehlung unterbreiten.

2. Der Landtag möge einen Prozessbevollmächtigten bestellen. Als Prozessbevollmächtigter wird Herr Universitätsprofessor Dr. Thorsten Ingo Schmidt empfohlen.“ (TOP 4).
4. Die Richtigkeit des Protokolls der 10. Sitzung wird einstimmig beschlossen (TOP 5.1).
5. Die Sitzungstermine 2016 werden einstimmig beschlossen (TOP 5.2).

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Aus der Beratung:

Vorsitzender Ness(SPD) begrüßt die Anwesenden recht herzlich und eröffnet die 11. Sitzung des Hauptausschusses.

Vorsitzender Ness (SPD) erklärt, dass die Tagesordnung allen Ausschussmitgliedern fristgerecht zugegangen sei. Er wolle kurz daran erinnern, dass der Abgeordnete Vida (BVB/FW) einen Antrag gestellt habe, nämlich einen Punkt „Erteilung von Platzverweisen durch die Landtagsverwaltung während des Bürgerfestes“ aufzunehmen und Betroffene anzuhören. Diesen Antrag habe er mit Verweis auf die Zuständigkeiten und damit eine mögliche Behandlung im Präsidium abschlägig bescheiden müssen. Er würde sich als Präsidiumsmitglied auch persönlich dafür einsetzen, dass Herrn Vida die Gelegenheit gegeben werde, über diesen Vorgang im Präsidium zu sprechen.

Abgeordneten **Vida** (BVB/FW) erinnert an das öffentlich beworbene Bürgerfest anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung des Landes Brandenburg und der dabei von der Landtagsverwaltung gegenüber Vertretern von Volksinitiativen bei Unterschriftensammlungen ausgesprochenen Platzverweise. Diese skandalöse Verfahrensweise gehöre auch öffentlich im Hauptausschuss mit allen Beteiligten diskutiert.

Vorsitzender Ness (SPD) verweist nochmals auf die Geschäftsordnung, die sich der Landtag gegeben habe und in der explizit geregelt sei, dass derlei Inhalte im Präsidium zu diskutieren seien.

Abgeordneter **Vogel** (GRÜNE/B90) möchte sichergestellt sehen, dass Abgeordneter Vida (BVB/FW) im Präsidium zum Sachverhalt vortragen und diskutieren dürfe.

Für **Präsidentin Stark** ist es selbstverständlich, dass, wenn ein entsprechender Antrag an das Präsidium gestellt werde, sich auch die BVB/FREIE WÄHLER - Gruppe im Präsidium positionieren könne.

Abgeordneter **Vida** (BVB/FW) geht es vordergründig darum, dass die vom Platzverweis betroffenen Vertreter der Volksinitiative vor dem Hauptausschuss oder dem Präsidium angehört würden, weshalb er den Antrag aufrechterhalte.

Vorsitzender Ness (SPD) lässt über den Antrag abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
2	7	2

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-me

Damit sei der Antrag abgelehnt und er stelle die vorliegende Tagesordnung zur Abstimmung:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10	1	0

Zu TOP 1: Instrumente zur lebendigen Gestaltung der Parlamentsdebatte i. V. m. dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Das Parlament zum zentralen Ort der öffentlichen Debatte machen!“ Drucksache 6/13

Hier: Öffentliche Anhörung

Vorsitzender Ness (SPD):

Unsere Anzuhörenden haben gerade erlebt, dass dieses Parlament durchaus in der Lage ist, lebendig zu sein. Ich freue mich, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind, und begrüße herzlich: Herrn Christian Christen, Direktor beim Abgeordnetenhaus von Berlin; Herrn Prof. Stefan Marschall von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; den Hamburger Wahlbeobachter Martin Fuchs; Benjamin Lassiwe, Herrn Dusel, Beauftragter der Landesregierung Brandenburg für die Belange von Menschen mit Behinderung; Herrn Prof. Behrmann von der Universität Potsdam und Bernd Mones, Geschäftsführer des Landesjugendrings Brandenburg. Wir hatten einen weiteren Anzuhörenden eingeladen: den Präsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt, Herrn Gürth. Er lässt sich entschuldigen und wird eine Stellungnahme nachreichen.

Die Stellungnahmen liegen ansonsten vor. Ich schlage vor, dass wir die Anhörung in zwei Blöcke teilen, nach den ersten vier Anzuhörenden die erste Nachfragerunde beginnen, im nächsten Block die nächsten drei anhören und danach Fragen stellen und eine Generaldebatte führen. Vorab war vereinbart worden, dass Sie Ihre schriftliche Stellungnahme in einem Vortrag von zehn Minuten Länge ergänzen können. Sind die Abgeordneten mit dem Verfahren einverstanden? - Ich sehe keinen Widerspruch und erteile Herrn Christen das Wort.

Herr Christian Christen (Direktor beim Abgeordnetenhaus von Berlin):

Eine Parlamentsreform hat Anfang 2014 das Berliner Parlament lebendiger gemacht. Es ist nicht nur Landtag, sondern auch Stadtparlament, was dazu führt, dass man andere Themen als ein Landtag für eine Landesebene behandelt.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Das Berliner Parlament versteht sich als Teilzeitparlament und tagt jeden zweiten Donnerstag von 11 bis 19 Uhr; früher begann man um 13 Uhr. Durch die Reform gab man sich einen früheren Sitzungsbeginn; der Ablauf ist nun kompakter. Man hat die in vielen Parlamenten vorhandene Große Anfrage und die „gesetzten“ Fragen, die Abgeordnete dem Senat drei Tage vor einer Sitzung eingereicht hatten - auf sie war mit Vorbereitung geantwortet worden -, abgeschafft. Jetzt legt man mehr Wert auf die spontane Fragestunde.

Man beginnt mit einer Aktuellen Stunde. Ihr Thema bestimmt die Mehrheit, jedoch hat jede Fraktion zweimal im Jahr das Recht, mit einem Wunsch berücksichtigt zu werden. Jede Fraktion hat zehn Minuten Redezeit. Auch der Senat hält sich daran, nur zehn Minuten zu reden. Er hätte nach der Verfassung das Recht, unbegrenzt zu sprechen, hält sich aber nach den guten Sitten bei uns an die Vorabsprachen. Da wir fünf Fraktionen haben, wird die Aktuelle Stunde in sechzig Minuten abgehandelt.

Daran schließt sich eine spontane Fragestunde von ebenfalls sechzig Minuten Dauer an, die in zwei Fraktionsrunden gegliedert ist und danach im freien Zugriff abläuft. Wir erreichen in der Regel den freien Zugriff, da Fragen und Antworten kurz sein sollen. Natürlich ist es relativ, was eine kurze Frage ist und wie viele Unterfragen ein Fragesteller einbaut. Das wird seit anderthalb Jahren erprobt und hat sich gut eingespielt. Manche Abgeordnete haben in ihre Fragen viel hineingepackt und auch der Senat hat sich manchmal dem Verdacht ausgesetzt, durch lange Antworten Zeit zu verbrauchen. Aber in der Zwischenzeit haben sich nach meinem Eindruck alle Beteiligten geeinigt; das läuft sehr gut. Dadurch kommt große Aktualität ins Parlament. Für Öffentlichkeit und Zuschauer sind das die interessantesten Teile des Parlamentslebens.

Danach folgt ein sogenannter Prioritätenblock, etwas, was man im Berliner Abgeordnetenhaus gegen Ende der letzten Wahlperiode eingeführt hat. Jede Fraktion darf einen Punkt der Tagesordnung nach vorn ziehen. Das rotiert, sodass jede Fraktion die Möglichkeit hat, ein Thema prominent zur Medienbeachtungszeit zu platzieren - das kann ein Gesetz, ein Antrag oder eine Beschlussempfehlung aus einem Ausschuss sein. Das hat sich über Jahre bewährt und ermöglicht den Fraktionen, je nach politischer Bewertung Themen nach vorn zu bringen. Das ist auch der Grund, weswegen man bei uns die Große Anfrage abgeschafft hat. Sie war faktisch so etwas Ähnliches und bot für ein Thema mehr Redezeit; der Prioritätenblock hat dies überflüssig gemacht.

Im Anschluss kommt es zur Abhandlung von Gesetzeslesungen, Anträgen, Wahlen und Ähnlichem.

Die Kompaktheit verdankt sich auch einem Redezeitkontingent, das im Januar 2014 für Themen nach dem Prioritätenblock vereinbart wurde. Jede Fraktion hat 35 Minuten Redezeit und kann sie auf TOPs verteilen, die sie für wichtig hält. Jede Fraktion kann zwei Tagesordnungspunkte zur Besprechung anmelden - bei fünf Fraktionen ergibt das im Maximum zehn.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Die Verteilung der Redezeit ist kompliziert. Das Kontingent ist nicht frei verteilbar, denn die Geschäftsordnung regelt umfassend, zu welchen Themen die Redezeit vorgegeben ist: Bei Gesetzeslesungen kann man 15 Minuten wählen, bei Anträgen und Beschlussempfehlungen nur fünf Minuten. Das ist noch nicht ganz synchronisiert, was manchmal zu Diskussionen führt, wenn eine Fraktion zu Beginn sparsam war und vom Kontingent noch viel übrig hat, dies aber durch die andere Regel - zum Antrag kann man nur fünf Minuten reden - nicht ausschöpfen kann. Das Konzept ist seit anderthalb Jahren in der Erprobung, aber der Ablauf ist durch die Redezeitkontingente kompakter geworden und man kann die vereinbarte Schlusszeit der Sitzung - 19 Uhr - einhalten. Das funktioniert recht gut.

Ich glaube, die Lebendigkeit eines Parlaments kommt vor allem durch Themen zustande - sofern sie aktuell sind. Dann ist egal, an welchem Tagesordnungspunkt man sie platziert. Bei einem Stadtparlament gibt es immer etwas Aktuelles. Bei uns in Berlin wird manchmal jede kleine Sache, die in Bezirken passiert, auf die Landesebene gezogen, weil Senat und Landesparlament durch den Bürger allemal für alles verantwortlich gemacht werden. Dadurch ist die Vielfalt der Themen groß.

Herr Prof. Dr. Stefan Marschall (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Lehrstuhl Politikwissenschaft II, Institut für Sozialwissenschaften, Philosophische Fakultät):

Die Problemanalyse haben Sie selbst geliefert: 2014 gab es eine niedrige Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl in Brandenburg - die zweiniedrigste in der Geschichte der Bundesrepublik nach Sachsen-Anhalt mit etwa 44 % im Jahr 2006.

Bei jungen Menschen war die Wahlbeteiligung extrem niedrig, was dramatisch ist. Die niedrigste Wahlbeteiligung liegt in der Altersgruppe zwischen 21 und 25 Jahren: bei unter einem Drittel.

Gleichzeitig haben wir eine relativ hohe Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl: 20 % mehr. Das könnte durch folgende Frage begründet sein: Wie sichtbar ist und als wie relevant wird ein Parlament, eine zu wählende Körperschaft, empfunden? Da gibt es zu mobilisierende Kapazitäten. Sie stellen richtige und wichtige Fragen: Wie kann der Landtag deutlicher und prominenter klarmachen, dass er der zentrale Ort politischen Entscheidens in einem Land ist? Das zu tun ist eine wichtige demokratietheoretische, demokratische Aufgabe, der Sie sich stellen.

Was kann der Landtag selbst tun? Es gibt zwei Möglichkeiten, die Sie in Ihren Fragen angesprochen haben: Wie können Sie erstens Verfahren durch eine Parlamentsreform so umgestalten, dass Sie stärker wahrgenommen werden? Der zweite Komplex ist die Nutzung zeitgemäßer Kommunikationsmöglichkeiten.

Zunächst zur Verfahrensfrage: Eine Änderung parlamentarischer Verfahren könnte Ausschüsse oder Plenum betreffen. Die Ausschüsse im Landtag Brandenburg sind jetzt öffentlich zugänglich. Ich bin mir nicht sicher, ob das bei der Frage der Prominenz des Landtages in der Öffentlichkeit sehr hilft.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Ausschussberatungen sind als arbeitsparlamentarische Beratungen für diejenigen interessant, die betroffen sind: insbesondere organisierte Interessen, Verbände und Ähnliches. Ob diese die Kriterien der Medienberichterstattung erfüllen, lasse ich dahingestellt; dazu kann Herr Lassiwe mehr sagen.

Im Fokus muss die Plenararbeit stehen. Wir wissen aus Befragungen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Arbeit im Plenum als die eigentliche parlamentarische Arbeit wahrnehmen. Auch die Medienberichterstattung ist stark plenarfixiert. Im Zentrum entsprechender Überlegungen müssen die Verfahren im Plenum stehen.

Hier ist schon einiges angedacht worden, wie man den Landtag in Richtung Redeparlament verändern könnte. Ich glaube, dass zwei Punkte wichtig sind. Erstens: Werden im Plenum zentrale, aktuelle, wichtige Themen behandelt? Zweitens: In welcher Form, in welchen Formaten geschieht das?

Für aktuelle, zentrale Probleme haben Sie mit der Aktuellen Stunde bereits ein Instrument. Sie haben darüber diskutiert, inwieweit eine Fristverkürzung erforderlich wäre. Das haben Sie abgeschlossen; das steht nicht mehr zur Debatte.

Es ist trotzdem zu überlegen, ob nicht ein Modell, das sich im Bundestag bewährt hat, auch für Sie interessant wäre: im Rahmen der sogenannten Kernzeitdebatte ein Zeitfenster für die zentrale, grundlegende Diskussion eines Themas freizuhalten. Das wurde vor zig Jahren im Bundestag als Versuch eingeführt, einmal in der Woche jenseits der Aktuellen Stunde grundlegende, prinzipielle Fragen anzusprechen. Der Unterschied liegt in der Planbarkeit für Medienvertreter wie Abgeordnete: In einem bestimmten Zeitraum gibt es eine Debatte.

Zur Frage der Formate: Wie kann man eine Debatte lebendiger machen? Sie diskutieren derzeit über das neue Format der Befragung der Regierung. Das haben Sie bisher noch nicht. Wenn Sie das machen wollen, heißt es von anderen Parlamenten lernen. Sie haben von Ihrem Parlamentarischen Beratungsdienst eine hilfreiche Studie bekommen. Wichtige Elemente sind die Anwesenheit von Regierungsprominenz - das ist in einer personalisierten Mediendemokratie nun einmal so -, die Spontaneität der Situation und die Regelmäßigkeit, also die Planbarkeit für die Medienvertreter.

Wenn Sie so etwas etablieren wollen, brauchen Sie Menschen, die die Idee mit Leben füllen. Verfahren, die nicht so genutzt werden wie gedacht, helfen nicht. Sie müssen im Rahmen der jeweiligen parlamentarischen Kultur funktionieren. Sie werden hier keine „Question time“ wie im britischen Unterhaus haben. Das kann in dieser Form nicht funktionieren; dafür fehlen Voraussetzungen wie das Zwei-Parteien-System und Ähnliches.

Ich glaube nicht, dass man das immer durch eine Geschäftsordnungsänderung zementieren muss. Es gibt Möglichkeiten, durch Auslegung der Geschäftsordnung vorzugehen, vielleicht auch mit einer Experimentierklausel zu arbeiten. Das halte ich für sinnvoll. Dann brauchen Sie nicht immer die Geschäftsordnung zu ändern, wenn sich ein Verfahren als nicht praktikabel herausgestellt hat; denn das wissen Sie erst hinterher. Die Effekte werden erst klar sein, wenn Sie es ausprobiert haben.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Machen Sie sich aber auch darüber Gedanken, dass das Vorgehen relativ unwägbare ist. Sie wollen die Debatte in der Hoffnung, dass die Medien darüber berichten, lebendiger gestalten. Sie brauchen aber auch Zuschauer, die die Berichterstattung in den Medien wahrnehmen. Sie haben also zwei Hürden zu überwinden. Dass Medien über entsprechende Kanäle berichten, heißt noch lange nicht, dass sie genutzt werden und alle Menschen die Debatten sehen.

Ein weiterer wichtiger Effekt einer Änderung in Richtung mehr Lebendigkeit der Debatten richtet sich nach innen. Wir denken immer nur: Wie wird etwas außen wahrgenommen? Aber was bedeuten neue Formate und eine lebendigere Debatte für ein Parlament nach innen? Wenn die Plenararbeit neue Qualität gewinnt, kann das Auswirkungen auf die Abgeordneten eines Hauses haben und seine politische Kultur verändern.

Über passives Kommunikationsmanagement habe ich gerade gesprochen: Sie verändern Verfahren und hoffen, dass andere das wahrnehmen und darüber berichten. Was können Sie selbst aktiv tun und inwieweit sind Sie schon auf der Höhe der Zeit? Das ist immer schwer zu beurteilen, denn: Was ist die Höhe der Zeit? Eine gute Formel lautet: ein zielgruppenspezifisches multimediales Angebot, das sowohl über Massenmedien arbeitet als auch direkte, interaktive Kommunikation betreibt.

Was heißt zielgruppenspezifisch? Natürlich müssen Sie die neuen Kommunikationsgewohnheiten gerade junger Menschen berücksichtigen; das kann man nicht außen vor lassen. Natürlich spielen die Webmedien eine Rolle; ich denke, Herr Fuchs wird mehr dazu sagen. Wenn Sie das nutzen, dann so, wie es gedacht ist: als interaktive, dialogische Komponente - sonst bringt es nichts.

Sie müssen von der Qualität der Formate profitieren wollen. Bislang haben Sie auf Ihrer Website eine Rubrik „Mitgestalten“. Dort findet man Informationen über Petitionen, Wahlen und die Volksgesetzgebung. Man kann dort das Petitionsformular herunterladen. Das ist, um es vorsichtig auszudrücken, noch nicht das Maximum dessen, was man machen kann. In anderen Parlamenten kann man öffentliche Online-Petitionen mitzeichnen oder es gibt Diskussionsforen. Thüringen beispielsweise hat beides: Online-Foren und öffentliche Petitionen. Andere Parlamente - auch der Bundestag - sind schon sehr weit.

Erfahrungen mit online-basierten Partizipationsangeboten - wir erheben dazu gerade Studien - sind mitunter ernüchternd. Der Bundestag hat mit seiner Möglichkeit der Online-Petition Erfolg, aber die Beteiligung an Diskussionen ist relativ gering. Bei Diskussionsforen in Thüringen gab es maximal 134 Kommentare zu einem Thema, die teilweise von wenigen Personen erstellt wurden. Die meisten, die teilnehmen, sind ohnehin politisch interessiert und engagiert. Das heißt nicht, dass man solche Verfahren nicht einsetzen sollte. Ich glaube schon, dass es Sinn macht: Es kann den Abgeordneten von außen Impulse geben.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Was Sie sich überlegen müssen, sind Angebote für politikferne Gruppen, für Menschen, die nicht von Hause aus politisch interessiert und engagiert sind. Das ist eine der größten Herausforderungen, vor denen man als Parlament bei politischer Bildung und Politikvermittlung steht.

Wichtig ist der große Bereich der Präsenzveranstaltungen. Man sollte nicht die direkte Begegnung unterschätzen, die Möglichkeit, dass Bürgerinnen und Bürger - z. B. bei Veranstaltungen - hierher zum Landtag kommen. Über die Abgeordneten „face to face“ an die Bürger heranzukommen ist auch in Zeiten der Virtualität immer noch ein Schlüssel zum Kontaktaufbau mit den Menschen, die man vertreten möchte. Es bleibt dabei. Das sollten aber keine getrennten Bereiche - klassische Medienarbeit, Webarbeit, Internetarbeit hier, Präsenzarbeit da - sein. Sie brauchen hybride Formen: Präsenzveranstaltungen, die online begleitet werden, und ähnliche Konstrukte sind denkbar.

Wer zahlt das? Während Sie Parlamentsreformen kostenneutral machen können, ist das etwas, worin man investieren muss. Das ist eine Herausforderung, für deren Bewältigung ich keinen Vorschlag unterbreiten kann. Aber es gibt Komparationsmöglichkeiten mit anderen, außer- und innerschulischen Akteuren der politischen Bildung.

Ich denke, Sie sind auf dem richtigen Weg, sich darüber Gedanken zu machen. Es ist ein schwieriger Weg. Wer Ihnen den Stein des Weisen verkaufen möchte, dem sollten Sie intensiv Nachfragen stellen. Es gibt nicht den Stein des Weisen, aber es gibt Mosaiksteine, mit denen Sie durchaus in der Lage sind, das zu tun, was Sie tun können, um dem Parlament in der Landesöffentlichkeit mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Wir wissen aus Studien: Wenn Menschen erkennen, dass das Parlament relevant ist und es einen Unterschied macht, ob sie wählen gehen oder nicht, dann gehen sie wählen. Es gibt so durchaus Chancen, eine höhere Wahlbeteiligung einzufahren.

Herr Martin Fuchs (Hamburger Wahlbeobachter):

(PowerPoint-Präsentation)

Zum Hamburger Wahlbeobachter habe ich eine Folie vorbereitet. Ich merke schon, ich breche hier mit einer Präsentation die Routine; ich dachte, das sei Standard. Ich habe Ihren Auftrag so verstanden, dass ich von außen einen Blick darauf werfen soll, was der Landtag tut und wie er kommuniziert, wie das, was hier gemacht wird, nach außen vertreten wird. Ich habe einen weniger akademischen Anspruch. Ich versuche, die Brille der Bürger, der Wähler aufzusetzen und mich in die Brandenburger hineinzuversetzen.

Der „Hamburger Wahlbeobachter“ ist ein Blog, den ich vor fünf Jahren gestartet habe, auf dem ich mich kontinuierlich damit beschäftige, wie Parteien, Politiker, Parlamente und öffentliche Einrichtungen digital kommunizieren und ihre Zielgruppe erreichen. Ein bisschen Wissenschaft mache ich mit Lehraufträgen auch.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Außerdem habe ich vor fünf Jahren eine Plattform - www.pluragraph.de - gegründet, die kostenlos genutzt werden kann. Ein Team versucht dort, Social-Media-Aktivitäten von öffentlichen Institutionen im deutschsprachigen Raum zu analysieren und zu benchmarken, wer etwas gut oder schlecht macht. Wir treffen keine Aussagen über den Erfolg, geben aber einen Überblick: Wer ist aktiv, wer nutzt welche Kanäle?

Auch alle 16 Landesparlamente und deren Fraktionen sind dabei. Wie das aussieht, sehen Sie auf dem folgenden Screenshot des Brandenburger Landtages. Sie sehen oben - beim Landtag - eine graue Fläche und unten - bei den Fraktionen - bunte Bilder. Die Fraktionen sind in der Nutzung sozialer Netzwerke sehr aktiv, wenn man es mit der Landtagsverwaltung vergleicht. Plattformen wie Facebook oder Twitter sind unten aufgeführt und werden tagesaktuell getrackt, d. h. wir schauen, wie sich Fan- und Followerzahlen entwickeln. Das ist ein quantitatives Ranking, keine Aussage über Qualität.

Es gibt immerhin einen Social-Media-Kanal, den der Landtag Brandenburg nutzt, wenngleich noch nicht so intensiv: Mit neuen Videos versucht man neben dem, was auf der Website passiert, die Arbeit transparent zu machen und digital abzubilden - die Klickzahlen bei Vimeo sind allerdings teilweise sehr überschaubar.

Reicht es, dass die Fraktionen das übernommen haben? Sie haben eine intrinsische Motivation, Dinge, die sie im Landtag tun, in der Außenwelt darzustellen. Sie sind teilweise schon sehr aktiv. Reicht das aber? Nein. Die Grundlage für Interesse an der Arbeit des Landtages ist Information. Wenn man versucht, politisch nicht interessierte, parteiüberdrüssige Menschen anzusprechen, sind Informationen das wichtigste Gut. Bevor man mit Beteiligung anfängt und versucht, mit Leuten in Foren über Inhalte zu diskutieren, müssen diese erst Informationen haben. Daran scheitern viele Parlamente, auch der Landtag Brandenburg.

Die Informationen auf Ihrer Website sind nach meiner Meinung schlecht aufbereitet. 10 % der Deutschen interessieren sich tagesaktuell für Politik und diskutieren aktiv in Foren - das kennen Sie von Bürgerveranstaltungen. Aber der Großteil wird nicht aktiv die Webseite des Landtages aufrufen, um sich zu informieren.

Die zweite These lautet also, ohne einen Exkurs zum veränderten Mediennutzungsverhalten in Deutschland zu unternehmen: Das Informationsverhalten der Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren gravierend verändert. Das merken Zeitungen genauso wie Online-Medien. 50 % des Traffics - das ist eine aktuelle Zahl von „Spiegel Online“ - erfolgt über Social Media. Mehr als die Hälfte der 100 Millionen Klicks jeden Monat kommt zustande, weil die eigenen Nachrichten auf anderen Portalen gefeatured werden.

Die Logik hat sich verändert: War es bisher so, dass man eine Zeitung am Kiosk gekauft oder abonniert und durch Zeitunglesen Informationen aktiv nachgefragt hat, so wollen große Teile der Gesellschaft heutzutage, dass die Informationen sie ohne aktives Nachfragen erreichen. Dieses Phänomen der Push- statt Pull-Logik wird sich in den nächsten Jahren verstärken.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Eine Umfrage der ZEIT von vor zwei Wochen ergab, dass das Vertrauen in die Medien in den letzten zwei, drei Jahren akut in den Keller gegangen ist. 60 % der Deutschen vertrauen den Medien nicht mehr. Deshalb ist meine These: Social Media wird für die Vermittlung von Politik und in der Arbeit des Landtages immer wichtiger werden.

Einige Zahlen, die zeigen, wie sich das Mediennutzungsverhalten geändert hat: 63 % der jungen Menschen kommen erstmalig im digitalen Raum wie dem Internet mit Politik in Kontakt. 60 % informieren sich über politische Themen im Netz, bei den jungen Menschen bis 30 Jahre sind es sogar 80 %. Mehr als die Hälfte von ihnen informiert sich in sozialen Netzwerken über politische Inhalte. Diese Zahl aus einer Erhebung von Forsa stammt aus dem Jahr 2013, sie wird bis zum heutigen Tag nochmals gestiegen sein. Laut Forsa informiert sich die Gruppe der Nichtwähler wesentlich stärker als die Gruppe der Wähler in sozialen Netzwerken über Politik. Es ist ein Trugschluss, zu glauben, Nichtwähler seien politikverdrossen. Sie sind wahl- und partei- unverdrossen, aber nicht politikverdrossen. Man kann die Gruppe der Nichtwähler mit Informationen erreichen. Sie sind willig, Informationen aufzunehmen. Sie gehen halt nur nicht zur Wahl, vielleicht weil sie die falschen Informationen bekommen, diese falsch aufbereitet sind oder die Politik sie nicht erreicht. Dies alles kann ich hier nicht ausführen.

Auf jeder Veranstaltung, zu der ich eingeladen bin, werde ich gebeten, darzustellen, was junge Leute wollen. Doch das ist ein falsches Verständnis. Social Media ist kein Kanal für junge Leute. Natürlich nutzen junge Leute verstärkt Social Media, aber die größten Wachstumsraten hatte zum Beispiel Facebook in den letzten drei Jahren in der Altersgruppe 55+, also bei Lehrern, Eltern und Rentnern. Unter 18-Jährige nutzen Facebook kaum noch, sondern sind bei Instagram, SnapChat, WeChat usw. Sie wollen nicht auf derselben Plattform sein wie ihre Eltern und Lehrer.

Es gibt Social Networks extra für Menschen über 60 Jahre. Seniorbook ist ein deutsches Netzwerk mit hohen Datenschutzstandards, in dem nur Leute über 55 Jahre aktiv sind und, wie ich finde, sehr qualifiziert über Politik diskutieren. Social Media ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen.

Einige Zahlen für Brandenburg aus dem aktuellen Social-Media-Atlas 2014/15: 1,2 Millionen Brandenburger nutzen Social Media. Die jungen Leute nutzen es am stärksten, in der Zielgruppe der bis 49-Jährigen sind es immerhin 62 %. Bei den über 50-Jährigen sind mehr als 50 % mindestens in einem sozialen Netzwerk wie Facebook, Twitter, Xing aktiv. Die Nutzerzahlen von Facebook, Twitter und YouTube finde ich für ein Land mit einer schwachen Breitbandversorgung sehr beeindruckend: 1,1 Millionen Brandenburger sind bei Facebook. YouTube wird öfter angeklickt als der RBB. Die Nutzerzahlen von YouTube und Facebook übersteigen wahrscheinlich die Leserzahlen aller Brandenburger Zeitungen.

Auf diesen Portalen verbringen die Menschen ihre Freizeit, dort sind sie für Nachrichten empfänglich. Die Medien haben das verstanden und setzen verstärkt, wie Sie an Jugendportalen wie Bento oder zeTT sehen, auf Nachrichten im Social Web.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Die Parlamentskultur muss sich insofern gravierend ändern. Technik ist dabei - die Angst kann ich Ihnen nehmen - absolute Nebensache und in einer halben oder einer Stunde erledigt. Sie zu verstehen ist nicht das Problem. Ich kenne 70-Jährige, die nach einer halben Stunde bestens twittern konnten. Eine Abgeordnete der Linken aus der Hamburger Bürgerschaft hat mit 69 Jahren angefangen zu twittern und ist mittlerweile die erfolgreichste Twitterin der Hamburger Landespolitik. Es hat nichts mit dem Alter, sondern mit dem Verständnis, wie die Kultur im Social Web funktioniert, und mit Transparenz zu tun.

Kontrollverlust lassen Parteien, Politiker und Parlamente nicht gern zu. Social Media hat mit Kritik-, Dialog- und Reaktionsfähigkeit zu tun. In den Köpfen muss sich etwas ändern. Man ändert es nicht mit einer Reform oder im Ergebnis eines Workshops von heute auf morgen. Die Kultur eines Parlaments, einer Landtagsverwaltung so zu ändern, dass das Social Web richtig bespielt werden kann, ist ein langer Prozess.

Zunächst einmal müssen die Informationen anders aufbereitet werden, damit Sie die Menschen, die nicht aktiv zu Ihnen kommen und nachfragen, was Sie im Landtagsschloss tun, erreichen. 12 von 16 Landesparlamenten sind in den Social Media vertreten. Drei Landesparlamente, Hamburg, Bremen und Bayern, sind auf Facebook aktiv. Fünf Landesparlamente nutzen Twitter und acht Parlamente das Videonetzwerk YouTube.

Den Bundesrat möchte ich als Best-Practice-Beispiel hervorheben. Dort hat man verstanden, wie ein Parlament, das selten im Fokus der Öffentlichkeit steht, im Social Web sehr präsent sein kann. Ein zentrales Element der Startseite www.bundesrat.de ist ein Social-Media-Newsroom. Man bekommt direkt auf der Startseite einen Überblick über die entsprechenden Social-Media-Kanäle des Bundesrates. Die Präsentation des Social-Media-Auftritts ist sehr prominent. Es gibt einen sehr gut funktionierenden YouTube-Kanal, wo schnell aktuelle Informationen hochkarätigen Inhalts bereitgestellt werden. In den sehr gut gemachten Videos wird erklärt, welche Funktionen der Bundesrat hat und warum er bei bestimmten Themen, die aufbereitet sind, so und so entschieden hat. All das kostet Geld und Zeit, verlangt Grips und Kreativität. Den Kanal finde ich sehr gelungen. Den Bundesrat kann man seit wenigen Monaten auch auf Twitter verfolgen. Er hat schon knapp 7 000 Follower, eine spezielle Zielgruppe von Kommunikatoren, Politikern und Journalisten. Teilweise erreichen die Tweets noch wesentlich mehr Menschen. Diese Zahl finde ich für ein Parlament wie den Bundesrat nicht schlecht.

Die Bremische Bürgerschaft ist ebenfalls absolutes Best Practice. Ein bisschen Eigenlob ist dabei, denn ich habe die Bremische Bürgerschaft beraten, aber der Auftritt war auch zuvor schon sehr gut. In Bremen versucht man nicht nur, Themen und Inhalte zu präsentieren, sondern zeigt auch, was ein Parlament eigentlich ist, wie es von innen aussieht, wie es funktioniert, gewährt einen Blick hinter die Kulissen. Bremen ist wie Berlin Stadt- und Landesparlament zugleich. Die Einblicke in die Bremische Bürgerschaft erreichen ihr Ziel. Ich bekomme von der Bremischen Bürgerschaft mehr mit als von meinem Parlament in Hamburg.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Es mag für Sie langweilig aussehen bzw. eine Selbstverständlichkeit sein, weil Sie das Parlament jeden Tag von innen sehen, aber viele Bürger wissen nicht, wie sie sich eine Ausschusssitzung vorzustellen haben. In einem kurzen Video einen Einblick in das politische Geschäft zu geben finde ich einen guten Ansatz. Die Anzahl der Klicks und die Verbreitung sind sehr gut. Vor jeder Sitzung fasst jemand aus dem Präsidium in ein, zwei Minuten zusammen, was auf der Tagesordnung steht. Diese audiovisuelle Version ist den Menschen wesentlich lieber, als eine 15-seitige Tagesordnung im pdf-Format herunterzuladen, was in vielen Parlamenten Standard ist.

Es gibt ein Social-Media-Team. Das heißt, der Landtag hat ein Gesicht, und zwar nicht nur in Person des Präsidenten und des Direktors. Die Menschen wissen, wer mit ihnen über die sozialen Kanäle kommuniziert: Herr Monsees, der Chef der Öffentlichkeitsarbeit, und die beiden Mitarbeiter.

In der Bremischen Bürgerschaft wird jede Sitzung von einem Plenarticker, einer Art Live Blog, begleitet. Dadurch lassen sich die Tagesordnungspunkte gut verfolgen, es gibt ein Video dazu, eventuell einen spannenden Tweet eines Journalisten, Links und weiterführende Informationen. Es wird also live berichtet, ohne dass eine Kommentierung erfolgt.

Im Berliner Abgeordnetenhaus ist das Angebot ähnlich, nur dass es nicht von der Verwaltung des Abgeordnetenhauses, sondern von der CDU-Fraktion mit sehr viel Engagement und Aufwand aufgezo-gen wurde. Dadurch ist es natürlich subjektiv geprägt. Ich klicke es trotzdem gern an, weil ich dort Aktuelles aus dem Abgeordnetenhaus - neben dem, was im Livestream abrufbar ist - erfahre.

Das Auswärtige Amt ist zwar kein Parlament, dennoch ein gutes Beispiel für gelungene Kommunikation. Dass ihm mehr Ressourcen zur Verfügung stehen, ist mir bewusst. Besonders gut gefällt mir das Storify am Ende der Woche. In 10, 15 Bildern, die in andere Medien wie Videos, Tweets und Postings von Externen eingebunden sein können, wird ein Überblick über die Aktivitäten des Außenministers und seiner Staatssekretäre in den letzten Tagen gegeben. Auf Facebook, Twitter, Instagram usw. lässt sich das aufrufen, man braucht dafür nicht auf die Seite des Auswärtigen Amtes zu gehen. Das Format einer Art Nachberichterstattung der letzten 7 Tagen finde ich sehr gelungen.

Vorsitzender Ness (SPD):

Danke, das war sehr informativ. - Nach den Social Media kommen wir nun zu den traditionellen Medien.

Herr Benjamin Lassiwe (Vorsitzender der Landespressekonferenz):

Der Vorstand der Landespressekonferenz überlegte im Vorfeld, wie man am besten an diese Anhörung herangeht, und für einen Moment kam der Gedanke, man könnte von einem Blatt Papier möglichst holprig, stockend und langweilig ablesen und abwarten, wann Sie alle abschalten.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

In Gesprächen mit Kollegen, die regelmäßig aus dem Landtag berichten, war der wesentliche Gedanke immer die freie Rede. Wir möchten Sie ermutigen, in den Sitzungen verstärkt frei zu reden. Eine spontan vorgetragene freie Rede ist lebendig. Es macht Spaß zuzuhören, und es fällt leichter, aus einer Rede mit prägnanten Formulierungen eine Meldung zu schreiben. Die besten Regierungserklärungen in diesem Hause waren die frei vorgetragenen. Die besten Redebeiträge sind spontane Kurzinterventionen.

Das gilt zu einem gewissen Teil auch für die Fragestunde. Es wirkt immer etwas unbeholfen, wenn eine Frage schriftlich gestellt wird und die Regierung alle Zeit der Welt hat, sie zu beantworten. Wir möchten Sie ermutigen - das bedarf in der Tat einer Änderung der Geschäftsordnung -, die Fragen spontan zu stellen und von der Regierung eine spontane Antwort zu erwarten. Die interessantesten Rededuelle kommen immer dann zustande, wenn es in der Fragenstunde spontane Nachfragen gibt. Dabei kommt meistens etwas heraus. Nicht viel kommt hingegen dabei heraus, wenn auf eine kurz formulierte schriftliche Anfrage eine 20-minütige Antwort erfolgt. Ich übertreibe, aber mitunter hat man Gefühl, das Regierungslager versucht in der Fragestunde Zeit zu schinden.

Wir möchten Sie mit dem Stichwort Verwaltungsdeutsch konfrontieren. Mehrere Kollegen haben mir gegenüber zum Ausdruck gebracht, dass Begriffe wie „Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen“, wenngleich ihre Erwähnung in der Debatte angebracht sein kann, für die Zuschauer auf der Tribüne, an den Bildschirmen und im Livestream nur schwer verständlich sind. Wenn das Parlament zum zentralen Ort der Debatte werden soll, dann sollte man darauf setzen, verstanden zu werden. Versuchen Sie bitte, Verwaltungssprache zu umgehen und sich auf das Wesentliche zu konzentrieren.

In der Aktuellen Stunde berät das Parlament zu aktuellen Themen und versucht Nachrichten zu setzen. Nach unserer Wahrnehmung wird die Aktuelle Stunde im Brandenburger Landtag oft von parteipolitischen Erwägungen dominiert. Die Positionen, die in der Aktuellen Stunde vorgetragen werden, wurden im Prinzip schon am Tag zuvor auf Pressekonferenzen verkündet, sodass Überraschungseffekte und Nachrichten aus der Aktuellen Stunde in der Parlamentssitzung eigentlich nicht generiert werden. Es gibt Ausnahmen wie die letzte Aktuelle Stunde zur Flüchtlingskrise, und auch beim Thema Flughafen kann es immer Überraschungen geben. Aber generell wäre es schön, wenn die Aktuelle Stunde weniger vorhersehbar und stärker auf das Wesentliche konzentriert wäre.

Eine Nachricht beginnt mit dem sogenannten Gliedsatz. Deswegen bietet es sich nicht an, Reden mit Bildern aus der griechisch-römischen Mythologie zu beginnen, sondern mit dem, was man eigentlich sagen will. In der Kürze liegt die Würze. In den letzten Parlamentswochen hat man mehrfach erleben können, dass der Vertreter der Freien Wähler in fünf Minuten alles Wesentliche gesagt hat, was den Abgeordneten des Regierungslagers in 30 Minuten nicht gelungen ist.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Masse ist nicht gleich Klasse! Wir brauchen keine Parlamentsdebatte drei Tage hintereinander. Unsere Erfahrung ist, dass am dritten Plenartag kein Leser und kein Redakteur noch mehr Berichte aus dem Landtag will. Die Themen, die am dritten Tag auf der Tagesordnung stehen, rechtfertigen es in der Regel auch nicht. Wir können uns darüber unterhalten, inwieweit Plenardebatten und Anträge zu bestimmten Themen sinnvoll und nötig sind, Fakt ist aber, dass die Zeitungen im Land auf zwei Seiten über Landespolitik informieren und die Nachrichtensendung des RBB zeitlich begrenzt ist. Mehr Informationen passen nicht hinein, auch wenn der Landtag vier Tage oder fünf Tage debattiert.

An einem bestimmten Punkt sind die physischen und technischen Grenzen der Berichterstattung erreicht. Es böte sich an, Positionen zu weniger publikumsrelevanten Themen - so wird es im Bundestag gehandhabt - zu Protokoll zu geben. Das entspannt Ihren und unseren Arbeitstag. - Ich habe meine Stichpunkte abgearbeitet und freue mich auf Ihre Fragen.

Vorsitzender Ness (SPD):

Vielen Dank, Herr Lassiwe. Der von mir weniger wegen seiner inhaltlichen Positionen als vielmehr wegen seiner Sprachgewalt geschätzte Hermann Ludwig Gremliza hat den schönen Satz gesagt: Die Aufgabe des Kritikers ist es, zu kritisieren. - Das haben Sie wunderbar umgesetzt. Es ist ein guter Ansatzpunkt für Nachfragen bzw. die Diskussion.

Abgeordneter Vogel (GRÜNE/B90):

Herzlichen Dank für die Beiträge. Ich fand sie sehr gelungen, sie haben unseren Blickwinkel mehr erweitert, als ich erwartet habe. Herr Lassiwe, eine Rede zu Protokoll zu geben widerspricht völlig dem Ansatz der freien Rede, denn sie müsste dann ja schriftlich ausgearbeitet sein.

Es wurden andere Möglichkeiten aufgezeigt, die Debatten zu konzentrieren. Im Brandenburger Parlament werden Überweisungsanträge nicht automatisch befürwortet. Eine Fraktion bringt einen Antrag ein. Es wird diskutiert und entschieden, ob eine Überweisung erfolgt oder nicht. Vorstellbar ist, dass es zu einer Entlastung des Plenums führte, wenn Anträge zu Spezialthemen, die wenig publikumswirksam sind, ohne Debatte an die Ausschüsse überwiesen werden. Im Bundestag ist die Überweisung der Regelfall. Herr Christen, wie ist das Überweisungsverfahren im Berliner Abgeordnetenhaus?

Zur Bewertung der Aktualität von Themen: In Berlin bestimmt die Mehrheit das Thema der Aktuellen Stunde, wenn ich es recht verstanden habe, aber es gibt einen Grundfonds, der sicherstellt, dass keine Fraktion benachteiligt wird. In Nordrhein-Westfalen entscheidet die Präsidentin, welches Thema aktuell ist. Herr Lassiwe hat unsere Aktuellen Stunden dahin gehend kritisiert. Wie bekommen wir mehr Aktualität in die Aktuellen Stunden?

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Was die neuen Medien angeht, haben wir zwei scheinbar widersprüchliche Vorträge gehört. Herr Marschall hat ausgeführt, dass die Beteiligung an onlinebasierten partizipativen Angeboten und deren Bewertung mitunter ernüchternd sind. Auch dass der Bundesrat, wie von Herrn Fuchs präsentiert, 7 500 Follower bei Twitter hat, finde ich nicht überwältigend, spricht aber dafür, dass zumindest die Multiplikatoren erreicht werden können. Es stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Aufwand und Nutzen: Wenn drei hauptamtlich Beschäftigte dafür bezahlt werden, dass sie twittern und einen Facebook-Account pflegen, aber damit nicht mehr als 5 000 oder 7 000 Leute erreicht werden, ist das problematisch.

Abgeordneter Bischoff (SPD):

Wir bewegen uns im Parlament in einem gewissen Spannungsfeld. Wir brauchen einen gewissen Raum für die parlamentarische Aussprache. Diese ist in einer freien Demokratie und einem offenen Parlament nicht allein an der Messlatte, wie spannend es für Außenstehende ist, auszurichten.

Es gibt eine Experimentierklausel. Man kann für einen Themenkomplex Prioritäten anmelden. All das wird erprobt. Meine Überzeugung ist, dass sich das bewähren wird.

Auch mit der Fragestunde haben sich die Parlamentarischen Geschäftsführer beschäftigt. Herr Christen, das Berliner Abgeordnetenhaus ist Stadt- und Landesparlament in einem. Ich bin auch Stadtverordneter und weiß, wie munter die Diskussionen zu lokalen Themen und Problemen sind. Wenn eine Kita geschlossen wird und dies vor Ort Betroffenheit auslöst, ist das Interesse der Bürger mitunter größer, als wenn im Landesparlament über künftige Kitastandards debattiert wird.

Der Parlamentarische Beratungsdienst hat eine hervorragende Analyse zur spontanen Regierungsbefragung erstellt. Einige Landtage haben es eingeführt und - soweit ich weiß, sogar mit den Stimmen der Opposition - wieder abgeschafft. Natürlich kann man die Regierung spontan befragen, ich als Abgeordneter habe nichts dagegen einzuwenden. Die Frage ist nur, Herr Christen: Wie oft lautet die Antwort der zuständigen Senatsmitglieder, dass sie darauf im Moment keine konkrete Antwort liefern könnten, weil ihnen das spezielle Problem in einem Stadtteil von Berlin nicht so präsent ist?

In zwei Landtagen im Westen unserer Republik ist die spontane Regierungsbefragung abgeschafft worden, weil auf Fragen, zum Beispiel zu einem geschlossenen Bahnübergang im Wahlkreis, regelmäßig die Antwort folgte: Das müssen wir nachliefern. - Ich wüsste gern, wie oft diese Antwort in Berlin zu hören ist.

Herr Lassiwe, wir erfassen den Zugriff auf den Livestream. Die Zahl liegt im Schnitt bei unter 100, und mehr als die Hälfte der Zugriffe entfällt, wie sich anhand der Server nachvollziehen lässt, auf die Mitarbeiter des Hauses. Der Livestream des Landtages, der auf der Homepage sehr präsent ist, wird kaum genutzt.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Der Zugriff auf die Übertragung bei RBB Online wird auf unsere Anfrage hin derzeit ermittelt. Herr Lassiwe, es gibt in der Landespressekonferenz bestimmt ein Netzwerk und bei der Zeitung, für die Sie schreiben, eine Leseranalyse, die - ermittelt durch Klicks auf der Website oder Befragungen - das Feedback auf die Landespolitikberichterstattung dokumentiert. Was können wir tun, um bei den Menschen besser anzukommen? Um darauf eine Antwort zu finden, sitzen wir heute hier. Wir müssen uns aber immer vergegenwärtigen, dass wir Parlamentsarbeit betreiben, die nicht ausschließlich auf die öffentliche Wirkung zielen kann. Das ist ein Spannungsfeld.

Abgeordneter Domres (DIE LINKE):

In den vergangenen Sitzungen kam es öfter vor, dass mehrere Anträge einer Fraktion/Gruppe zum gleichen Regelkreis gestellt wurden. Herr Lassiwe, sollte man dies aus journalistischer Sicht bzw. im Sinne einer lebendigen Parlamentsdebatte konzentrieren?

Seit Beginn der Legislaturperiode sind die Ausschusssitzungen öffentlich. Mein Eindruck ist, dass dies an manchen Stellen zulasten der Sacharbeit in den Ausschüssen gegangen ist. Wie ist Ihre Bewertung als Journalist: Wird die Arbeit des Landtages durch öffentliche Ausschusssitzungen transparenter? Wie wichtig sind öffentliche Ausschusssitzungen für die Berichterstattung von Landespolitik?

Herr Marschall, Sie haben sich für mehr Diskussionsforen ausgesprochen und die Onlinepetition angeführt. Sehen Sie darüber hinaus Möglichkeiten, das Parlament erlebbar zu machen? Der Petitionsausschuss hat Bürgersprechstunden in den Landkreisen eingeführt. Gibt es über den „Tag der offenen Tür“ und das Einladen von Besuchergruppen hinaus Möglichkeiten, den Kontakt zwischen Parlament und Bürger zu intensivieren?

Abgeordnete Geywitz (SPD):

Herr Fuchs, könnten wir Ihre Präsentation bekommen? Sie sagen, wenn man feststellt, dass sich das Kommunikations- und Informationsverhalten der Wähler ändert, müsse auch die Politik ihr Kommunikations- und Informationsverhalten ändern, weil man die Leute sonst nicht mehr erreicht. Soweit kann ich Ihnen folgen. Das Problem ist: Wenn man bei Facebook ein Bild mit niedlichen Tieren oder Kindern postet, bekommt man ungleich mehr Zustimmung, als wenn man etwas Spannendes aus dem Landtag postet. Nicht alle Menschen im Lande finden spannend, was wir hier tun. Politiker arbeiten in einer sehr reizarmen Umgebung, die sich in den letzten Jahrhunderten strukturell nicht gravierend geändert hat: Wir sitzen im Kreis und reden miteinander.

Für mich ist die Frage, wie man als Politiker - ich erinnere daran, wie junge Leute heutzutage fernsehen, sie haben in dem Bildschirm noch einen Bildschirm und darunter läuft noch ein Band - sein Arbeiten so ändert, dass man der Taktung der heutigen Zeit überhaupt noch folgen kann.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-me

Sie haben von Facebook und Interaktion gesprochen. Ich bekomme abends um 23.20 Uhr noch E-Mails, und Menschen klicken mich bei Facebook an und fragen, was mit diesem und jenem ist und was ich zu bestimmten Themen sage. Das passt zu den althergebrachten Traditionen des Politikbetriebs in keiner Weise. Deswegen haben wir nicht nur ein Kommunikationsproblem, sondern es stellt sich die Frage, wie man die Taktung der heutigen Gesellschaft im Parlamentsbetrieb mit seinen ganz anderen Fristen nachvollziehen kann.

Vorsitzender Ness (SPD):

Ich habe aus Ihrem Beitrag jetzt aber nicht verstanden, dass Sie für mehr Kätzchen im Plenarsaal plädiert haben, um die Reizaffinität zu erhöhen.

Abgeordnete Geywitz (SPD):

Das wäre zu verkürzt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU):

Meine Frage richtet sich auch an Herrn Fuchs und geht in die gleiche Richtung: Welche Instrumente könnten wir in unsere Geschäftsordnung aufnehmen, die der Mediennutzung von sozialen Netzwerken eher entsprechen? Ich denke zum Beispiel an eine Bürgerfragestunde, die dann über Social Media laufen würde. Gibt es da Erfahrungen? Das wäre dann sehr ad hoc. Aber in Kommunalparlamenten sind Bürgerfragestunden durchaus üblich. Insofern spricht auch nichts dagegen, zumindest darüber nachzudenken, ob man so etwas auch auf Landesebene machen könnte.

Meine zweite Frage: Sie haben berichtet, dass die Bremische Bürgerschaft mit Social Media sehr weit vorne ist, also nicht seitens der Fraktionen oder einzelner Politiker, sondern die Bürgerschaft selbst. Die Bürgerschaft muss sich politisch neutral verhalten. Wenn man sich den Landtag politisch neutral vorstellt, dann nimmt das sehr viel an Unterhaltungswert, an Informationswert; denn Politik besteht im Wesentlichen aus der Unterscheidung zwischen Freund und Feind. Wenn man das herauslässt, bleibt wenig übrig. Wie geht die Bürgerschaft damit um? Bleibt es dabei, dass man dann nur das Geschirr zeigen kann, das vor Ausschusssitzungen bereitgestellt wird?

Vorsitzender Ness (SPD):

Frau Dr. Ludwig erhält nun das Wort. Danach möchte ich eine Anmerkung machen.

Abgeordnete Dr. Ludwig (CDU):

Vielleicht können Sie sich daran erinnern, dass ich von dem Vorschlag nicht ganz so begeistert war, eine Anhörung zu Instrumenten zur lebendigeren Gestaltung der Parlamentsdebatte durchzuführen, auch mit dem Argument, dass die Parlamentarier am besten wissen sollten, wie sie die Arbeit des Parlaments interessanter gestalten können. Herr Lassiwe, Sie haben einige bekannte Punkte benannt, da kann jeder Abgeordnete mehr oder weniger dazutun, wenn er es gerne möchte. Trotzdem freue ich mich sehr, dass es zu dieser Anhörung gekommen ist, weil viele frische Akzente dabei sind.

Ich persönlich fühle mich nach den Vorträgen ein bisschen altmodisch und denke: Wir brauchen frischen Wind, ohne unbedingt die Inhalte ändern zu müssen. - Das ist wiederum das Positive an der Stelle. Es gibt eine ganze Menge Dinge, die man auf der einen Seite tun kann, die auf der anderen Seite aber nicht nur beim Parlament liegen. Insofern geht eine Frage an Herrn Lassiwe als Vorsitzenden der Landespresskonferenz:

Ich fand die Zahlen, die Herr Fuchs geliefert hat, sehr erstaunlich, dass zum Beispiel YouTube von einer Million Brandenburgern genutzt wird unter dem Aspekt Push & Pull, also nicht nur, dass die Leute abrufen, sondern wir uns ernsthaft Gedanken machen, wie die Inhalte zu den YouTubern kommen, die sie interessieren. Das bedeutet natürlich Aufwand. Was sagt der RBB dazu, wenn wir plötzlich das Parlament live über YouTube ausstrahlen?

Das sind alles Fragen, die im Nachgang eine große Rolle spielen, wo nicht nur wir als Parlamentarier gefragt sind. Wenn wir eine Million YouTuber erreichen können, dann sollten wir uns ernsthaft darüber Gedanken machen, wie wir das tun können.

Ich glaube nicht, dass wir über die Inhalte als solche diskutieren müssen. Jede Partei hat eigene Akzente. Das soll auch in Zukunft so sein. Wenn gerade bei denjenigen, die neu ins Parlament gekommen sind, Bedarf besteht, viele Anträge zu stellen, die ihnen am Herzen liegen, dann kommt ein dritter Tag zustande. Die demokratischen Rechte einzuschränken wird schwierig.

Die Frage ist: Wie bekommen es die, für die es interessant ist? Das habe ich bei dem Vortrag von Herrn Fuchs etwas deutlicher mitbekommen, nämlich durch Push & Pull. Wir vertreten immer noch die Position: Die Leute rufen es dann ab. - Ich glaube, das ist der Punkt, von dem wir wegkommen müssen.

Ich bin kein Freund davon, Facebook, Twitter und anderes stundenlang zu benutzen, dann kommt nämlich das Face to Face viel zu kurz. Die Frage ist, wie die Inhalte zu den Wählern oder den Zielgruppen kommen.

Vielleicht kann darauf, Herr Fuchs, noch etwas deutlicher eingegangen werden, auch wenn meine Fragestellung nicht ganz klar war; Sie sehen, ich bin da noch ein bisschen auf der Suche.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Herr Lassiwe, an Sie als Vorsitzender der Landespressekonferenz die Frage: Wie würden Sie mit solchen Neuerungen umgehen?

Vorsitzender Ness (SPD):

Ich bin auch eher skeptisch an diese Anhörung herangegangen, finde aber die bisherigen Diskussionsbeiträge sehr anregend, in denen viele kluge und interessante Hinweise gekommen sind.

In der Tat brauchen wir als Parlament auch eine gewisse Form von Selbstkritik. Die Gefahr ist relativ groß, dass man sehr selbstbezogen ist und manchmal den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht.

Man muss konstatieren: Ab mittags, wenn die Aktuelle Stunde vorbei ist, lichten sich die Pressebänke. Das hat auch etwas mit den Arbeitsanforderungen der Journalisten zu tun. Herr Lassiwe gehört zu den Menschen, die das größte Durchhaltevermögen haben. Aber in der Regel sitzt dort nur noch ein Vertreter von dpa. Das heißt, manche Tagesordnungspunkte, die wir für wichtig halten, die manchmal auch eine Wiederholung der letzten Plenarsitzung sind - ich sage das sehr deutlich so, weil ich das so empfinde -, finden eigentlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Ich glaube, es muss in allen Fraktionen eine selbstkritische Debatte geführt werden, ob weniger nicht mehr ist. Dazu hat es auch erste Gespräche gegeben. Ich halte das für sinnvoll.

Aber ich habe mich vornehmlich gemeldet, weil ich eine Nachfrage in Bezug auf Diskussionsplattformen habe. Herr Fuchs hatte das angesprochen. Ich beobachte, dass einige Tageszeitungen, die „PNN“ beispielsweise, ihre Diskussionsplattform wieder abgeschafft haben und andere darüber stöhnen, dass sie sehr viel Personal wegen Trollen, Menschen, die vergessen haben, ihren Alu-Hut aufzusetzen, die diese Diskussionsplattform kaputtmachen, einsetzen müssen. Ich möchte Herrn Fuchs und Herrn Lassiwe fragen, ob das wirklich ein geeignetes Instrumentarium oder nicht ein Instrument ist, das übermäßig Meinungen am extremen Rand mobilisiert, also kein Instrument, mit dem man eine wirkliche Diskussion mit Bevölkerungsanteilen mobilisieren kann, die man für Politik interessieren und gewinnen will. Das ist jedenfalls mein Eindruck. Ich glaube, dieser Eindruck macht sich zunehmend auch bei vielen anderen Medien breit.

Die Fragen sind an jeden gerichtet worden. Deswegen schlage ich einen Schnelldurchgang in der bewährten Reihenfolge vor. Herr Christen, bitte.

Herr Christian Christen (Direktor beim Abgeordnetenhaus Berlin):

Zur Frage von Herrn Abgeordneten Vogel zur Einbringung und Überweisung von Anträgen: Wir arbeiten mit Konsenslisten. Theoretisch bestimmt nach der Geschäftsordnung natürlich die Mehrheit, wohin und wie überwiesen wird.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Praktisch wird es im Vorfeld durch Beratung im Ältestenrat und davor noch durch eine Beratung der Parlamentarischen Geschäftsführer mit Präsident und Vizepräsident in der Parlamentsverwaltung so intensiv durchgearbeitet, dass am Plenartag im Prinzip konsensual verfahren wird. Sowohl für die Überweisung der Konsensliste ohne Debatte als auch für die Dinge, die laut Tagesordnung behandelt und debattiert werden, steht vorher konsensual fest, wohin sie überwiesen werden. Differenzen gibt es eher über Sofortabstimmungen. Wenn eine Fraktion eine Sofortabstimmung verlangt, gibt es häufiger Kampfabstimmungen darüber, ob die Mehrheit das zulässt.

Die Aktuelle Stunde hatten Sie richtig beschrieben. Dadurch, dass jede Fraktion zwei Themen im Kalenderjahr bestimmen kann, ergibt sich automatisch, dass das über alle gleichmäßig verteilt ist. Zur Aktuellen Stunde ist noch zu sagen, dass sie am Dienstag vor dem Donnerstag im Ältestenrat abgestimmt wird. Sie ist also bekannt, natürlich auch der Regierung, und das Thema wird auch den Medien bekanntgegeben, sodass dieser Teil für alle Beteiligten vorbereitet abläuft.

Zur Frage von Herrn Bischoff zur spontanen Fragestunde: Das läuft überraschend gut. Nach meinem Eindruck stehen die Senatorinnen und Senatoren unter einem derartigen medialen und sozialen Druck, dass sie sich alle Mühe geben, die Fragen kenntnisreich zu beantworten. Wir haben folgenden Mechanismus: Wenn der zuständige Senator nicht da ist, darf der Staatssekretär die Frage beantworten. Das geht dann nicht an ein anderes Senatsmitglied, das sich vermutlich nicht auskennt, sondern dann an die Staatssekretärebene. Dadurch ist nach meinem Eindruck zu 95 % gewährleistet, dass die Fragen gut beantwortet werden.

Herr Prof. Dr. Stefan Marschall (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Lehrstuhl Politikwissenschaft II, Institut für Sozialwissenschaften, Philosophische Fakultät):

Ich beginne auch mit der Frage von Herrn Bischoff. Natürlich sind Sie keine Event-Agentur, Sie sind ein Parlament, sind der Gesetzgeber. Sie erarbeiten Gesetze, beraten über Gesetze, müssen kontrollieren. Es ist also nicht alles nur Außenkommunikation, was hier stattfindet, und Sie können natürlich nicht alle Verfahren nur nach der Darstellung ausrichten, sondern es geht darum, dass Sie effizient arbeiten. Da muss man auch eine Grenze dessen, was geht, setzen. Aber innerhalb dieses Rahmens gibt es durchaus Möglichkeiten, gerade in der Arbeitsteilung zwischen Ausschüssen und Plenararbeit, entsprechend vorzugehen, wenn man weiß, dass die Plenararbeit entsprechend entlastet werden kann - Vorschläge sind schon in den Raum gestellt worden: Direktüberweisung in die Ausschüsse und Ähnliches -, und versucht, die Plenararbeit auf zentrale Darstellungs- oder Kommunikationsaufgaben zu konzentrieren. Aber es ist klar: Sie sind Gesetzgeber und Kontrolleur, und es ist wichtig, dass Sie effizient arbeiten. Das heißt, die Gestaltung der Verfahren darf nicht nur auf Darstellungskriterien ausgerichtet sein.

Wenn es darum geht, neue Verfahren einzusetzen - dieser Punkt tauchte bei Ihnen auf, bei Herrn Vogel auch die Fragen „Was ist Aktualität? Wer bestimmt ein aktuelles Thema? Wer bestimmt, was eine Frage ist, die man der Regierung stellen kann?“ -, kann es schnell passieren, dass Sie in Fraktionsspiele hineinkommen.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Die Stärkung der Rolle der Präsidentin oder des Präsidiums wäre eine Lösung, dagegen vorzugehen. Die Aktuelle Stunde interfraktionell zu verantworten scheint mir der logischste Weg, zu versuchen, einen Konsens herzustellen. Denn wenn Sie das verteilen, die Aktuelle Stunde beispielsweise rotierend festlegen, kommen Sie ganz schnell wieder in bestimmte politische Kämpfe hinein.

Herr Vogel, Aufwand und Ertrag - Sie haben eine Spannung zwischen verschiedenen Positionen festgestellt. Ich versuche einmal, diese zu lösen - oder auch stehenzulassen, dann wird es spannender, wenn Herr Fuchs gleich das Wort erhält. Auf die Frage „Nutzen Sie das Netz zur Information?“ antworten 60 %: Ja, das nutzen wir auch dafür. - Auf die Frage „Aus welcher Quelle nutzen Sie primär politische Informationen?“ antworteten 2013 im Querschnitt der Bevölkerung laut Wahlbefragung der GLES, der German Longitudinal Election Study, 60 %: Primär aus dem Fernsehen. - Ein Großteil der Bevölkerung bezieht die Informationen also immer noch aus dem Fernsehen. Das ändert sich, aber das Fernsehen wird noch eine Zeitlang eine wichtige Rolle spielen: 60 % als primäre Informationsquelle über Politik, 20 % Zeitungen, nur 5 % Internet - gesamtrepräsentativ für die deutsche Bevölkerung.

Auf regionaler oder kommunaler Ebene haben die regionalen Zeitungen noch eine ganz andere Bedeutung; das wird immer unterschätzt. Wir reden immer über Deutschland und deutsche Themen, aber sobald wir auf die regionale oder die kommunale Ebene gehen, spielen bei der politischen Information die Regionalzeitungen eine noch größere Rolle, meinetwegen auch im Online-Auftritt, aber es bleibt ein Produkt, das redaktionell hergestellt worden ist. Ich glaube, dass man diesen Bereich deswegen weiter berücksichtigen muss. Wir wissen aus den Studien, dass politikferne Schichten zur politischen Kommunikation vor allen Dingen auf das Fernsehen zurückgreifen.

Wenn Sie neue Wege gehen, müssen Sie sich darüber klar sein, dass es da auch Grenzen gibt. In Bezug auf Twitter haben wir niedrige Zahlen bzw. nicht die Zahlen, die wir von Massenmedien erwarten. Das ist aber auflösbar, das sind Multiplikatoren. Wenn wir Netzwerkanalysen bei Twitter vornehmen, stellen wir aber auch fest, dass das oft ein Elitending ist. Innerhalb der politischen Eliten - dazu gehören zum Beispiel auch die Journalisten - wird getwittert, man nimmt sich gegenseitig wahr, aber das heißt noch nicht, dass man damit an die Bevölkerung herankommt. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Das gilt auch für die Facebook-Auftritte. Ob Sie sich die Dinge dann als User, wenn Sie die Wahl haben, freiwillig anschauen, ist die zweite Frage. Wer folgt denn dem Landtag? Wir haben das Phänomen, dass Top-down-Kommunikation von Parteien oder Parlamenten, von Institutionen sehr kritisch gesehen wird. Von daher wird es auch Grenzen der Möglichkeiten geben. Aber vielleicht gibt es auch Möglichkeiten, diese Grenzen zu überwinden; dazu kann Herr Fuchs etwas sagen.

Wir haben uns angeschaut, wie Parteien die Kommunikationsplattformen, Online-Plattformen nutzen - auch Parteien, deren Vertreter hier im Raum sind -, und haben festgestellt, dass ein minimaler Teil der Parteimitglieder solche Sachen nutzt. Es sind auch dann noch einmal die politisch hoch Gebildeten.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Man muss sich klarmachen, dass die neuen Medien teilweise Elitemedien zur Kommunikation innerhalb der Elite sind. Dann muss der Schritt auch in andere Bereiche hinein gemacht werden. Das wird sich in den nächsten Jahren ändern, das ist ein Generationeneffekt, der noch eintritt, aber er wird erst noch kommen müssen. Deswegen ist es wichtig, verschiedene Medienformate parallel anzusteuern und jetzt nicht völlig umzuschwenken. Aber das muss, wenn man es umsetzen will, professionell durchgeführt werden.

Herr Domres, Sie haben nach den Möglichkeiten der Herstellung des unmittelbaren Kontakts zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Politikerinnen und Politikern gefragt. Möglich ist alles, was Sie vor Ort durchführen können: Jugendparlament, Offene Tür und Ähnliches, das Haus nach außen öffnen, aber auch nach außen gehen. Es bietet sich an, das über die zu machen, die den direktesten Kontakt zu den Menschen haben: die Abgeordneten selbst. Die Abgeordneten sollten bei der Kontaktaufnahme unterstützt werden. Sie sind auch, was Social Media und Ähnliches angeht, die zentralen Akteure für das Parlament, vielleicht weniger das Gesamtparlament, das kann eine Plattform darstellen, es kann etwas aufbauen, auf dem dann die Abgeordneten und die Fraktionen, die auch viel politischer sein können als das Gesamtparlament, in Kontakt treten können. Das wäre ein Schlüssel.

Herr Martin Fuchs (Hamburger Wahlbeobachter):

Nach all dem, was ich gehört habe, würde ich am liebsten eine Grundlagenvorlesung halten; die Zeit habe ich leider nicht. Vielen Dank für Ihre Fragen. Es ist ein sehr komplexes Thema; ich müsste sehr weit ausholen, versuche mich aber kurz zu fassen.

Die Kritik an dem, was Social Media kann, wo die Grenzen sind, ist zum großen Teil berechtigt, gerade wenn es um Parlamentskommunikation geht. Ein Parlament hat ganz andere Schwierigkeiten, seine Themen in der Öffentlichkeit zu platzieren, als ein einzelner Abgeordneter zum Beispiel. Das beginnt bei Personalisierung, bei der Frage, wie prägnant etwas formuliert werden, wie man etwas als einzelner Politiker, als Partei populistisch aufbereiten kann. Das kann ein Parlament natürlich nicht; es gibt gewisse Grenzen.

Schaut man sich Social Media an, stellt man fest: 7 000 Follower sind bei Twitter kein Problem; denn ich habe fünfeinhalbtausend und erreiche im Monat 600 000 bis 700 000 Menschen. Ich weiß nicht, wie viele Zugriffe die Website des Landtages Brandenburg hat, ich nehme an, es sind etwas weniger als 600 000 Leute, die man damit erreicht. Das heißt, auch kleine Zahlen bei Twitter bedeuten nicht, dass man wenige Leute erreicht. Die Frage ist, wie man die Inhalte aufbereitet. Ich weiß nicht, wie viele Tweets ich im Monat schicke, es sind vielleicht 200 oder 300, aber damit 500 000 oder 600 000 Leute zu erreichen finde ich per se nicht schlecht. Ich will 500 Leute erreichen - für die kommuniziere ich - und erreiche hunderttausendfach mehr; das ist kein schlechter Wert.

Ich kenne die Zahlen der Bremer Bürgerschaft nicht genau, aber auch da heißt es: Es gibt einen gewissen Bodensatz an Menschen, die politisch interessiert sind; die

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

muss man erreichen. - Da reicht es vielleicht schon, wenn man 3 000 bis 4 000 Fans bei Facebook auf seiner Seite hat; denn die tragen diese Inhalte mit jedem Like, jedem Kommentar und jedem Dialog, den man auf dieser Seite führt, in die Timelines ihrer Freunde. In Deutschland hat jeder auf Facebook im Durchschnitt 390 Freunde. Wenn man nur einen Like auf irgendeinen Artikel macht, landet dieses Posting des Landtages Brandenburg in der Timeline möglichst vieler der 390 Freunde. Man erzielt also durch die Netzeffekte Reichweiten, die man mit anderen Medien nicht erzielen könnte. Das habe ich nicht erläutert, weil es so komplex ist - Algorithmen und Systematiken usw. -, damit möchte ich Sie jetzt nicht behelligen.

Ein aktuelles Beispiel: Die SPD-Fraktion im Landtag Baden-Württemberg hat am Samstag ein Posting zur Flüchtlingspolitik mit einer ganz einfachen Info-Grafik eingestellt. Es wurden zehn Minuten Arbeit hineingesteckt, es hat bis heute 4,8 Millionen Menschen erreicht. Die Seite der Fraktion hat ca. 6 000 Fans, was zeigt: Die Netzeffekte darf man nicht unterschätzen. Das ist nicht bei jedem Posting so, auch der Landtag, auch die Bürgerschaft in Bremen schaffen das nicht mit jedem Posting.

Zu der Frage: Was kann man überhaupt als Landtag kommunizieren, wenn man diese Polarisierung nicht mehr hat? Da gebe ich Ihnen Recht, Herr Dr. Redmann, das ist ein Problem. Aber man kann versuchen, Politik erfahrbar zu machen, indem man zum Beispiel zu Beginn einer Sitzung in den Ausschuss hineinfilmt, ein Video von fünf Sekunden zeigt, wie das aussieht. Das können Sie dann über die Kanäle pushen, das wird dann wiederum verbreitet, sodass die Bürger erst einmal wissen: Okay, heute ist wieder Landtagssitzung; sie beginnt um 15 Uhr. - Da ist Twitter eher das weniger relevante Medium, sondern es ist besser auf Facebook, Instagram usw.

Es gibt auch gute Möglichkeiten mit Messengerdiensten, damit kann man auch Leute aktivieren, den Stream einzuschalten. Man darf allerdings nicht vergessen: Ein Livestream ist genauso wie Twitter für eine Elite geschaffen. Wer hat denn um 13 Uhr Zeit, sich einen Livestream anzuschauen? - Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger oder Leute, die sich beruflich damit beschäftigen müssen. Aber man erreicht damit wiederum Leute, die andere Peergroups erreichen können. Die Nutzung von Twitter oder auch des Livestreams ermöglicht beispielsweise Journalisten, nicht den Weg aus der Lausitz zum Landtag machen zu müssen und dadurch Kosten zu sparen.

YouTuber oder Instagramer haben eine sehr große Reichweite und sagen: Das ist aber spannend, was hier gerade diskutiert wird, darüber blogge ich. - Durch das Bloggen in seiner Zielgruppe wird auch über das, was im Landtag passiert, kommuniziert. Es bekommt Reichweiteneffekte, die man ohne den Livestream nicht hätte, weil der Instagramer oder YouTuber womöglich nicht mitbekäme, dass es das gibt. Selbstverständlich ist die Zahl derer, die man direkt erreicht, sehr gering, überschaubar. Aber sie sind wichtig, denn sie sind die Multiplikatoren, die Sie brauchen, um die Landespolitik in die Breite zu tragen.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Zur Kosten-Nutzen-Frage: Selbstverständlich kostet Kommunikation Geld, Ressourcen. Wenn man feststellt, dass nur noch 44 % der Bürger zur Wahl gehen, muss man sich Gedanken darüber machen, ob man die Ressourcen womöglich falsch verteilt. Deshalb rege ich an, zu überlegen, wofür im Landtag Geld ausgegeben wird, beispielsweise für welche Drucksachen. Vielleicht kann man Gelder umschichten.

In der Bremischen Bürgerschaft gibt es für die komplette Social-Media-Kommunikation eine halbe Stelle. Ab und zu wird sie beispielsweise durch einen Fotografen unterstützt. Man kann eine Social-Media-Redaktion auch auf verschiedene Köpfe verteilen und mit überschaubaren Ressourcen bewältigen. Viele Landtagsfraktionen in Deutschland haben keine feste Stelle, manche haben eine Viertelstelle, die das nebenbei bewältigt, und sie sind trotzdem sehr erfolgreich. Das ist also keine Frage großer Ressourcen. Das Auswärtige Amt, das alleine 25 Kanäle betreut, hat zweieinhalb Stellen dafür. Das ist alles machbar; man muss keine Angst haben, dass große Kosten entstehen.

Die Social-Media-Kommunikation ist kostengünstiger - das zeigen Kampagnen - als jede andere Form der Kommunikation, ob es Liveveranstaltungen, Plakate oder Flyer sind. Von daher ist immer die Frage, wen man erreichen will. Das muss man in einer Strategie definieren.

Frau Geywitz, natürlich, die Präsentation ist Common Lizenz, die Sie alle gern für Ihre eigene Arbeit nutzen können, wenn Sie sie nicht gleich im Internet posten.

Zu Ihrer Frage, wie sich Politik ändern muss: Ich glaube nicht, dass sich Politik grundsätzlich ändern muss; denn das, was Politik tut, ist wunderbar. Ohne parteipolitisch irgendjemandem zum Munde zu reden: Ich finde das, was in Parlamenten gemacht wird, großartig, ob das in Brandenburg, im Bundestag oder woanders ist. Die tollen Sachen, die Sie tun, bekommt der Bürger aber nicht mit. Daher erhebt sich die Frage, wie sich das Kommunikationsverhalten der MdLs und auch der Verwaltung ändern muss. Die Politik soll genauso weiteragieren - vielleicht einmal eine Parlamentsreform durchführen -, wie sie es tut.

Ihre Angst, dass Sie keine Zeit mehr für Ihr Privatleben hätten, wenn Sie das zusätzlich nutzen, ist verständlich, aber gerade Social Media ermöglicht es, das zu verhindern. Die einfachste Möglichkeit wäre: Warum beantwortet man die Frage eines Bürgers nicht öffentlich, beispielsweise über Facebook, Abgeordnetenwatch.de? Dann kann man bei ähnlich gelagerten Fragen immer mit einem Link auf die Antwort verweisen und muss sie nicht in jede E-Mail schreiben. Vielleicht kommen die Bürger so gar nicht mehr auf die Idee, Ihnen eine E-Mail zu dem Thema schicken, weil Sie das schon öffentlich gepostet haben und man die Information schon über Google gefunden hat. Die Effekte sind definitiv vorhanden.

Es ist nachgewiesen, dass man mit internen Tools die interne Arbeit, aber auch die Kommunikation nach außen effizienter organisieren kann. Da nimmt Ihnen Social Media auch Arbeit ab.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Sie sollten sich definitiv nicht an die Taktung, die „Hyperventilierung“ der Medienlandschaft anpassen, sondern Ihre politischen Entscheidungen weiterhin so bedacht und überlegt treffen, wie Sie es tun, und nicht quasi jeder Sau, die durchs Dorf gejagt wird, in der Hoffnung hinterherhecheln, dafür ein paar Likes zu bekommen. Das ist der falsche Ansatz.

Wenn ich mir politische Konversation ansehe, muss ich kritisch sagen: Es wird einfach falsch gemacht. 90 % der Politiker in Deutschland kommunizieren auf diesen Plattformen falsch. Ich kenne Ihre nicht und möchte Ihnen auch nicht zu nahe treten, aber wenn „Bin in der Fraktionssitzung!“ gepostet und dann ein Foto angehängt wird, ist das ziemlich langweilig. Man kann das auch anders aufbereiten. Ich könnte beispielsweise posten, dass ich gleich zum Thema Hundesteuer reden werde, und ein Bild von einem Hund einfügen. - Sie lachen jetzt, aber um quasi erst einmal ein Grundinteresse zu wecken, sind auch Katzen eine gute Möglichkeit; der Cat Content ist der Klassiker. - Das ist natürlich ironisch gemeint.

Man kann politische Inhalte also so aufbereiten, dass sie spannend sind. Das Beispiel mit der SPD-Fraktion aus Baden-Württemberg zeigt, dass solche komplexen Inhalte wie die Flüchtlingsthematik, die Inhalt dieses Postings war, auch Interesse wecken können und viele Leute motiviert haben, zu liken. Das Posting wurde bis heute 15 000 Mal geteilt; das ist schon beachtlich.

Die Frage von Herrn Dr. Redmann nach weiteren Instrumenten beantworte ich, wenn er wieder im Saal ist.

Frau Dr. Ludwig hat gefragt, wie man an die YouTuber herankommt. Ich gebe eine Antwort, und Sie sagen dann, ob es das war, was Sie hören wollten: Dass sich die Kultur der Verwaltung ändern muss, heißt natürlich, dass man im Wesentlichen aktiver auf Zielgruppen zugehen muss, die man bisher nicht auf dem Schirm hatte. Wir haben jetzt mehr Flüchtlinge, die vielleicht einmal Deutsche werden. Wenn man möchte, dass diese Leute sich mehr für die deutsche Politik interessieren, muss man auch einmal in eine Moschee gehen und könnte versuchen, gemeinsam mit einer Moschee-Gemeinde eine Kommunikation zu Themen des Landtages aufzuziehen.

Wenn ich junge Leute erreichen will - das Interview von LeFloid mit Angela Merkel ist das beste Beispiel -, kann ich das nicht auf meinen eigenen Kanälen tun, sondern muss überlegen: Was sind die Multiplikatoren in Brandenburg, die in bestimmten Kanälen Reputationen besitzen, die dort wahrgenommen, ernst genommen werden, die hohe Zugriffszahlen haben? Das kann auch einmal eine Schminkvideo-YouTuberin sein, mit der man ein Format für eine solche Fragerunde zu finden versucht, sodass sie vielleicht jeden Monat oder alle zwei Monate eine kurze Führung mit einem Videoformat durch den Landtag macht. Die Leute sind dann erst einmal geschockt, wollten eigentlich Schminkvideos sehen und sehen jetzt Landespolitik. Das ist für die Abonnenten vielleicht schwierig, hat aber den Effekt, dass Leute überhaupt erst einmal in Kontakt mit dem kommen, was Sie tun.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Sie sollten also versuchen, Zielgruppen in Ihre Kommunikation einzubinden, und nicht darauf hoffen, dass die Leute, nur weil Sie quasi qua Amt der wichtige Kommunikator sind, zu Ihnen kommen. Sie sollten viel stärker mit den Zielgruppen zusammenarbeiten und auf sie zugehen. So kommt man dann auch in ihre Lebenswelt und ihre Streams.

Ein letztes Wort zum Thema Diskussionsplattform und Nutzen: Herr Prof. Marschall und Herr Vogel haben Thüringen erwähnt; dort gibt es mehrere Probleme. Ich bin kein großer Freund von Online-Diskussionsplattformen auf Landtagsseiten, weil dort eine wirklich kleine, politisch sehr aktive Minderheit diskutiert. Es hat verschiedene Gründe, warum das eine Minderheit ist. Einer der wichtigsten Gründe ist, dass Informationen falsch aufbereitet werden und viele Leute gar nicht wissen, dass es diese Plattform gibt und man dort diskutieren kann. Dann ist auch immer die Frage: Was bringt es mir als Bürger, dort zu diskutieren? Was ist der Effekt dessen, dass ich mich dort beteilige, meine Freizeit opfere, mich in Themen einarbeite? Was kommt am Ende heraus? Wenn es nur so ist, dass man dort diskutieren und seine Meinung sagen darf, dann ist es wenig motivierend, sich zu beteiligen. Ich habe einen 18-Stunden-Tag, ich wüsste nicht, ob ich Lust hätte, mich im Anschluss eine halbe Stunde in ein Thema einzuarbeiten.

Da muss man eher ein konkretes Angebot unterbreiten: Was passiert mit dem Input, den ihr hier gebt? In welchen Ausschuss geht das? Wird vielleicht jemand eingeladen, der viele Likes oder viele Kommentare auf das bekommt, was er geschrieben hat, um dort seine Meinung sagen zu dürfen? Das ist dann eine Verquickung von Online/Offline, die dazu gehört. Das erfordert wieder eine Änderung Ihrer eigenen Arbeits- und Rahmenbedingungen. Ich bin kein großer Freund davon, das zu machen, weil es viel Aufwand - auch der Moderation - bedeutet. Viel wichtiger ist, was ich am Anfang in der Präsentation gesagt habe: grundlegende Informationen bereitzustellen und Leute über das zu informieren, was Sie tun. Diskussionen kann man dann auch analog führen.

Meine Ansage ist sowieso: Richtig gute Diskussionen finden analog statt, auch wenn ich der Meinung bin, dass man Trolle und so etwas ausschalten kann. Ich würde eher versuchen, in die Breite zu gehen, wie es beispielsweise der Petitionsausschuss tut, und dort Diskussionen über Themen zu führen, die auf den Nägeln brennen. Social Media ist wunderbar, um zu sehen, wo das der Fall ist, eine Art Monitoringtool, ohne infratest dimap und forsa zu beauftragen, um zu wissen, worüber der gemeine Brandenburger gerade diskutiert. Social Media sind als „Seismograph“ sehr wichtig und gut geeignet, das herauszufinden. So kann man - noch bevor sie in der Zeitung diskutiert werden - proaktiv Themen aufgreifen, die in einer Region aktuell sind und die Leute mehr interessieren als die Themen, die Sie sonst hier im Landtag diskutieren.

Ich weiß, das waren sehr progressive, vielleicht nicht mit Ihrem Weltbild zu vereinbarende Ansichten. Aber ich dachte, das muss jetzt mal sein.

Herr Benjamin Lassiwe (Vorsitzender der Landespressekonferenz):

Die Frage von Herrn Domres zur Öffentlichkeit der Ausschüsse hat mich etwas schockiert. Diese Öffentlichkeit hat sich aus journalistischer Sicht nicht nur bewährt, sondern ist aus unserem Arbeitsalltag nicht mehr wegzudenken. In den Ausschüssen erfahren wir Details, die wir sonst nicht erfahren. Die Ausschüsse tragen in erheblichem Maße dazu bei, dass nicht nur an Plenartagen und nach Pressekonferenzen über die Arbeit des Landtags berichtet wird. Ohne öffentliche Ausschüsse kann ich mir die heutige Parlamentsberichterstattung nur schwer vorstellen. Man hat es zwar früher auch ohne sie geschafft, aber es war komplizierter.

Mehrere Anträge zu einem Thema, die in einem Themenkomplex zusammengefasst werden - das gibt es in der Tat. Wir Journalisten fassen das einfach in einem Beitrag zusammen: Wenn bei zwei Tagesordnungspunkten einer Landtagssitzung über den BER debattiert wird, machen wir daraus einen Artikel. Es ist also einzig und allein Ihre Entscheidung und eine Frage Ihres Zeitmanagements, ob Sie das in zwei Tagesordnungspunkten debattieren oder es zusammenfassen wollen.

Frau Dr. Ludwig, Sie sprachen von einer Million Brandenburger, die YouTube nutzen, und haben gefragt, was der RBB dazu sagt. Ich bin nicht der RBB und maße mir nicht an, für dessen Intendanz zu sprechen; aber ich denke, dass dieses Problem relativ zügig gelöst wäre, wenn der RBB der Dienstleister wäre, der die Landtagsbeiträge einstellt.

Ich kann mir übrigens gut vorstellen, was Herr Fuchs gesagt hat: dass die Macherin von BibisBeautyPalace Landtagsabgeordneten Schminktipp gibt - warum denn nicht, wenn man damit die Leute erreicht? Sehen Sie sich die Landtagshomepage an: Im Moment wird dort mitgeteilt, dass Schülerlotsen zu Gast im Landtag waren - die Differenz ist gar nicht so groß.

Es ging um Kommentare in den Social Media und die Moderation von Beiträgen in Zeitungsforen. Ich möchte Sie ermutigen, Kommentarfunktionen zu nutzen. Im Gegensatz zu der Zeitung, für die jener Kollege dort tätig ist, haben wir sie nicht abgeschafft.

Es ist immer eine Frage des personellen Aufwands, inwieweit man das zulässt oder nicht. Es kann nicht sein, dass die Homepage des Brandenburger Landtags zu einem Hort des Rechtsextremismus wird, weil sich dann dort entsprechende Kommentare zu den Beiträgen wiederfinden. Das kann man aber durch begrenzte Zeiten, in denen gepostet werden kann und in denen das dazu eingestellte Personal moderiert, steuern.

Noch eine Anmerkung dazu: Es bietet sich an, auch im Stellenplan des Landtags zu schauen, wie viele Stellen derzeit für die Öffentlichkeitsarbeit und die Pressestelle vorhanden und wie sie sortiert sind. Die Präsidentin hat eine volle Büroleiterstelle verdient. Ebenso könnte eine volle Pressesprecherstelle für den Landtag eine Innovation sein, die der Kommunikation nach außen dienlich ist. Es ist vielleicht nicht die beste Lösung, das zu kombinieren.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Vorsitzender Ness (SPD):

Danke für Ihre Anmerkungen. Ja, die preußische Sparsamkeit hat Auswirkungen, die manchmal auch von den Medien angemahnt werden. - Herr Dusel hat nun das Wort.

Herr Jürgen Dusel (Beauftragter der Landesregierung Brandenburg für die Belange von Menschen mit Behinderungen):

Herzlichen Dank für die Einladung, hier zum Thema Parlamentsreform bzw. Barrierefreiheit zu sprechen. Wie in meiner schriftlichen Stellungnahme angekündigt, werde ich mich im Wesentlichen auf die Fragen beschränken, die Menschen mit Behinderungen betreffen - also insbesondere die Fragen von der Fraktion DIE LINKE. Ich werde aber auch Ausführungen genereller Art machen und bin gespannt auf die Diskussion.

Ich begrüße sehr, dass sich der Hauptausschuss mit diesem Thema beschäftigt. Das Wissen um politische Zusammenhänge und Inhalte politischer Debatten ist für alle Menschen - mit und ohne Behinderungen - essenziell. Dass Menschen mit Behinderungen teilhaben können, ist im Grunde die zweite Seite der Medaille von Demokratie. Die Beteiligung von Menschen an politischen Prozessen hängt nicht davon ab, ob jemand ein Handicap hat oder nicht. Sie ist ein Bürgerrecht.

Man muss allerdings feststellen, dass die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen am politischen Prozess einer besonderen Achtsamkeit bedarf. Oft stoßen Menschen mit Behinderungen dabei auf Barrieren. Der Kollege von der Universität Potsdam hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen. Ich möchte das unterstreichen: Es geht um bauliche und kommunikative Barrieren sowie um die gesamte Informationstechnologie.

Die Bundesrepublik Deutschland hat 2009 das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifiziert - im Bundestag und im Bundesrat - und zu geltendem Bundesrecht gemacht. Darin spielt die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen eine zentrale Rolle. Diese UN-Behindertenrechtskonvention bindet alle staatlichen Hierarchien und Organisationen, bindet den Bund, das Land und die Kommunen. Sie enthält einschlägige Artikel zum Thema Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am politischen Leben:

In Artikel 9 geht es um die Zugänglichkeit insgesamt, also um Barrierefreiheit; in Artikel 21 um freie Meinungsäußerung, Meinungsbildung und in 21a auch um den Zugang zu Informationen; in Artikel 29 um die Garantie von politischen Rechten von Menschen mit Behinderungen.

In dem Zusammenhang möchte ich anmerken, dass das Thema Inklusion in der Vergangenheit zwar intensiv im durchaus wichtigen Erziehungs- und Bildungsbereich diskutiert wurde, eine reine Reduzierung auf diesen Bereich aber nicht ausreichend ist, wenn es um die Teilhaberechte von Menschen mit Behinderungen geht.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Der hier besonders einschlägige Artikel 21a besagt, dass Menschen mit Behinderungen die für die Allgemeinheit bestimmten Informationen - das betrifft nicht nur den Landtag, sondern alle Informationsmedien, beispielsweise Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen - rechtzeitig in geeigneter Form - also „verständlich“, zugänglich - und frei von zusätzlichen Kosten erhalten müssen.

Ich will als jemand, der stark sehbehindert ist, nur sagen: Allein der Umstand, dass sich viele sehbehinderte Menschen Hilfsmittel beschaffen müssen, die es ihnen erlauben, bestimmte Informationen zu erhalten, ist mit Artikel 21a der UN-Behindertenrechtskonvention nicht vereinbar. Diese Medien müssen allen Menschen zugänglich sein; Stichwort Design for all. Wer Smartphones verwendet, weiß, dass es auch Anbieter gibt, die Features anbieten, die in der Lage sind, Internetseiten vorzulesen, ohne dass man dafür mehr bezahlen muss.

Das Internet spielt gerade bei der Informationsgewinnung und dem Zugang zu Informationen eine zentrale Rolle, insbesondere für mobilitätseingeschränkte Menschen, die beispielsweise weder aus der Lausitz, der Uckermark oder Prenzlaue oder auch aus Potsdam in den Landtag kommen können. Dies betrifft insbesondere Menschen im Rollstuhl, die nicht unbedingt Lust haben, von ihren Mitbesuchern getrennt zu werden, wie es auf der Besuchertribüne des Plenarsaales der Fall ist. Sie wollen ihre Informationen im Grunde über das Internet bekommen. Dabei spielt die Barrierefreiheit der Internetangebote eine zentrale Rolle. Das betrifft nicht nur die Frage, ob jemand, der sehbehindert ist, das sehen kann - dasselbe gilt analog für Menschen, die blind sind -, es geht auch um die Frage der Gebärdensprache und insbesondere darum, ob diese Angebote im Internet Menschen mit kognitiven Einschränkungen, einer Lernbehinderung, zugänglich sind. Die Leichte Sprache spielt hier nicht nur für den Landtag, sondern auch für die Landesregierung eine zentrale Rolle.

Es gibt bereits gute Beispiele. Es gibt erste Informationsbroschüren für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung - EFRE - in Leichter Sprache. Schauen Sie sich das einmal an; ich habe das endlich verstanden, nachdem ich es so aufbereitet gelesen habe. Zum Zweiten hat das Sozialministerium insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention einige Broschüren in Leichter Sprache herausgebracht.

Ich habe den Landesbehindertenbeirat in Vorbereitung dieser Anhörung gebeten, Menschen, Organisationen von Menschen mit Behinderungen zu befragen, ob sie Defizite bei der Frage sehen: Ist die Information, die vom Landtag aus und über den Landtag stattfindet, für die Menschen auch zugänglich? Da will ich zunächst eine positive Antwort geben:

Der Blinden- und Sehbehindertenverband Brandenburg e. V. hat dem Landesbehindertenbeirat mitgeteilt, dass aus seiner Sicht die Informationen relativ oder nahezu barrierefrei sind. Allerdings hat der Vertreter des Gehörlosenverbandes gebeten, Ihnen mitzuteilen, dass er erhebliches Verbesserungspotenzial bei der Informationsübermittlung sieht. Das lässt sich nachvollziehen, wenn man sich die Internetpräsentation des Landtages anschaut.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Ich kann als Landesbeauftragter nur empfehlen, dass zentrale Informationen, die beispielsweise im Internet des Landtages stehen, durch Gebärdenvideos zugänglich gemacht werden. Es geht nicht darum, den gesamten Inhalt aller Internetpages, aber zumindest die zentralen Essentials innerhalb der Seiten zu gebärden. Das wird eine große, spannende Aufgabe sein, die Sie nicht allein bewältigen müssen. Es gilt ja der Grundsatz, dass Menschen mit Behinderungen teilhaben sollen, auch an Weiterentwicklungen. Ich plädiere sehr dafür, die Menschen mit Behinderungen auch als Experten in eigener Sache, wenn es hier um Weiterentwicklungen geht, zu beteiligen. Da steht Ihnen der Landesbehindertenbeirat, der sämtliche Selbsthilfeorganisationen beinhaltet, gern zur Verfügung.

Wir reden, wenn es um Menschen mit Behinderungen in diesem Land geht, von etwa 500 000 Menschen, einem Sechstel der Bevölkerung. Sie sind als Gruppe heterogen. Deswegen bedarf es, wenn es um die Barrierefreiheit der Informationstechnologien geht, unterschiedliche Lösungen.

Ich würde mir als Landesbehindertenbeauftragter - ich würde ja auch partizipieren - gerade im Bereich der Gebärdensprache wünschen, dass beispielsweise neben den Informationstechnologien, die durch Gebärdensprachvideos untersetzt werden, beispielsweise Regierungserklärungen routinemäßig und auch zentrale, wichtige Debatten gebärdet werden. Ich erlebe oftmals Menschen mit Behinderungen, die sagen „Ich kann dem nicht folgen.“ Dies ist auch so, weil es schwierig formuliert ist. Es gibt aber durchaus gehörlose Menschen, die, gerade wenn es um zentrale Themen geht, partizipieren wollen.

Der Landesbehindertenbeirat spielt da also eine zentrale Rolle. Sollten Beschlüsse zum Thema Parlamentsreform gefasst werden, plädiere ich dafür, auch da Menschen mit Behinderungen zu beteiligen, damit, wenn es um den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Gründung einer AG geht, vielleicht auch eine Sensibilisierung, Fortbildung oder ein Workshop stattfindet. - Für Rückfragen stehe ich gern zur Verfügung.

Herr Prof. em. Dr. Günter C. Behrmann (Universität Potsdam):

Herr Prof. Dr. Marschall und ich sind Politikwissenschaftler. Da Herr Marschall schon vieles ausgeführt hat, will ich mich kurz fassen und den Blick insbesondere noch einmal auf die Problemlage richten. Dazu folgendes Zitat:

„Die verbreitete Teilnahmslosigkeit des Volkes an den politischen Vorgängen und Aufgaben löst die Politik aus ihrem Ort im menschlichen Dasein. Sie erscheint dann dem Einzelnen als ein Sachvorgang, an dem er als bloßes Objekt nicht mitzuwirken hat. Zugleich wird der Politiker von den Menschen isoliert, in deren Dienst doch seine Arbeit steht. Er wird persönlich getrennt gerade auch von jenen, mit denen er in ständigem Gespräch und Austausch stehen sollte.“

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Dieses Zitat ist 60 Jahre alt und entstammt einem Grundsatzpapier, das auf einer Arbeitstagung, die der damalige bayerische Landesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende der SPD, Waldemar von Knoeringen, veranstaltet hat, um die Frage zu diskutieren, ob es sinnvoll sei, eine Landesakademie für Politische Bildung zu errichten, und wie die aussehen könne. Das war die 1958 dann in Tutzing gegründete Akademie für Politische Bildung, eine der erfolgreichsten Gründungen in der politischen Bildung.

Fasst man dieses Zitat in eine etwas andere Sprache, findet man sozusagen den gleichen Befund in zahlreichen neueren Publikationen und Programmschriften zur Problematik des Verhältnisses von Bürger und Politik. Wir haben es also mit einem Problem zu tun, das offensichtlich ein strukturelles Problem, ein Dauerproblem ist, das sich freilich ändert, und zwar je nach den gesellschaftlichen Wandlungen und ihren Auswirkungen auf die Politik, aber in den Grundzügen - wenn Sie sozusagen auf dieser etwas allgemeineren Ebene leben - immer wiederkehrt, also nur bearbeitet, nicht gelöst werden kann.

Ich will zu verdeutlichen versuchen, wieso dieses Problem ein strukturelles ist, und zwar im Anschluss an einiges, was hier schon gesagt worden ist. Herr Marschall sprach vom Landtag als zentralem Ort der politischen Entscheidungen. Herr Lassiwe sprach vom Landtag als dem zentralen Ort der politischen Debatte. Das ist sicherlich richtig. Auf der anderen Seite ist der Landtag nur eines von mehreren Entscheidungsgremien, deren Entscheidungen uns Bürger betreffen. Wir leben in einem Mehrebenensystem - von der Kommune über das Land bis hin zum Bund sowie zu EU und UN, deren Konventionen für bestimmte Bereiche ebenfalls wichtig sind.

Darüber hinaus - das hat sich seit den 50er-Jahren tiefgreifend verändert - ist die Staatlichkeit, die wir im Kopf haben, wenn wir über dieses Problem sprechen, so nicht mehr existent. Die klassische Definition des modernen Nationalstaates von Jellinek lautet: Es gibt eine zentrale Staatsgewalt, ein Staatsvolk und Staatsgrenzen. Innerhalb dieser Staatsgrenzen agiert das Parlament - jedenfalls in Demokratien bzw. Republiken - als zentrale Entscheidungsinstanz für das Volk, repräsentativ etc.

Dass wir von dieser Staatlichkeit nicht mehr ausgehen können, können Sie tagtäglich feststellen: In Virginia testet ein aus Indien stammender Ingenieur im Rahmen eines Forschungsprogramms VW-Dieselmotoren und stellt fest, dass da etwas nicht stimmt. Diese Feststellung löst die wohl größte Krise in der Geschichte der deutschen Autoindustrie aus und hat massive Rückwirkungen auf die Landespolitik in Niedersachsen. Und Staatsgrenzen sind, soweit überhaupt noch existent, als offene Barrieren inzwischen durchlässig geworden - jedenfalls in Europa. Man braucht sich nur allabendlich die Flüchtlingsströme im Fernsehen anzusehen.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Wir können also nicht mehr davon ausgehen, dass der Landtag - zumindest in dem Bereich, in dem er agiert - eine weitgehende Gestaltungsmacht besitzt. Das wissen auch die Bürger. Dennoch lässt sich nicht auf den Landtag zurückführen, dass sowohl die Wahlbeteiligung als auch die Mitgliederzahl der Parteien - zumindest im Westen, im Osten sind die Verhältnisse sowieso anders - massiv zurückgegangen sind. Seit der Wiedervereinigung hat die FDP mehr als 60 %, die SPD nahezu die Hälfte und die CDU knapp 40 % ihrer Mitglieder - die CSU etwas weniger - verloren. Nur die Grünen haben Mitglieder hinzugewonnen - allerdings nicht so viele, dass die Verluste dadurch ausgeglichen worden wären. Dafür gibt es zahlreiche Erklärungen, die ich nicht im Einzelnen aufführen will. Ich weise nur darauf hin, dass die Theorie, man könne durch einen etwas anderen Ablauf der Arbeit im Parlament oder die Nutzung moderner Medien fundamental etwas daran ändern, wahrscheinlich nicht aufrechterhalten werden kann.

Frau Geywitz hat schon angesprochen, dass das Parlament Regeln folgt, die für Menschen, die in anderen Handlungszusammenhängen tätig sind, zum Teil schwer verständlich sind. In einem klugen Aufsatz dazu heißt es: Es gibt ein Transparenzparadox. Obwohl Parlamente - im Unterschied zu anderen Großorganisationen - öffentlich arbeiten, ist das Zustandekommen ihrer Entscheidungen vielen Bürgern rätselhaft.

Wir müssen heute davon ausgehen, dass wir fast alle heute als normale berufstätige Bürger in Organisationen tätig sind, die jeweils eigenen Regeln und Handlungslogiken folgen. Als ich meine Doktorarbeit beendet hatte, kam einer meiner Onkel vorbei, der einen großen Landmaschinenbetrieb hatte, guckte sich mein Arbeitszimmer an und sagte: Aha, so sieht dein Arbeitsplatz aus; Bücher, Schreibmaschine, das ist alles. - Das hat ihn etwas erstaunt. Das ist typisch für moderne Gesellschaften: Wir handeln in Organisationen, die eigenen Logiken folgen. Herr Bischoff hat das angesprochen: Es gibt fundamentale Erfordernisse an Landtagsarbeit, die ich nicht in Events umwandeln kann. Kann man dennoch etwas tun? Ich bringe einige Punkte, die mir wichtig zu sein scheinen:

Man sollte sich darüber im Klaren sein, dass die Binnenlogik für das Verhältnis Bürger - Parlament nicht unmittelbar relevant ist. Viele Änderungen können sinnvoll sein - Geschäftsordnung, Arbeitsweisen etc. -, ändern aber an diesem Verhältnis und den damit zusammenhängenden Schwierigkeiten so gut wie nichts. Da sollte man sich keine Hoffnungen machen. Sie werden nicht mehr Leute an die Wahlurnen locken, indem Sie Parlamentsdebatten lebendiger gestalten. Das halte ich nach allem, was wir über Wählerverhalten - eines der am intensivsten erforschten Gebiete der Politikwissenschaft - wissen, für außerordentlich unwahrscheinlich.

Das Gleiche gilt für die mediale Präsentation - was aber nicht heißt, dass man nicht alle Möglichkeiten nutzen sollte, um sie auf einen heutigen Stand zu bringen. Das hat Ihnen Herr Fuchs gerade in exemplarischer Weise vorgeführt.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Allerdings muss man bedenken, dass trotz aller auch in den älteren Generationen fortschreitenden Nutzung sozialer Medien enorme Altersdifferenzen bestehen. Sie können nicht einfach darauf setzen, alles neu zu gestalten und YouTube, Facebook etc. zu nutzen, sondern müssen auch die älteren Wähler im Auge haben, denen das Hekuba ist und die nicht jeden Morgen im Laptop schauen, was in der Welt vor sich geht.

Damit komme ich zum Schluss auf die Zielgruppenorientierung zu sprechen, die Herr Marschall schon angesprochen hat: Man kann angesichts der zunehmenden Pluralisierung und Differenzierung moderner Gesellschaften nicht mehr davon ausgehen, dass ich die Menschen, wie Sie Politiker gerne sagen, vor mir habe. Von diesen gibt es viele, und zwar sehr unterschiedliche. Deswegen muss ich beachten, mit welchen Menschen ich es zu tun habe und wie ich sie anspreche.

Ich möchte die Aufmerksamkeit im Hinblick auf den letzten Referenten insbesondere auf die junge Generation richten. Es gibt das weit verbreitete Bild, welches die Wahldaten wieder bestätigt zu haben scheinen: dass die Jungwähler und die Wähler in den frühen Erwachsenenjahren - von 18 bis 21 Jahren - politisch wenig interessiert und apathisch sind, sich schwer mobilisieren lassen und noch viel weniger an Wahlen teilnehmen als die älteren Jahrgänge etc. Das muss man sich sehr differenziert anschauen.

Wenn Sie sich verlässliche und seriösere Jugenddaten - etwa in der Shell-Studie und ähnlichen Studien - anschauen, sehen Sie, dass wir eine früher beginnende politische Sozialisation zu beachten haben, die durchaus zu einem beträchtlichen Anstieg des politischen Interesses vor dem Eintritt in das Wahlalter zeugt. Diese Studien zeigen zugleich, dass auch die Kenntnisse von Politik bei Jugendlichen sehr viel größer sind, als generell eingeschätzt wird. Dass sich Jugendliche in geringerem Maße an Wahlen beteiligen, hat eine ganze Reihe von Gründen, die nicht mit der Wahlbereitschaft zusammenhängen, sondern damit, dass sie sehr viel stärker mobil sind usw.; ich will das nicht im Einzelnen ausführen.

Wenn Sie sich vor Augen halten, dass ein Großteil des politischen Verhaltens, also auch die Bereitschaft zur politischen Beteiligung, erlernt ist, stellen Sie fest, dass unter den Zielgruppen die Jugend besondere Beachtung finden muss. Dazu müsste man sich noch eine ganze Reihe mehr Möglichkeiten suchen als die, die bisher genutzt werden - damit leite ich zu meinem Nachfolger über.

Herr Bernd Mones (Landesjugendring Brandenburg e. V.):

Ich möchte an den Anfang der Anhörung zurückgehen. Herr Marschall hat eingangs gesagt, die Diskussionen über eine Parlamentsreform sind das eine, wenn man Demokratie und Parlamentsarbeit wieder lebendiger machen will. Ich glaube, Kommunikation und Politikvermittlung sind ein - gefühlt - wesentlich wichtigerer Bereich. Insofern werden sich meine Ausführungen auch ein Stück weit auf die sogenannte Zielgruppe Jugend reduzieren. Herr Behrmann hatte angesprochen, dass es notwendig ist, stärker dorthin zu gucken.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Ich werde mich auch stärker auf den Bereich der Kommunikation von politischen Vorgängen, politischen Prozessen konzentrieren. Ich will es begrifflich auch gleich weiten: Politik findet nicht nur im Parlament statt. Politik ist ein hochkomplexer Prozess mit sehr vielen Beteiligten. Insofern ist der Bereich Politikvermittlung in einer Demokratie sowohl theoretisch als auch praktisch ein ganz wesentlicher.

Wir haben als Landesjugendring, Jugendverbände, Jugendvereine in den letzten 20 Jahren hart dafür gekämpft, dass Menschen unter 18 - nämlich 16- und 17-Jährige - bei Landtags- und Kommunalwahlen wählen dürfen. Das ist erreicht. Wir sind froh und dankbar, dass das Parlament das beschlossen hat.

Es gab nach der letzten Landtagswahl Unkenrufe: 40 % kann man nicht unbedingt als Erfolgsmeldung oder -modell werten. - Ich glaube, dass diese Stimmen kamen, bevor der Landeswahlleiter seine repräsentative Wahlstatistik veröffentlichte. Betrachtet man nämlich die den 16- bis 17-Jährigen nachfolgenden Alterskohorten, dann stellt man eine dramatische Situation fest: 18 bis 21 Jahre - 34 %, 21 bis unter 25 Jahre: 26 % Wahlbeteiligung, 25 bis 30 Jahre: 30 % Wahlbeteiligung, also weit unter dem Durchschnitt insgesamt und der Wahlbeteiligungsquote der 16- und 17-Jährigen.

Ich glaube, dass das eine dramatische Entwicklung ist, weil sich zwischen 2009 und 2014 große, signifikante Unterschiede ergeben haben. Die Wahlbeteiligung ist insgesamt stark gesunken. Ich will keine Thesen in den Raum stellen, was in dieser Legislatur dafür ursächlich ist. Das mögen Wahlforscher, Sozialwissenschaftler etc. durch entsprechende Befragungen eruieren. Ich glaube aber, dass es gut ist, dass Sie sich als Parlamentarier die Frage stellen: Wie kann ein Parlament wieder lebendiger werden, um zumindest der sinkenden Wahlbeteiligung - die ich für dramatisch halte - ein Stück weit entgegenzuwirken? Mit Blick auf die sehr junge Wählerschaft müssen sich die Formate und Inhalte sowie die Kommunikation dieser Inhalte an einigen Stellen erheblich verbessern.

Im Fragenkatalog wurde sehr stark gefragt - jetzt kommen einige Wiederholungen dessen, was Herr Fuchs so wunderbar vorgetragen hat -, was Kommunikation, aber auch anderes angeht:

Die Internetseite des Landtages Brandenburg ist eine gut aufbereitete, gut layoutete, der Seriosität des Hohen Hauses entsprechende Seite. Das ist übersichtlich; auf relativ wenigen Ebenen erhält man alle wesentlichen Informationen, wenn man sich denn interessiert. Daran gibt es nicht viel zu kritisieren. Es gibt auch digitale Informationsmöglichkeiten über RSS etc. Das ist modern und gut, aber ein bisschen kompliziert. Für diejenigen, die sich ernsthaft interessieren, bietet die Homepage des Landtages vielfältige, gut aufbereitete, seriös erscheinende Informationen.

Schwierig wird es, wenn man das Medienverhalten junger Menschen kennt, die im Internet surfen. Das eine ist die Netzabdeckung, das andere das Nutzerverhalten. Was für Geräte nutzen junge Menschen denn, um ins Internet zu kommen? Die meisten setzen sich, wenn es um Kommunikationsmedien geht, nicht mehr an ihren Computer, sondern nutzen ihre mobilen Endgeräte.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Die Landtagshomepage ist leider nicht in einer mobilen Version erhältlich. Öffnet man sie auf dem Smartphone, braucht man eine sehr starke Lesebrille bzw. einen sehr dynamischen Zeigefinger zum Scrollen, um die Inhalte erfassen zu können.

Das wäre mein erster Tipp, dass ohne eine mobile Version der Internetseite wenig zu erreichen ist, wenn man an die junge Generation denkt.

Zweitens: Auf der Landtagsseite sind viele Social-Media-Angebote zu finden. Da kann man mit einem Klick auf Facebook, Delicious, Twitter usw. kommen. Aber Facebook, hat Herr Fuchs richtig gesagt, wird von der jungen Generation inzwischen ein wenig gemieden. Dennoch ist es das führende Social-Media-Angebot neben YouTube, wo Dinge abgebildet werden können, die in keinem anderen Medium so - auch in Echtzeit - abgebildet werden können.

Leider wird diese Facebook-Seite, die modern daherkommt, redaktionell überhaupt nicht administriert. Es können Inhalte von der Landtagsverwaltung gepostet werden, aber um das lebendig zu machen, gehört viel mehr dazu; Herr Fuchs hat das angeführt. Das geht inzwischen auch. Wenn der Bundesrat, das Auswärtige Amt und die Bremische Bürgerschaft das können, sollte es auch der Landtag Brandenburg schaffen, auf Facebook lebendiger, präsenter und zielgruppengerechter zu sein.

Die Ausdifferenzierung der Gesellschaft wurde hier schon angesprochen. Wir haben es nicht mehr mit Oben, Mitte, Unten, mit einer gutstrukturierten Klassengesellschaft zu tun, sondern Sozialwissenschaftler sprechen nur noch von sehr ausdifferenzierten kulturellen Milieus. Die Zielgruppenansprache in der Öffentlichkeitsarbeit muss sich also ganz bestimmten Altersgruppen, aber auch den Milieus widmen. Das ist eine hohe Anforderung an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtages. Ich kann nur dazu raten, sich da wesentlich mehr hineinzuknien - nicht, weil es modern, weil es toll ist, weil es jeder macht, sondern weil sonst die Menschen mit dem, was hier passiert, einfach nicht mehr erreicht werden.

Ich kann die Lobrede von Herrn Fuchs nur wiederholen: Es wird hier eine sehr gute und, wenn Sie in die Verfassung schauen, sehr wichtige Arbeit geleistet. Aber wenn das niemand mitkriegt, haben wir ein Problem in der Demokratie.

Insofern: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in sozialen Medien ist extrem wichtig. Und es ist extrem wichtig, dass diese Presse- und Öffentlichkeitsarbeit heutzutage nicht mehr statisch ist, sondern diese Medienwelt, das Mediennutzungsverhalten ist ein hochdynamischer Prozess, wo man sich immer wieder informieren muss, wohin der Zug fährt. Die Veränderlichkeiten sind größer geworden. Das macht auch die Herausforderungen - nicht nur hinsichtlich der Ressourcen - deutlich. Das kostet alles Geld. Sowohl mobile Versionen als auch in Facebook zu redigieren, das redaktionell zu bearbeiten kostet Geld, aber das sind, wie auch Herr Fuchs sagte, keine Unsummen. Das ist ein Muss, sonst kommt man heutzutage nicht mehr hin.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Zum Livestream: Es ist ein tolles Angebot, dass man sich Parlamentsdebatten live im Fernsehen angucken kann. Herr Bischoff sprach von 100 Nutzern, das hat mich etwas erschreckt. Ich gehöre auch zu denen, die aus beruflichen Gründen hineingucken, also sind es noch 99 andere. Wenn 50 davon Mitarbeiter des Landtags sind, bleiben nur noch 49 im Land Brandenburg übrig - da muss man über das Kosten-Nutzen-Verhältnis nachdenken.

(Bischoff [SPD]: Das ist der Durchschnitt!)

Die Frage ist: Wozu wird der Livestream genutzt? Er könnte in der Mediathek des RBB oder auf der Landtagsseite archiviert werden, sodass er auch eine Woche später noch abrufbar ist, und so für die politische Bildung - in Schulen und in der außerschulischen Bildung - genutzt werden. Ich hoffe, dass, wenn konservierte Livestreams verfügbar sind, unter den durchschnittlich 100 Nutzern auch Lehrerinnen und Lehrer sowie außerschulische Bildnerinnen und Bildner sind, die das Angebot nutzen, um parlamentarische Prozesse anschaulich und in allen Facetten zu zeigen.

Das Bildungsministerium ist heute nicht vertreten, aber die Botschaften sind ja öffentlich: Vielleicht müsste man diesbezüglich stärker in die Schulen schauen. Aber auch die außerschulische Bildung ist stärker zu nutzen. Ich glaube, dass das ein gutes Instrument ist, weil da die Prozesse abgebildet werden.

Es wurde schon gesagt, dass die Ausschusssitzungen seit der letzten Legislaturperiode öffentlich sind. Das ist eine interessante Sache. Ich bin häufiger im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zu Gast. Das ist lebendig. Ich finde es sehr wichtig, dass die Presse und die Medien dadurch eine regelmäßige Zugangsmöglichkeit haben. Ich kann nicht beobachten, dass - wie Herr Domres es formuliert hat - in der Sache weniger gearbeitet wird; ich habe keine signifikanten Änderungen bemerkt. Was mir aber immer wieder auffällt, ist: Es sind keine jungen Menschen anwesend. Medienvertreter und Parlamentarier sind dort; aber obwohl es in diesem Ausschuss um Schule, Jugendfragen und Sport geht, sieht man dort nie junge Menschen, die diese drei Politikfelder betreffen.

Ich wünsche mir - das bezieht sich auch auf die Landtagsverwaltung und den Internetauftritt etc. -, dass man mehr im Sinne einer Push- und nicht einer Pull-Funktion auf Zielgruppen und Multiplikatoren zugeht. Man könnte zum Beispiel ankündigen: Hier wird das Thema soundso behandelt, das kommt dann und dann ins Parlament, Ziel ist das Gesetz XY, um dieses und jenes zu regeln. - Die Politik müsste viel aktiver auf diese Prozesse hinweisen und sie verdeutlichen sowie auf die entsprechenden Multiplikatoren zugehen.

Ich wünsche mir, dass mehr junge Menschen sowohl im Bildungs- als auch in anderen Ausschüssen an den Themenstellungen partizipieren. Im Infrastrukturausschuss geht es zum Beispiel bei Fahrradwegen und dem öffentlichen Nahverkehr ebenfalls um junge Menschen. Letzteres ist in Brandenburg ein zentrales Thema: Neben dem Unterrichtsausfall interessiert junge Menschen besonders der öffentliche Nahverkehr, weil sie nirgends mehr hinkommen.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Man müsste diese Themen für die sozialen Medien richtig aufbereiten und die jungen Menschen gezielt in die Ausschüsse und ein Stück weit in die Parlamentsarbeit einbinden, auch, wenn das neben der nötigen Öffentlichkeitsarbeit didaktische Herausforderungen für den Landtag bedeutet. Ich halte das mit Blick auf die junge Generation für notwendig und wichtig.

Als junge Menschen gelten - SGB VIII - alle Personen im Alter zwischen 1 und 27 Jahren; das ist eine große Alterskohorte. Die, die 1 bis 15 Jahre alt sind, dürfen - mit Ausnahmen für 14-Jährige - noch gar nicht an Entscheidungen partizipieren, die in Kommunen oder anderswo fallen. Die Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen auf Kommunal- und Landesebene jenseits von Wahlen zu verbessern halte ich für wesentlich, weil man so schon ganz junge Menschen in politische Prozesse einbeziehen kann - sozusagen auf einem „Übungsfeld“. Allerdings ist diese Formulierung zu schwach. Denn lädt man zum Beispiel Kinder ein, um einen Spielplatz zu planen, ist das keine Übung, sondern eine praktische Angelegenheit und ein demokratischer Prozess.

Wenn junge Menschen früh erfahren, dass ihr Interesse auf Kommunal- oder Landesebene gewürdigt und ihre Stimme gehört wird, werden sie wacher, schneller und frühzeitiger in die Demokratie hineinwachsen. Ich mutmaße, dass sich das auch auf das Wahlverhalten auswirkt. Insofern bitte ich darum, auch die Zielgruppe der jungen Menschen unter 16 Jahren, die von Wahlen ausgeschlossen sind, zu beachten.

Familienforscher sagen, dass wir uns im privaten, sozialen Bereich immer mehr in einer Aushandlungsgesellschaft befinden - es wird nicht mehr von oben diktiert, weder väterlicher- oder mütterlicherseits noch von der Lehrerschaft, die sich selbst vor der Klasse immer mehr demokratisch legitimieren muss. Das muss sich in der Politik und in den Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Demokratie widerspiegeln.

Ich möchte zum Schluss auf eine dramatische Entwicklung zu sprechen kommen: Von der vorletzten bis zur letzten Wahl hat sich die Wahlbeteiligung in manchen Alterskohorten halbiert. Für die Wahlbeteiligung sind nicht allein die Politiker verantwortlich, sondern auch Parteien, die Zivilgesellschaft und Verbände, wie ich einen vertrete. Mir stellt sich die Frage, die letztlich Forscher beantworten müssen: Hängt die Wahlbeteiligung nicht auch davon ab, ob das Parlament wirklich der Ort der Entscheidung ist? Ist nicht in den letzten 20 Jahren eine Legitimationskrise dadurch entstanden, dass die parlamentarischen Orte gar nicht für die Orte der Entscheidung gehalten werden, sondern die Menschen glauben, dass die Entscheidungen vor dem offenen Schlagabtausch im Parlament bereits in Koalitionsrunden oder innerhalb der Parteien gefällt werden? Das ist eine Mutmaßung, eine These, über die man nachdenken sollte. Das zeigen auch die wiederholten - teilweise berechtigten - Diskussionen über das freie Mandat der Abgeordneten. Das steht natürlich im Zusammenhang damit.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Politik, Demokratie, die Handelnden - auch die, die außerhalb stehen - müssen darüber nachdenken, welches Vertrauen ihnen noch entgegengebracht wird und wie der Eindruck gestärkt werden kann, dass das Parlament der eigentliche Ort der Entscheidung ist, dass es dort keine Vorprägungen gibt und der bzw. die einzelne Abgeordnete im Zweifel tatsächlich ein freies Mandat hat und sagen kann: Nein, da kann ich nicht mitgehen. - Ich glaube, dass es in den letzten Jahren einige Diskussionen gab, die Zweifel haben aufkommen lassen, und dies möglicherweise ein Grund ist, dass nicht mehr so aktiv an Wahlen teilgenommen wird.

Vorsitzender Ness (SPD):

Schönen Dank. - Einige Anmerkungen von mir, ehe wir in die Diskussions- und Fragerunde einsteigen:

Ich weise noch einmal auf den Anlass der Anhörung hin, den Antrag der Grünen: „Das Parlament zum zentralen Ort der öffentlichen Debatte machen!“ - Herr Mones hat ein anderes Wort benutzt: Entscheidung. Wie schaffen wir es, dass unser Parlament stärker als Ort der öffentlichen Debatte wahrgenommen wird?

Von diesem Ansatzpunkt sind wir relativ schnell zur geringen Wahlbeteiligung gekommen. Es ist klar, dass da ein Zusammenhang gesehen wird. Ich will aber, damit die Debatte nicht zerfasert, einen wichtigen Satz wiederholen, den Herr Prof. Marschall in der ersten Runde gebracht hat: Es wird uns nicht gelingen, mit einer Debatte über die Geschäftsordnung unseres Landtages den Gordischen Knoten zu durchschlagen, wie die Wahlbeteiligung erhöht werden kann. Darüber sollte Konsens bestehen. Aber es kann uns gelingen, das, was wir hier veranstalten, nämlich eine Geschäftsordnungsdebatte, attraktiver zu machen, und zwar nicht nur für die Medien, für die Bevölkerung, sondern auch für uns.

Ich - diese Anmerkung sei mir gestattet - finde es nicht so toll, dass wir jetzt regelmäßig drei Plenartage brauchen. Das ist das Ergebnis einer bestimmten Entwicklung, die auch daraus resultiert, dass sich das Parlament neu zusammensetzt. Darüber müssen wir selbstkritisch zwischen den Fraktionen reden - ich glaube, die Parlamentarischen Geschäftsführer haben den Gesprächsfaden auch aufgenommen -, weil es zur Ermüdung, und zwar aller Beteiligten, führt: der Öffentlichkeit, der Journalisten, aber auch der Parlamentarier. Auf jeden Fall führt die Entwicklung des letzten Jahres, dass wir mehr Stunden zusammensitzen, nicht dazu, dass das Parlament in größerem Maße zum zentralen Ort der öffentlichen Debatte geworden wäre.

Wir müssen schauen, dass wir uns - auch in Auswertung der Debatte, die jetzt in den Fraktionen und dann unter den PGFs fortgesetzt wird und dann wieder im Hauptausschuss erfolgt - nicht überfordern, aber anpacken, was machbar ist.

Ich glaube, auch die Landtagsverwaltung, die hier häufig angesprochen worden ist, obwohl sie gar nicht Gegenstand der Anhörung war, wird das sicherlich auswerten.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Wir sollten in der letzten Runde versuchen, es auf das zu fokussieren, was unsere Aufgabe ist, nämlich zu überlegen, ohne uns zu überfordern, und nicht zu denken, dass wir den Gordischen Knoten durchschlagen und damit beim nächsten Mal 90 % Wahlbeteiligung haben werden: Wie schaffen wir es, das Parlament zum Ort der öffentlichen Debatte zu machen? Was wäre sinnvoll und notwendig? Wir sollten noch einmal schauen, was wir in unserer Geschäftsordnung hierfür ändern müssten.

Herr Vida hatte sich gemeldet.

Abgeordneter Vida (BVB/FW):

Aus der Diskussion ist deutlich geworden, dass es sehr viele Ideen, Anregungen gibt, die durchaus einer intensiveren Diskussion bedürfen, was man einflechten kann und wo die Landtagsverwaltung auch über die dafür notwendigen Ressourcen verfügt, um das umzusetzen.

Grundsätzlich nehme ich die Erkenntnis mit, die wir uns alle bewusst machen müssen, dass wir aufgrund des geänderten Konsumverhaltens und des Politikinteresses der Bürger von dem Gedanken wegkommen müssen: Wir haben doch alles aufbereitet, es gibt doch PARLDOK, es gibt doch die Mediathek, jeder kann hineingucken.

Wir haben häufig erlebt, dass Diskussionen geführt werden: Wieso? Die Protokolle sind doch online, warum gucken die Bürger denn nicht hinein? Dann brauchen sie sich auch nicht zu beschweren. - Wir müssen uns auch als Dienstleister begreifen und uns fragen: Wie können wir die Informationen so an die Menschen herantragen, dass sie sie konsumieren? Wie können wir die Menschen mehr dafür interessieren und begeistern? Da ist es unsere Aufgabe, die entsprechenden Wege zu beschreiten. Deswegen finde ich es sehr gut, dass wir intensiv darüber gesprochen und viele Ideen gehört haben.

Allerdings - das ist meine Bitte für die Nachbereitung - habe ich Zweifel, dass jede Idee - neben der besseren Informationsvermittlung - auch dazu führt, dass die Wahlbeteiligung steigt. Der Ausschussvorsitzende hat gesagt, dass das nicht unbedingt Zielsetzung der Anhörung war, aber ich frage mich schon: Woran messe ich die demokratische Partizipation? Daran, wie viele Leute klicken, oder auch oder mehr daran, wie viele Menschen zur Wahl gehen? Am Ende ist das das große Zeugnis, was sich die Demokratie und das Parlament selbst geben können - oder auch nicht.

Deswegen stelle ich mir die Frage: Führt es, wenn die Menschen besser informiert sind und aktiver mitmachen können, auch zu höherer Wahlbeteiligung oder sind da nicht noch andere - demoskopische, soziologische - Faktoren, beispielsweise Politikunzufriedenheit, Glaubwürdigkeitsdefizite usw.? Jede Maßnahme, die man umsetzen will, muss man immer auch an den großen Erfolgswerten messen. Deswegen brauchten wir hier Zeit. Ich kann diese Fragen aus der heutigen Diskussion heraus nicht sofort beantworten. Sie war sehr interessant und gut, aber ich weiß nicht, ob das als großes Ganzes den entsprechenden Effekt hat. Deswegen eine konkrete Frage an Herrn Dusel, der das Problem der Gebärdensprache aufgeworfen hat:

In Parlamenten außerhalb Deutschlands wird die gesamte Debatte gebärdet. Rund um die Uhr steht jemand neben dem Redner, der das gebärdet. Sie sagten, dies solle man wenigstens bei der Regierungserklärung und anderen wichtigen Debatten tun. Was hielten Sie für ein angemessenes Volumen an Parallelgebärdung? Vielleicht könnte man sich darauf verständigen, dass man die Zeit, in der die Parlamentsdebatte vom RBB übertragen wird, gebärdet. Das wäre vom Volumen her vielleicht noch stemmbar. Oder fokussieren Sie das auf bestimmte Themen? Ich sehe das eher parallel zum Fernsehen, weil das mehr erreicht als die Bürger, die auf der Zuschauertribüne sitzen. Oder wünschen Sie hier mehr Zeit mit mehr Gebärdendolmetschern? Und: Sollte das online übertragen werden?

Abgeordneter Vogel (GRÜNE/B90):

Herzlichen Dank auch für diese Beiträge.

Herr Behrmann, Ihr Vortrag ist für mich etwas frustrierend. Sie zitieren in Ihrer schriftlichen Stellungnahme Herrn Löwenberg: Auch die Art und Weise, wie Parlamente arbeiten, sei den meisten Menschen ein Rätsel. - Im Prinzip führen Sie dann aber auch aus: Das ist halt so, und daran werden Sie auch relativ wenig ändern, und es ist auch nicht wirklich wichtig, dass dieser Rätselcharakter aufgehoben wird.

Eigentlich interessiert die Leute, wenn ich es richtig interpretiere, nicht die Institution, wie hier Entscheidungen zustande kommen, sondern nur der Output, also die Entscheidung selbst, die am Ende steht. Da greift natürlich hinein, dass das Parlament nach Wahrnehmung der Bevölkerung relativ wenig zu entscheiden hat, weil inzwischen alles auf allen Ebenen angesiedelt ist und nicht mehr unbedingt im Landtag. Daher ist das Interesse an diesem Parlament auch relativ gering. Von daher - lese ich aus Ihrem Beitrag heraus - ist es gar nicht wichtig, das Parlament zum Ort der öffentlichen Debatte zu machen. Das finde ich - verzeihen Sie - etwas problematisch, und vielleicht habe ich das auch missverstanden. Könnten Sie dazu noch ausführen?

Zu Herrn Dusel: Sie hatten das Thema Leichte Sprache angesprochen. Wie bewerten Sie denn den Internetauftritt oder die Veröffentlichung des Landtages sprachlich, vom Verstehen her? Wäre es nicht sinnvoll, hier einen Redakteur für Leichte Sprache einzustellen, der - eventuell parallel zu den offiziellen Seiten - Leichte-Sprache-Seiten erstellt? Wie könnte das erfolgen? Leichte Sprache ist bisher in der allgemeinen Publizierungslandschaft etwas Exotisches, ist etwas, worüber man auch stolpert und kein Regelangebot. Die Frage ist: Will man ein Regelangebot? In welcher Tiefe sollte die Umsetzung in Leichte Sprache erfolgen? Wer ist der Interessentenkreis? Da ist noch einiges zu tun.

Herr Mones, wir haben auch eine Vorfeldarbeit des Landtages, haben jenseits dessen, dass wir Debatten führen und Ähnliches tun, hier kontinuierlich Schülergruppen, führen Planspiele mit Jugendlichen durch. Es wird einiges versucht; die Frage ist, ob das aus Ihrer Sicht erfolgversprechend ist. Ist das etwas, was wir ausbauen sollten? Ist das etwas, wo Sie sagen, das ist zwar ganz nett, aber nicht wirklich relevant?

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Das wäre für uns ein wichtiger Hinweis betreffs der Entscheidung - das kostet Geld und Personal -, ob dieser Bereich ausgebaut werden soll oder man sagt: Wir lassen es auf dem bisherigen Stand.

Abgeordneter Domres (DIE LINKE):

Eine Vorbemerkung: Ich wollte mit meiner Fragestellung zu öffentlichen Ausschusssitzungen nicht so verstanden werden, dass ich gegen öffentliche Ausschusssitzungen wäre. Ich bin ein ausdrücklicher Anhänger öffentlicher Ausschusssitzungen, habe aber auch festgestellt, dass bestimmte Debatten mehr zur Selbstdarstellung als zu sachlichen Auseinandersetzungen genutzt werden. Es war aber kein Plädoyer für ein Rollback zu geschlossenen Ausschusssitzungen.

Ich habe zwei Fragen an Herrn Mones und würde da gern bei Herrn Vogel andocken: Haben Sie Erkenntnisse, wie andere Landtage spezielle Angebote für junge Leute konzipieren? Herr Vogel hat die Palette, die wir anbieten, dargestellt. Gibt es aus Ihrer Sicht Erfahrungen oder Hinweise, wie man speziell Angebote für junge Leute weiterentwickeln kann?

Meines Erachtens war das Projekt „Wahlwecker“ zur letzten Landtagswahl relativ erfolgreich. Sie sagten, dass unsere Themen nicht immer unbedingt junge Leute ansprächen. Wäre die Weiterentwicklung des Wahlweckers von 2014 eine Möglichkeit, Themen, die junge Leute interessieren, zu finden und an die Landtagsabgeordneten bzw. den Landtag heranzutragen?

Vorsitzender Ness (SPD):

Die Beibehaltung der Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen ist im Parlament unstrittig. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Beobachtung des Sozial- und Diskussionsverhalten einzelner Abgeordneter - Anwesende ausgenommen - in den Ausschusssitzungen, das sich durchaus danach richtet, ob Journalisten im Raum sind oder nicht. Die Öffentlichkeit von Sitzungen verführt dazu, Formen von Pressekonferenzen oder Schaufensterreden zu inszenieren. Das Klima, das früher in geschlossenen Sitzungen herrschte, wo man sachlich und ohne unnötige polemische Überspitzungen zu Fachfragen beraten hat, ist etwas ins Hintertreffen geraten.

Mit der Grundsatzentscheidung zur Öffentlichkeit von Sitzungen hat sich das Parlament gut arrangiert; jeder weiß das Verhalten von Abgeordneten in bestimmten Situationen einzuschätzen. Die Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen entkräftet ein Stück weit den Vorwurf, Politik fände unter Ausschluss der Öffentlichkeit in Hinterzimmern statt. In der Regel sind es Medienvertreter, Lobbyorganisationen und Ministeriumsmitarbeiter, die unsere Ausschusssitzungen verfolgen; der Normalbürger ist eher selten vertreten.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Herr Jürgen Dusel (Beauftragter der Landesregierung Brandenburg für die Belange von Menschen mit Behinderungen):

Ich plädiere dafür, die Behindertenpolitik als Querschnittsaufgabe zu begreifen. Gebärdensprachdolmetscherleistungen sollten nicht auf „klassische Behindertenthemen“ im Sozialbereich reduziert werden. Blinde oder gehörlose Menschen interessieren sich zum Beispiel auch sehr für die Entwicklung in den Bereichen ÖPNV, Bildung und Gesundheitsversorgung. Wenn Sie beispielsweise über die Erhöhung des Landespflegegeldes im Rahmen der Änderung des Landespflegegesetzes diskutieren, so wäre es befremdlich, wenn kein Gebärdensprachdolmetscher eingesetzt würde, denn auch Gehörlose erhalten Landespflegegeld.

Im Landtag von Baden-Württemberg werden im Livestream sämtliche Plenarsitzungen gebärdet. Das fände ich auch für Brandenburg einen guten Anfang. In den USA ist man wesentlich weiter, aber wir müssen ja erst einmal irgendwo anfangen.

Herr Vogel, zum Thema Leichte Sprache: Es ist nicht so leicht mit der Leichten Sprache. Sie hilft, dass mehr Menschen partizipieren können. Auch ich begreife bestimmte Dinge manchmal erst in Leichter Sprache. Ich plädiere dafür, dass zentrale Informationen des Landtags, beispielsweise die Internetpräsentation, und Druckerzeugnisse in Leichter Sprache verfasst und veröffentlicht werden. Dadurch können mehr Menschen teilhaben; nach unseren Erfahrungen rufen mehr Menschen diese Informationen ab.

Zu mir kommen viele Menschen, die einen Antrag auf Gebärdensprachdolmetscherleistungen stellen, weil sie vor Ort am politischen Leben teilhaben wollen. Ich bitte jede/jeden Abgeordnete/n, einmal zu prüfen, ob ihr/sein Bürgerbüro barrierefrei zugänglich ist.

Herr Bernd Mones: (Landesjugendring Brandenburg e. V.):

Wie bringt man junge Menschen dazu, sich für den Landtag zu interessieren? Welche Angebote gibt es? Die Landtagspräsidentin ist kurz nach ihrem Amtsantritt sehr aktiv auf Jugendorganisationen und andere zivilgesellschaftliche Gruppen zugegangen. Dass die Türen des Landtages ein großes Stück geöffnet wurden, nehmen wir aktiv an: In diesem Jahr werden wir zum zweiten Mal einen Jugendgeschichtstag mit über 200 Jugendlichen im Plenarsaal veranstalten. Es geht weniger darum, sich mit konkreten politischen Themen zu beschäftigen, als vielmehr darum, den Ort visuell erfahrbar zu machen. Die Präsidentin, Politiker, Abgeordnete werden dabei sein. Es ist gut und richtig, die Tür zu öffnen und Menschen unterschiedlicher Altersgruppen einzuladen.

Die Angebote Ihrer Abteilung Öffentlichkeitsarbeit/Besucherdienst sind stark auf Schulklassen ausgerichtet. Das Planspiel, das didaktisch sehr gut ist, ist Schulklassen vorbehalten; außerschulische Gruppen, zum Beispiel ein Verband, eine Bildungsstätte oder ein Jugendklub, sind ausgenommen. Das haben wir schon öfter beklagt. Aus pädagogischer Sicht ist unverständlich, warum man das Verhalten der Schüler bei diesem Planspiel benotet.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Politische Prozesse im Rahmen eines Planspiels zu erfahren gelingt aus meiner Sicht weniger gut, wenn die Jugendlichen unter Leistungsdruck stehen. Dieser Erfahrung sollten sich junge Demokraten freiwillig annähern können. Wir wünschen uns, dass Sie das Planspiel auch außerschulischen Gruppen ermöglichen.

Zu den Erfahrungen anderer Landtage kann ich nichts sagen, ich weiß nur, dass das Berliner Abgeordnetenhaus und der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern einmal im Jahr die Tore weit öffnen und Jugendforen veranstalten. In Schwerin gibt es viele Angebote von Jugendlichen für Jugendliche unter aktiver Einbeziehung von Politik. Da gibt es sicherlich Anregungen für Formate, die junge Menschen ansprechen. Ansonsten werden zuweilen Enquetekommissionen einberufen, die sich Jugendfragen unter verschiedenen Aspekten zuwenden.

Herr Domres hatte nach Themen junger Menschen gefragt. Social Media funktioniert bidirektional. Es ist nicht so, dass Sie eine Information herausgeben und hoffen, dass der Adressat sie liest, sondern Social Media beinhaltet die Möglichkeit der Reaktion. Über eine gezielte Zielgruppenansprache können Sie Reaktionen sehen, bewerten, clustern etc. Wenn Sie nicht nur schreiben und veröffentlichen, sondern auch lesen, was die anderen schreiben - das macht Arbeit und ist mitunter nicht schön -, bekommen Sie bei gezielter Betrachtung ein Gefühl für die Themen junger Menschen, alter Menschen, Menschen mittleren Alters und Familien. Durch eine geschickte Social-Media-Anwendung erfahren Sie die Themen junger Menschen viel schneller als bei einer eindimensionalen Kommunikation. Wenn Sie Themen von außen in den Landtag holen wollen, dann setzen Sie verstärkt auf Social Media. Wie die Themen dann hier weiterverfolgt werden können, ist eine Frage Ihrer inneren Organisation. Aber von der Kommunikation her ist Social Media ein sehr wichtiges Element.

Herr Prof. em. Dr. Günter C. Behrmann (Universität Potsdam):

Seit den 50er-Jahren lautet die klassische Formel in der Wahlforschung: Die Wähler entscheiden nach parties, candidates, issues - Parteien, Kandidaten und Themen. Alle Diskussionsbeiträge haben gezeigt, dass die Themen zentraler Parameter sind. Bei den Jugendlichen spielen die Themen die überragende Rolle und sind weit wichtiger als die Partei- und die Kandidatenorientierung. Dabei interessieren sich Jugendliche keinesfalls nur für jugendspezifische Themen. In Baden-Württemberg gibt es dazu ein großes Projekt.

Ich hoffe, ich bin nicht missverstanden worden; mein Beitrag war kein Plädoyer gegen eine Verbesserung der Debattenkultur in den Parlamenten. Ich wollte nur zum Ausdruck bringen, dass die Einbeziehung neuer Medien nach meinem Dafürhalten keine nennenswerten Effekte im Hinblick auf die Wahlbeteiligung erzielen kann. Die Wahlmüdigkeit ist ein weit verbreiteter Trend, den niemand so recht umzukehren weiß. Wir sind uns einig, dass wir diesen Trend aufhalten müssen und eine durchschnittliche Wahlbeteiligung von unter 50 % kein Dauerzustand für eine lebendige Demokratie sein kann. Aber mit einer Veränderung der Parlaments- bzw. Debattenkultur erreichen Sie auf diesem Feld nichts. Da muss man auf anderen Ebenen ansetzen. Das soll jedoch nicht als Argument gegen mögliche Veränderungen innerhalb des Landtages verstanden werden.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-mei

Vorsitzender Ness (SPD):

Ich danke den Anzuhörenden für ihre Beiträge. - Ich hoffe, die Weithergereisten unter Ihnen haben noch Gelegenheit, sich unsere wunderschöne Landeshauptstadt anzusehen, bevor Sie sich auf den Heimweg begeben. Wir werden die Diskussion in den Fraktionen auswerten. Der Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt wird uns eine Stellungnahme zukommen lassen. Die Parlamentarischen Geschäftsführer werden die Gespräche fortführen, und dann werden wir im Hauptausschuss überlegen, ob wir gegebenenfalls Veränderungen an unserer Geschäftsordnung vornehmen.

Zu TOP 2: Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zum Siebzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Siebzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag), Drucksache 6/2556

Vorsitzender Ness (SPD) trägt vor, dass es gelte, eine Beschlussempfehlung an den Landtag zu erarbeiten.

Der Landtag Brandenburg habe den Gesetzentwurf in seiner 17. Sitzung am 24. September 2015 an den Hauptausschuss zur Beratung überwiesen. Es handle sich um ein sogenanntes Zustimmungsgesetz zu Staatsverträgen im Sinne des § 50 GOLT.

Wie dem Gesetzentwurf zu entnehmen sei, gehe es um die Umsetzung des Staatsvertrages und die Transformation in Landesrecht sowie um die dadurch notwendig werdende landesgesetzliche Regelung.

Abgeordneter **Vogel** (GRÜNE/B90) bezieht sich auf § 2 Absatz 2 und fragt, ob man wirklich einen Los-Entscheid wolle oder ob eine Mehrheitsentscheidung nicht besser wäre.

Staatssekretär Kralinski (Staatskanzlei) erklärt, dass die Gremien das Losverfahren akzeptiert hätten, um ein von keiner Partei beeinflussbares Verfahren anzuwenden.

Da es keine weiteren Nachfragen gibt, stellt **Vorsitzender Ness (SPD)** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

„Der Hauptausschuss empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zum Siebzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Siebzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)“ - Drucksache 6/2556 - in unveränderter Fassung anzunehmen.“

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	1	2

und schließt den Tagesordnungspunkt 2.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-me

Zu TOP 3: Bericht der Staatskanzlei zur Novellierung des „Jugendmedienschutz-Staatsvertrages“; Schlussfolgerungen und Ergebnisse aus der Online-Konsultation im Sommer 2015

Vorsitzender Ness (SPD) verweist auf das Schreiben des Chefs der Staatskanzlei, in dem die konkreten Schritte der Novellierung beschrieben würden.

Staatssekretär Kralinski (Staatskanzlei) ergänzt kurz zum Procedere und stellt fest, dass es im Kern darum gehe, die Angebote von Rundfunk und Telemedien so zu regulieren, dass sie mit dem Kinder- und Jugendschutz vereinbar seien.

Abgeordneter **Dr. Schöneburg** (DIE LINKE) meint, dass mit dem vorliegenden Entwurf leider nur der kleinste gemeinsame Nenner erreicht worden sei. Ihn interessiere, ob man bei den Abschlussberatungen im Focus habe, dass es massive verfassungsrechtliche Bedenken insbesondere zu § 4 des Entwurfs gäbe, der gegen den Grundsatz des Vorranges des Bundesrechts verstoße.

Staatssekretär Kralinski (Staatskanzlei) ist sich sicher, dass der Entwurf selbstverständlich auch aus verfassungsrechtlicher Sicht ausführlich debattiert worden sei und man eben zu dem vorliegenden Ergebnis gekommen sei.

Vorsitzender Ness (SPD) verweist auf die lange Historie in dieser Sache. Hier liege jetzt eine Unterrichtung vor, die man zur Kenntnis nehme. Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten verhandelten im Weiteren darüber und zu gegebener Zeit werde man den endgültigen Staatsvertrag in gewohnter Manier zu behandeln haben.

Abgeordneter **Vogel** (GRÜNE/B90) fragt, ob es überhaupt noch die Möglichkeit gäbe, Änderungen einzubringen und ob es nicht sinnvoll sei, eine Evaluierungsklausel vorzusehen. Weiterhin bitte er um Aussagen zur Medienkompetenz.

Staatssekretär Kralinski (Staatskanzlei) weist darauf hin, dass der Entwurf eines Jugendmedienschutzstaatsvertrages seit mindestens zwei Jahren diskutiert werde. Allein im Hauptausschuss sei er in dieser Zeit fünfmal Gegenstand der Befassung gewesen. Änderungsbegehren habe es seines Wissens nach nicht gegeben. Er gehe davon aus, dass der vorliegende Entwurf die zur Unterschrift vorzulegende Fassung sei. Danach werde in das förmliche Verfahren der Landtage eingetreten.

Eine Evaluierungsklausel gäbe es nicht. Gleichwohl sehe er durch die sich ständig ändernden Hör- und Sehgewohnheiten sowie technischen Möglichkeiten Evaluierungen bei Bedarf.

Hinsichtlich der Medienkompetenz gäbe es im Entwurf eine kurze Passage. Diese Kompetenz sei Kernaufgabe der Landesmedienanstalten bzw. der Medienanstalt Berlin-Brandenburg.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-me

Vorsitzender Ness (SPD) stellt fest, dass diese Thematik den Hauptausschuss auch weiterhin beschäftigen werde. Es gelte, einen Spagat zwischen dem Bedürfnis nach Schutz der Kinder und Jugendlichen und dem Interesse der Netzaktivisten, keiner Zensur zu unterliegen, hinzubekommen.

Sodann schließt er den Tagesordnungspunkt 3.

Zu TOP 4: Organstreitverfahren

- 1. der Mitglieder des Landtages Brandenburg Iris Schülzke, Peter Vida und Christoph Schulze,**
- 2. der Parlamentarischen Gruppe im Landtag Brandenburg BVB/FREIE WÄHLER**

wegen Regelungen des Fraktionsgesetzes (FraktG) und der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg (GOLT); Az.: VfGBbg 70/15

Vorsitzender Ness (SPD) erklärt, dass die Präsidentin den Hauptausschuss mit Schreiben vom 23. September 2015 gebeten habe, das Organstreitverfahren gemäß § 55 GOLT zu behandeln.

Es sei also heute zu beraten, ob eine Äußerung des Landtages für geboten erachtet werde. Er gehe davon aus, dass die Mitglieder des Hauptausschusses mit ihm einer Meinung seien, dass in dieser Sache eine Äußerung erfolgen sollte.

Insoweit würde er den Vorschlag unterbreiten, dass folgender Beschluss gefasst werde:

„1. Der Hauptausschuss hält in dem obengenannten Organstreitverfahren eine Äußerung für geboten und wird dem Landtag eine Beschlussempfehlung unterbreiten.

2. Der Landtag möge einen Prozessbevollmächtigten bestellen. Als Prozessbevollmächtigter wird Herr Universitätsprofessor Dr. Thorsten Ingo Schmidt empfohlen.“

Herr Prof. Schmidt sei Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Staatsrecht, Verwaltungs- und Kommunalrecht der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam.

Abgeordneter **Vida** (BVB/FW) fragt nach, in welcher Art und Weise die Arbeit des Prozessbevollmächtigten begleitet werde und in welchem Zeitrahmen sich das Verfahren bewege.

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-me

Vorsitzender Ness (SPD) stellt klar, dass die Landtagsverwaltung die vorbereiteten Gespräche mit Herrn Prof. Schmidt führen und ihm die Prozessunterlagen übergeben werde. Im Folgenden werde im Hauptausschuss und später im Plenum die Stellungnahme gemäß § 55 GOLT behandelt.

Da es keine weiteren Bemerkungen gibt, stellt **Vorsitzender Ness** (SPD) seinen Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	0	2

und schließt den Tagesordnungspunkt 4.

Zu TOP 5: Verschiedenes

5.1: Beschlussfassung über das Protokoll der 10. Sitzung des Hauptausschusses am 16.09.2015 gemäß § 83 Absatz 2 GOLT

Vorsitzender Ness (SPD) lässt über die Richtigkeit des Protokolls der 10. Sitzung des Hauptausschusses gemäß § 83 Absatz 2 GOLT beschließen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	0

Hauptausschuss
11. (öffentliche Sitzung)

07.10.2015
stenogr. dienst-bl-me

5.2: Beschlussfassung über die Sitzungsterminen des Hauptausschusses 2016

Einstimmig (11 : 0 : 0) werden folgende Sitzungstermine für 2016 beschlossen:

(regulär mittwochs, **10.30 Uhr** nach der Präsidiumssitzung, Raum: 1.070 a/b)

13. Januar 2016

2. März 2016

20. April 2016

1. Juni 2016

6. Juli 2016

21. September 2016

2. November 2016

7. Dezember 2016

Vorsitzender Ness (SPD) schließt den Tagesordnungspunkt 5 und damit die 11. Sitzung des Hauptausschusses.

(Dieses Protokoll wurde durch Beschluss des Ausschusses gemäß § 83 Satz 3 GOLT in der 12. Sitzung am 11. November 2015 bestätigt.)

Anlagen

- Anlage 1: Stellungnahme des Herrn Prof. Dr. Stefan Marschall, Institut für Sozialwissenschaften, Philosophische Fakultät der Heinrich-Heine Universität Düsseldorf vom 5. Oktober 2015 (TOP 1)
- Anlage 2: Stellungnahme des Vorsitzenden der Landespressekonferenz, Herrn Benjamin Lassiwe vom 5. Oktober 2015 (TOP 1)
- Anlage 3: Stellungnahme des Hamburger Wahlbeobachters, Herrn Martin Fuchs vom 2. Oktober 2015 (TOP 1)
- Anlage 4: Stellungnahme des Beauftragten der Landesregierung Brandenburg für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Herrn Jürgen Dusel vom 5. Oktober 2015 (TOP 1)
- Anlage 5: Stellungnahme des Herrn Prof. em. Dr. Günter C. Behrmann, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Potsdam vom 7. Oktober 2015 (TOP 1)
- Anlage 6: Stellungnahme des Geschäftsführers des Landesjugendring Brandenburg e. V., Herrn Bernd Mones vom 7. Oktober 2015 (TOP 1)
- Anlage 7: Stellungnahme des Präsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt vom 9.11.2015 (TOP 1)



Stellungnahme

**Öffentliche Anhörung des Hauptausschusses des Landtages Brandenburg am
7. Oktober 2015**

Thema: „Instrumente zur lebendigen Gestaltung der Parlamentsdebatte“

Fragestellung

Der Hauptausschuss des Landtages Brandenburg setzt sich mit der Frage auseinander, ob durch eine Umgestaltung parlamentarischer Verfahren und die Einführung neuer Kommunikationspraktiken die Wahrnehmung des Landtages in der Bevölkerung gestärkt werden kann und inwieweit dies Rückwirkungen auf die Beteiligung an den Wahlen zum Landtag haben könnte.

Ausgangspunkt: Niedrige Wahlbeteiligung und Rolle der Landtage

Die Beteiligung an den Landtagswahlen in Brandenburg hat 2014 mit 47,9 Prozent einen historischen Tiefpunkt erreicht. Auch in der Gesamtschau nimmt die Wahlbeteiligung in Brandenburg tendenziell ab; sie lag bei der Landtagswahl 2014 rund 20 Prozentpunkte niedriger als bei der Bundestagswahl 2013 in Brandenburg. Dramatisch gering ist die Nichtbeteiligung an Landtagswahlen in der Altersgruppe von 21 bis 25 Jahren – mit knapp unter 30 Prozent.

In der Wahlforschung werden als Gründe für eine sinkende Wahlbeteiligung vor allem eine schwächer werdende Wahlnorm, eine mangelnde Mobilisierung und eine unterstellte Einflusslosigkeit der eigenen Stimmabgabe gesehen. Gemäß Umfragen wird von den Bürgerinnen und Bürgern die Rolle der Landesparlamente als weniger relevant eingeschätzt als beispielsweise die des Bundestages, was die oben angeführten Unterschiede bei den jeweiligen Wahlbeteiligungen erklären kann.

Tatsächlich entspricht diese Einschätzung durchaus der realen Entwicklung im unitarisierten Föderalismus Deutschlands, in dem über Jahrzehnte hinweg der Bund an Gesetzgebungs-

kompetenzen auf Kosten der Länder gewonnen hat. Zudem haben die Prozesse der Europäisierung zu einer weiteren Einengung der Handlungsspielräume der Landespolitik geführt und in Deutschland die Herausbildung eines Exekutivföderalismus begünstigt.

Hinzu kommt, dass in der bundesdeutschen Mediendemokratie Parlamente – und insbesondere Landtage – eine nachteilhafte Ausgangssituation haben. In den klassischen Massenmedien werden Parlamente marginalisiert, weil ihre Arbeit nur begrenzt Nachrichtenwerte aufweist. Als Orte öffentlicher Diskussionen sind sie von einschlägigen Medienformaten abgelöst worden.

Auf der Grundlage dieser Problemdiagnose stellt sich die Frage, wie der Landtag als verfassungsrechtlich zentraler Ort der Landespolitik wieder stärker ins Zentrum der Öffentlichkeit gerückt werden kann. Was kann der Landtag selbst tun, um hierzu beizutragen? Hier lassen sich zwei grundlegende Ansätze unterscheiden: 1) Parlamentsreformen, 2) aktives (online-basiertes) Kommunikationsmanagement.

Ansatz 1: Parlamentsreformen

Die erste Strategie setzt bei der Reform der Arbeitsweise des Landtages an. Bei der Frage einer Änderung der parlamentarischen Verfahren und Praktiken hin zu mehr Öffentlichkeitswirksamkeit geraten insbesondere die Fachausschüsse und das Plenum in den Blickpunkt.

Die Ausschüsse im Landtag Brandenburg sind bereits prinzipiell für die Öffentlichkeit geöffnet worden. Dabei stoßen jedoch die Möglichkeiten, über die Arbeit der Ausschüsse die Rolle des Landtages zu vermitteln, an Grenzen. In ihrer Ausschussarbeit sind Landtage primär Arbeitsparlamente, die an spezialisierten, legislativen oder sonstigen parlamentarischen Vorgängen mitarbeiten. Außer für die betroffenen organisierten Interessen/Verbände ist diese Form parlamentarischer Arbeit kognitiv nur schwer zugänglich. Potenzial für eine verstärkte Medienberichterstattung hätten unter Umständen Untersuchungsausschüsse. Allerdings ist hier gemäß dem Untersuchungsausschussgesetz des Landes eine Rundfunköffentlichkeit nicht vorgesehen. Außerdem handelt es sich hierbei nicht um ständige parlamentarische Gremien.

Zentral für die Wahrnehmung des Landtages ist die Ausgestaltung der Plenararbeit. Aus Umfragen ist hinlänglich bekannt, dass für die meisten Bürgerinnen und Bürger der Plenarsaal der eigentliche (und in den Augen vieler: der einzige) Ort parlamentarischen Geschehens ist. In der Medienberichterstattung findet sich ebenfalls eine Plenarfixierung. Insofern spricht vieles dafür, gerade die Strukturen der Plenararbeit in den Blick zu nehmen und über ihre Reform zu diskutieren.

Ziel sollte es sein, das Plenum zum Ort aktueller, grundsätzlicher und durchaus kontroverser Debatten zu machen – im Sinne eines „Redeparlaments“. Zu prüfen ist als grundlegende Voraussetzung, wie das Plenum von Aufgaben entlastet werden kann, die gleichermaßen oder sogar noch effizienter von den Ausschüssen oder anderen Gremien übernommen werden

können (Stichwort: Direktüberweisungen in die Ausschüsse). Das Plenum sollte sich darauf beschränken können, die Ausschussarbeit zu organisieren und im Bedarfsfall über die Beschlussvorlagen der Ausschüsse zu debattieren.

Die Attraktivität der Plenardebatte nach außen kann zum einen dadurch befördert werden, dass im Plenum leicht verständliche Themen von allgemeinem Interesse thematisiert werden; zum anderen, dass im Plenum eine lebendige Form der Debattengestaltung etabliert wird.

- 1) Adressierung von aktuellen und zentralen Problemen: Für die Thematisierung von aktuell drängenden Fragestellungen bietet sich das bereits für den Landtag geregelte Instrument der Aktuellen Stunde an. Für die Diskussion auch grundlegender Fragen wäre eine pauschale Freihaltung eines Zeitfensters innerhalb der Plenarphasen, z.B. in Anlehnung an das Kernzeit-Debatten-Modell des Bundestages, denkbar. Dieses Modell hat sich dort durchaus bewährt, denn es gibt den Medien Planungssicherheit über potenziell nachrichtenwertes Plenargeschehen.
- 2) Attraktive Debattenformate im Plenum: Plenardebatten sind dann attraktiv nach außen – insbesondere für die Medienberichterstattung –, wenn sie Spontaneität und Kontroverse zulassen. Generell bietet sich hierfür die entsprechende Erweiterung von bestehenden Formaten an, zum Beispiel das Erlauben von Fragen zu einem Redebeitrag oder Kurzinterventionen. Diese Möglichkeiten hält die Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg bereits vor. Was die Einführung neuer Formate betrifft, steht insbesondere die Regierungsbefragung, die in Brandenburg noch nicht existiert, in der Diskussion – in Abgrenzung und Ergänzung zur bereits geregelten Fragestunde/mündlichen Anfrage. Vieles spricht für die Etablierung eines solchen Formats, wobei drei Faktoren für die mediale Attraktivität maßgeblich sein werden: 1) die Anwesenheit von Regierungsprominenz, 2) die Spontaneität der Situation, 3) ihre Regelmäßigkeit.

Damit neue oder reformierte Verfahren funktionieren, bedarf es der Abgeordneten und der Regierungsvertreter, die diese mit Leben füllen können und wollen. Das gilt für die bereits vereinbarten Verfahrensänderungen genauso wie für etwaig noch zu etablierende. Dies spricht dafür, im Sinne des „Trial and Error“-Prinzips mit einer Experimentierklausel zu arbeiten oder Recht durch Übung zu schaffen, sodass im Falle der Nichtbewährung keine erneute Änderung der Geschäftsordnung erforderlich ist.

Generell gilt: Neue Verfahren können in Konflikt zu der jeweiligen parlamentarischen Kultur stehen. Es stellt sich die Frage, ob der starke Fraktionsparlamentarismus, den wir in Deutschland kennen, sowie existierende konsensdemokratische Strukturen zu solchen Veränderungen passen. Schließlich sind Landtage nicht nur Redeparlamente und gewiss keine Talk-Shows oder Event-Agenturen, sondern vor allem auch Gesetzgeber. Neben Transparenz und Partizipation ist auch die Effizienz ein Leitkriterium für jede Parlamentsreform.

Zur Effektivität: Will man mit solchen Verfahrensänderungen die Wahrnehmung des Landtages bei den Bürgerinnen und Bürgern stärken, sind zwei Hürden zu überspringen. Zunächst müssen die Medien über die parlamentarische Arbeit berichten, d.h. hierfür Räume zur Verfügung stellen. Öffentlichkeit wird somit „passiv“ hergestellt; der Landtag ist von der Bereitschaft der Medien abhängig, über parlamentarische Arbeit zu berichten. In einem zweiten Schritt ist es erforderlich, dass Bürgerinnen und Bürger die entsprechende Berichterstattung der Medien auch konsumieren. Diese doppelte Bedingung schränkt die unmittelbare und messbare Effektivität entsprechender Maßnahmen ein und macht sie angesichts sich ausdifferenzierender Medienkonsumgewohnheiten zu einer unberechenbaren Aufgabe.

Wenngleich letzten Endes unklar bleibt, inwiefern die oben angeführten Veränderungen der Plenarstruktur eine Erhöhung der Attraktivität parlamentarischer Arbeit nach außen mit sich bringt, gibt es einen vergleichsweise gesicherten Nebeneffekt: die Steigerung der Attraktivität der Plenardebatte nach innen, auf die Abgeordneten selbst. So können neue Strukturen auch die Entwicklung einer neuen parlamentarischen Kultur befördern.

Ansatz 2: Aktives (online-basiertes) Kommunikationsmanagement

Neben den „passiven“ Strategien sollte auch das „aktive“ Kommunikationsmanagement des Landtages auf den Prüfstand gestellt werden. Leitbilder sind hierbei ein zielgruppenspezifisches, multimediales Angebot, das sowohl auf über Massenmedien vermittelte (klassische „Pressearbeit“) als auch über direkte, interaktive Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern setzt.

Zielgruppenspezifische Angebote müssen den Wandel der politischen Kommunikation berücksichtigen. Hierzu gehört die Etablierung online-basierter Kommunikationsformen und auch des Web 2.0. Insbesondere für jüngere Bürgerinnen und Bürger sind die Web-Medien zu zentralen Informations- und Kommunikationsmedien geworden. Die entsprechenden Angebote des Landtages müssen zugleich auch Smartphone-/Tablet-tauglich sein; es gibt eine klare Tendenz zum mobilen Endgerät, nicht nur in den jüngeren Altersgruppen. Formatbedingt erlauben Web-basierte Kommunikationsformate nicht nur die einseitige Informationsverbreitung, sondern auch eine stärkere Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger. Insgesamt nutzt die Seite des Landtages Brandenburg solche interaktiven, partizipativen Elemente bislang nur in Ansätzen. Unter der Rubrik „Mitgestalten“ finden sich Information zu Wahlen, Petitionen und Volksgesetzgebung sowie die Möglichkeit, sich das Petitionsformular herunterzuladen.

Speziell für den parlamentarischen Bereich bieten sich zwei Möglichkeiten an, die partizipativen Potenziale online-basierter Kommunikationsmedien zu nutzen: (1) Online-Petitionen, (2) Online-Diskussionsforen.

- 1) Online-Petitionen: Im engen Sinne erlauben Online-Petitionen nicht nur die Einstellung einer Petition auf der Website des Landtages, sondern auch dass diese von anderen Usern online mitgezeichnet werden kann. Von dieser Möglichkeit ist bislang

nur in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen Gebrauch gemacht worden. Der Bundestag geht noch einen Schritt weiter: Zusätzlich zur online-Mitzeichnungsmöglichkeit wird ein Diskussionsforum angeboten, an dem Bürgerinnen und Bürger pseudonym teilnehmen können.

- 2) Online-Diskussionsforen: In diesen Formaten können Gesetzgebungsinitiativen schon im Beratungsstadium von Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden. Ein solches Angebot wird von dem Landtag Thüringen angeboten. Auch der Bundestag hat dies – beispielsweise im Rahmen seiner Enquete-Kommission „Internet und Gesellschaft“ – erprobt. Denkbar wäre es auch, Diskussionsforen zu anderen parlamentarischen Formaten anzubieten (z.B. zu Aktuellen Stunden) oder seitens der Ausschüsse online-Anhörungen durchzuführen, eine Praxis im britischen Parlament. Relevant bei der Etablierung solcher Angebote ist die Frage, wie deren Ergebnisse nachvollziehbar in parlamentarisches Handeln übertragen werden können.

Die Erfahrungen mit online-basierten partizipativen Angeboten sind – soweit ausgewertet – mitunter ernüchternd. Während beispielsweise die Online-Petitionen beim Bundestag auf vergleichsweise starke Resonanz stoßen, ist das Diskussionsforum des Thüringer Landtages kaum frequentiert. Das deckt sich mit Untersuchungen, die zeigen, dass die effektive Beteiligung an partizipativen Online-Angeboten oft unter der Erwartung bleibt. Genutzt werden diese Angebote in der Regel von wenigen, und dann in der Mehrzahl von denjenigen, die sich ohnehin bereits für Politik interessieren und engagieren sowie über entsprechende „Internet skills“ (die Fähigkeit, das Internet effektiv zu nutzen) verfügen. Dasselbe gilt für sonstige Informationsangebote, die Parlamente bereitstellen (z.B. Livestreaming von Plenarsitzungen).

Nichtsdestoweniger spricht einiges dafür, solche Möglichkeiten bereitzustellen, auch weil der so ermöglichte Input für die Abgeordneten durchaus konstruktiv sein kann und sich über längere Zeit hinweg eine entsprechende Mitgestaltungskultur aufbauen lässt. Diese anspruchsvollen Formate sollen jedoch von solchen ergänzt werden, die insbesondere politikferne Gruppen ansprechen. Hier sind spielerische Angebote denkbar sowie die verstärkte Verwendung von „leichter Sprache“. Um entsprechende Maßnahmen zu entwickeln, kann es hilfreich sein, die Perspektiven der Zielgruppen beispielsweise mittels Gruppendiskussionen einzusammeln.

Nicht zu unterschätzen bleiben die bereits bestehenden präsenzorientierten Angebote, das heißt die Möglichkeit den Landtag real zu besuchen – im Rahmen des Besucherdienstes oder anlässlich von Großveranstaltungen. Denkbar wären in diesem Zusammenhang auch Bürger-/Jugendforen entweder zu bestimmten Fragestellungen oder in einer offenen Form, freilich mit einer klaren Ankündigung, wie die Ergebnisse verwertet werden. Sinnvollerweise sollte dies als Hybridformat angeboten werden, das beides, offline- und online-Teilnahme, ermöglicht.

Solche Maßnahmen sind nicht durchweg kostenneutral. Die personellen und finanziellen Mittel des Landtages werden begrenzt sein. Hier ist Kooperation mit anderen Trägern der politischen Bildung (außer- und innerschulisch) angezeigt. Die Angebote des gesamten Par-

laments werden ohnehin noch von den Aktivitäten ergänzt, die seitens der einzelnen Abgeordneten oder der Fraktionen organisiert werden können.

Fazit: Neue Wege testen

Wie sich Änderungen der Verfahrensabläufe sowie neue Kommunikationsstrategien auf die Sichtbarkeit parlamentarischer Arbeit, auf die Wahrnehmung von Politik und letzten Endes auf die politische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger konkret auswirken, lässt sich schwer abschätzen. Erfahrungen aus anderen Kontexten sind nicht immer übertragbar. Spezifische Wirkungen bleiben schwer messbar, weil man die Effekte einzelner Maßnahmen schlecht isolieren kann.

Es gibt somit zwar nicht den „Stein des Weisen“. Dennoch spricht vieles dafür, dass die angesprochenen Maßnahmen als kleine Mosaiksteine zur Stärkung des Parlaments in der Öffentlichkeit einen Beitrag leisten können. Die verstärkte Präsenz des Landtages in der Öffentlichkeit kann wiederum mobilisierend auf die Landtagswahlen wirken – ebenso wie die angesprochenen kommunikativ-partizipativen Angebote.

Zusammenfassung der Vorschläge

- Einbau eines Kernzeitdebattenfensters in der Sitzungswoche
- Einführung einer Regierungsbefragung in Ergänzung zur Fragestunde
- Etablierung eines öffentlichen E-Petitionswesens
- Etablierung von Diskussionsforen (ggf. als Ergänzung zur Online-Petition)
- Ausbau des zielgruppenspezifischen Kommunikationsmanagements, insbesondere im Präsenzformat
- Bürger-/Jugendforen

Literatur/Quellen u.a.:

- Hanel, Katharina/Marschall, Stefan/Wilker, Nadja, 2014: Neue Medien – neue Machtverhältnisse? Eine Fallstudie zum Einsatz von Online-Beteiligungsplattformen durch Parteien, in: Franziska Oehmer (Hrsg.): Politische Interessenvermittlung und Medien. Funktionen, Formen und Folgen medialer Kommunikation von Parteien, Verbänden und sozialen Bewegungen. Baden-Baden (Nomos), S. 115-140.
- Hierlemann, Dominik/Sieberger, Ulrich, 2014: Sichtbare Demokratie. Debatten und Fragestunden im Deutschen Bundestag. Gütersloh (Bertelsmann Stiftung).
- Landeswahlleiter/Landesabstimmungsleiter des Landes Brandenburg:
<http://www.wahlen.brandenburg.de>, zuletzt aufgerufen am 05.10.2015.
- Marschall, Stefan, 2005: Parlamentarismus. Eine Einführung. Baden-Baden (Nomos).
- Marschall, Stefan, 2009: Mediatisierung komplexer politischer Akteure – Indikatoren und Hypothesen. Am Beispiel der Mediatisierung von Parlamenten, in: Frank Marcinkowski/Barbara Pfetsch (Hrsg.), Politik in der Mediendemokratie, PVS-Sonderheft 42/2009, S. 205-223.
- Parlamentarischer Beratungsdienst des Landtages Brandenburg (Bearbeiter: Marc Lechleitner), 2015: Neue Elemente der Parlamentsarbeit – Regelungen und Erfahrungen in anderen Ländern und im Bund. Potsdam (Landtag Brandenburg).
- Reutter, Werner, 2013: Zur Zukunft des Landesparlamentarismus. Der Landtag Nordrhein-Westfalen im Bundesländervergleich. Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften).

Kontakt:

Univ.-Prof. Dr. Stefan Marschall
Lehrstuhl Politikwissenschaft II

Institut für Sozialwissenschaften/Philosophische Fakultät
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Universitätsstr. 1
40225 Düsseldorf

Tel. 0211 - 81 14689
Sek. 0211 - 81 12399
Fax 0211 - 81 14532

stefan.marschall@uni-duesseldorf.de, www.phil-fak.uni-duesseldorf.de

Betreff:

AW: Stellungnahme der Landespressekonferenz

EINGEGANGEN

05. OKT. 2015

A1 G-190
Erled. *Li. Roth*

Schriftliche Stellungnahme der Landespressekonferenz Brandenburg zur öffentlichen Anhörung „Instrumente zur lebendigen Gestaltung der Parlamentsdebatte“, Mittwoch 7. Oktober, Landtag Brandenburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 14. September baten Sie die Landespressekonferenz um Stellungnahme zu insgesamt 15 von fast allen Landtagsfraktionen eingereichten Fragen zur öffentlichen Anhörung „Instrumente zur lebendigen Gestaltung der Parlamentsdebatte“.

Die Landespressekonferenz Brandenburg ist der Verein der in Potsdam tätigen Redakteure und Korrespondenten, die ständig über politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Themen des Landes Brandenburg berichten. Zugleich ist es laut unserer Satzung Teil unseres Vereinszwecks, die Regierungs- und Parlamentsarbeit transparent zu machen, Pressekonferenzen zu veranstalten und unseren Mitgliedern Möglichkeiten für eine umfassende Unterrichtung der Öffentlichkeit zu verschaffen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich im Namen des Vorstands der Landespressekonferenz insbesondere auf folgende Ihrer Fragen eingehen:

1. *Wie bewerten Sie die derzeitigen Informationsangebote des Landtags Brandenburg im Hinblick auf Aktualität, Politikvermittlung, Webpräsenz und Kontakt- bzw. Fragemöglichkeiten?*

außerdem:

11.) *Welche grundsätzlichen Anforderungen bestehen an die Politikvermittlung eines Parlaments? Wie bewerten Sie die derzeitigen Angebote des Landtags zur Politikvermittlung? Wie können die Angebote ggf. optimiert werden?*

Die derzeitige Website des Landtags Brandenburg wirkt auf den ersten Blick zwar modern, ist aber bei näherer Betrachtung für normale Internetnutzer nur schwer zu durchschauen. Welche aktuellen politischen Themen gerade im Landtag verhandelt werden, erfährt man nur durch einen Klick auf den kleinen Kalender am rechten Rand der Startseite – zum Vergleich bietet die Website des Deutschen Bundestags zahlreiche Informationen über die aktuellen Inhalte der Parlamentsarbeit unmittelbar auf ihrer Startseite.

Wer den Punkt „Aktuelles aus dem Landtag“ aufruft, findet dort lediglich die Pressemitteilungen der Landtagsverwaltung: So erfährt der geneigte Leser, dass Präsidentin Britta Stark (SPD) Schülerlotsen im Landtag empfangt, oder Flüchtlinge eine Sitzung vor Ort verfolgten. Worum es in der Sitzung inhaltlich ging, ist nur schwer herauszufinden. Merkwürdig wirkt es zudem, wenn auf der Homepage des Landesparlaments kein aktuelles Foto des Präsidiums vorhanden ist - in der Bildunterschrift erfährt man, welche Mitglieder das Gremium mittlerweile verlassen haben - oder wenn sich etwa in der Rubrik „Gremien“ noch immer Verweise auf die Enquete-Kommissionen der fünften Legislaturperiode finden.

Auch in Sachen direkter Kontaktmöglichkeiten zu Abgeordneten ist die Website des Landesparlaments auf einem veralteten Stand: Während Anbieter wie „Abgeordnetenwatch.de“ oder „direktzu.com“ heute eine direkte Kommunikation zwischen Politikern und an Politik interessierten Bürgern ermöglichen, finden sich auf der Landtagswebsite bei manchen Abgeordneten nicht einmal die Adressen von Bürgerbüros. Von den Terminen der jeweiligen Sprechstunden, die im Internetangebot des Landtags durchaus nicht fehl am Platze wären, einmal ganz zu schweigen.

2.) Sehen Sie Ansatzpunkte und Möglichkeiten, wie aktuelle Themen in Landtagsdebatten eingebracht und für Bürger interessant gestaltet werden können?

außerdem:

12.) Auf welche Weise und mit welchen Instrumenten kann aus Ihrer Sicht der Landtag dazu beitragen, die parlamentarische Diskussion lebendiger und attraktiver zu machen und mehr öffentliches Interesse bzw. Medieninteresse an seiner Arbeit bewirken?

Das Vehikel, um aktuelle Themen im Landtag zu verhandeln, ist klassischerweise die sogenannte „Aktuelle Stunde“. Leider dient sie oft nur der Profilierung der Fraktionen, und nur wenig der Vermittlung aktueller politischer Positionen. Aus journalistischer Sicht wäre es hilfreich, würden aktuelle Stunden tatsächlich

auch zu aktuellen Themen beantragt – und ebenso hilfreich wäre es, würden sich die Redner in den aktuellen Stunden dann auch auf diese Themen konzentrieren.

Tiervergleiche oder Anleihen aus der griechischen Mythologie mögen eine Rede für den Redner farbig machen – aus journalistischer Sicht aber sollte sie kurz, prägnant und pointiert sein, und eine Nachricht bieten. Eine derartige Herangehensweise könnte zur Folge haben, dass es in der "Aktuellen Stunde" auch um Positionen gehen müsste, die dort zum ersten Mal und nicht wochenlang im Vorfeld von den Fraktionen kommuniziert werden. Zudem sind frei gesprochene Reden für Zuhörer stets interessanter als Texte, die vom Blatt abgelesen werden. Wer frei spricht, kann auf die Argumente des Vorredners direkt eingehen, so dass eine Debatte entsteht. Wer abliest, läuft Gefahr, die gleichen Zahlen, Statistiken und Informationen noch einmal zu bringen, im Zweifel nur anders interpretiert.

Auch die Fragestunde wäre interessanter zu gestalten, wenn die Minister nicht im Vorfeld über die Fragen der Abgeordneten informiert wären, und spontan und frei antworten müssten. Wenig sinnvoll scheint es dagegen, mit immer neuen Anträgen die Sitzungstage zu verlängern: Sowohl die Zeit für politische Berichterstattung in Hörfunk und Fernsehen als auch der Platz für Landespolitik in Zeitungen ist begrenzt. Deswegen gilt auch hier: Masse ist nicht gleich Klasse. Schon heute hat kaum ein Leser Interesse daran, drei Tage hintereinander auf der Landesseite nur Berichte aus dem Landtag zu lesen. Die Einführung eines dritten Plenartags könnte insofern zu dem Effekt führen, dass das Parlament für einen Arbeitstag zusammenkommt, ohne das irgendetwas, was an diesem Tag verhandelt wird, den Weg in Zeitungen und Nachrichten findet. Eine Lösung könnte es sein, Reden zu weniger relevanten Themen zu Protokoll zu geben, wie es auch im Bundestag geschieht.

3.) In welchem Umfang können nach Ihrer Einschätzung moderne Kommunikations- und Informationsformen wie Livestream und Newsticker das Interesse an politischen Debatten und Entscheidungen erhöhen?

Livestreams und Newsticker sind immer nur Werkzeuge. Eine uninteressante Parlamentsdebatte wird nicht dadurch interessanter, dass sie im Internet gestreamt wird. Eine schlechte Rede hält die Menschen genau so wenig vor dem Computerbildschirm wie auf der Besuchertribüne im Parlament. Wenn aus der Parlamentsdebatte keine Nachrichten zu generieren sind, nutzt auch ein Newsticker nichts. Was wollen Sie dann tickern? Wenn das Parlament als Thema für sich interessant ist, sind solche Vehikel sinnvoll. Aber wenn im Parlament die "Zweite Lesung des vierten Durchführungs-Änderungsgesetzes zum Brandenburgischen Rahmengesetz für Sonderangelegenheiten in Sachen XY" verhandelt wird, werden auch Newsticker und Livestreams nicht in der Lage sein, Menschen für Politik zu begeistern.

4.) Welchen Einfluss hat nach Ihrer Auffassung die Art- und Weise, wie Debatten im Landtag geführt werden, auf das grundsätzliche Interesse der Bevölkerung an Politik beziehungsweise auf die Wahlbeteiligung?

außerdem:

9.) Welcher Zusammenhang besteht nach Ihrer Einschätzung zwischen der Parlamentsarbeit und dem politischen Interesse der Bürgerinnen und Bürger bzw. der Wahlbeteiligung? Wovon wird dieser Zusammenhang beeinflusst? Kann durch Änderungen der Parlamentspraxis ein größeres Politikinteresse der Bürgerinnen und Bürger begünstigt oder erzeugt werden?

Der Verdacht liegt nahe, dass spannende Landtagsdebatten zu aktuellen Themen zumindest die Wahrnehmung des Parlaments und seiner Arbeit in der Öffentlichkeit erhöhen könnten. Ob die Debatten im Landtag allerdings irgendeine Auswirkung auf die Wahlbeteiligung haben, vermag die Landespressekonferenz Brandenburg nicht zu sagen.

Für den Vorstand der Landespressekonferenz Brandenburg,

Benjamin Lassiwe

Vorsitzender

Öffentliche Stellungnahme zur Anhörung „Instrumente zu lebendigen Gestaltung der Parlamentsdebatte“

7. Oktober 2015, 11. Sitzung des Hauptausschusses des Landtages Brandenburg

Lebendige politische Beteiligung braucht politische Information. Die Basis für politisches Interesse und Beteiligung an demokratischen Prozessen ist immer die Information. Das Informationsverhalten der Bürger – auch in Brandenburg – hat sich in den vergangenen Jahren gravierend verändert. Klassische Medienangebote (Zeitung, TV, Radio) werden immer weniger nachgefragt, digitale Informationsangebote werden hingegen immer beliebter. Dies gilt insbesondere für die jüngeren Zielgruppen. Aber nicht nur für Jung- & Erstwähler.

Die aktive Suche und Recherche nach Informationen („Pull“) z.B. auf den digitalen Informationsangeboten des Landtages und der Fraktionen macht dabei nur einen sehr kleinen Teil aus. Nur ca. 15 Prozent der Wähler und jeder zehnte Nichtwähler gibt an, in Wahlkampfzeiten aktiv Webseiten von Parteien zur politischen Information anzusteuern. Außerhalb von Wahlkampfzeiten ist dieser Wert nochmals um ein Vielfaches geringer.

Um Informationen zum Landtagsgeschehen – neben der Berichterstattung der Brandenburger Medien – an die Bürger der Landes zu kommunizieren, sollte die Landtagsverwaltung in stärkerem Maße sogenannte „Push-Medien“ nutzen. Viele soziale Netzwerke funktionieren nach der Push-Logik. Informationen werden durch die Nutzer nicht direkt nachgefragt, sie werden durch die Verbreitung von Freunden und Bekannten (Likes, Shares, Kommentare) in die Nachrichten-Feeds befreundeter Accounts gestreut. Durch diesen Mechanismus kommen Nutzer mit politischen Inhalten in Kontakt, die nie aktiv nach diesen Inhalten gesucht haben. Dadurch ist es in besonderem Maße möglich themenspezifisches Interesse für die Arbeit des Landestages und für die Landespolitik zu wecken. Durch die einsetzenden Netzeffekte ist zudem eine weite Verbreitung von Inhalten im ganzen Land einfach, kostengünstig und effizient möglich.

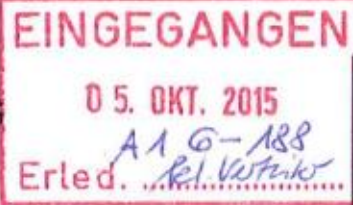
Die Kommunikation über soziale Netzwerke ermöglicht eine niederschwellige Ansprache von politisch weniger interessierten Bürgern bzw. von Bürgern mit Interesse aber geringen zeitlichen Ressourcen.

In einigen deutschen Landesparlamenten wurden in den vergangenen Jahren bereits umfangreiche Erfahrungen bei der Nutzung verschiedener sozialer Netzwerke für die Information und Beteiligung der Bürger an der Parlamentsarbeit gemacht. Best Practice in diesem Zusammenhang sind m.E. die Aktivitäten der Bremischen Bürgerschaft und der Hamburgischen Bürgerschaft.

Für die erfolgreiche Nutzung dieser Kommunikationskanäle ist es elementar, dass der Landtag die Kultur hinter sozialen Netzwerken versteht und diese in der Verwaltung auch implementiert und gelebt wird: Offenheit, Transparenz, Kritikfähigkeit und Dialogorientierung sind hierbei nur einige Stichworte. Die Beherrschung der digitalen Kanäle und ihrer Instrumente ist dabei eher Nebensache. Das Verständnis für die veränderte Art der Kommunikation und die Aufbereitung der Informationen für die unterschiedlichen Kanäle stellt m.E. in diesem Zusammenhang die wichtigste Herausforderung dar.



LAND BRANDENBURG



Anlage 4

Ministerium für Arbeit,
Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie
Der Landesbehindertenbeauftragte

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie | Postfach 50 11 63 | 14411 Potsdam

An die
Mitglieder des Hauptausschusses

Henning-von-Tresckow-Str. 2 - 13
14467 Potsdam

Bearb.:
Gesch.-Z.: StBLMB
Telefon: +49 331 866-5014
Fax: +49 331 27548-5014
Internet: www.masgf.brandenburg.de
Juergen.Dusel@masgf.brandenburg.de

Bus und Tram: Haltestelle Ailer Markt/Landtag
Bahn und S-Bahn: Potsdam Hauptbahnhof

Potsdam, 05. Oktober 2015

11. Sitzung des Hauptausschusses – Öffentliche Anhörung zu Instrumenten zur lebendigen Gestaltung der Parlamentsdebatte

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

ich beziehe mich innerhalb der Anhörung überwiegend auf die Fragestellungen der Fraktion DIE LINKE, von der ich benannt wurde.

Zunächst begrüße ich die Anhörung im Hauptausschuss des Landtages ausdrücklich. Bürgerbeteiligung, das Wissen um politische Prozesse und die Kenntnis von Inhalten politischer Debatten ist essentiell für unsere Demokratie. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Bürgerinnen und Bürger mit einer Behinderung leben oder nicht. Sie alle genießen dieselben Rechte, es ist Aufgabe staatlicher Organisationen und Institutionen, diese zur Geltung zu bringen. Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen bedarf es besonderer Aufmerksamkeit, weil insbesondere deren **politische Teilhabe** häufig noch auf **Barrieren** – einstellungsbedingte, bauliche, kommunikative oder informationstechnische – stößt, die eine gleichberechtigte Ausübung von Bürgerrechten behindern.

Die Bundesrepublik Deutschland hat 2009 das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) ratifiziert und damit zu geltendem Recht gemacht. Dieses bindet alle staatlichen Ebenen. Innerhalb des Vertragstextes regeln die Artikel 9 (Zugänglichkeit), 21 (Recht der freien Meinungsäußerung, Meinungsfreiheit und Zugang zu Informationen) und 29 (Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben) die hier interessierenden



Lebensbereiche. So normiert Artikel 29, dass die Vertragsstaaten die politischen Rechte von Menschen mit Behinderungen zu garantieren haben. Artikel 21 stellt klar, dass die Vertragsstaaten alle geeigneten Maßnahmen zu treffen haben um zu gewährleisten, „... dass Menschen mit Behinderungen das Recht auf freie Meinungsäußerung und Meinungsfreiheit, einschließlich der Freiheit, Informationen und Gedankengut sich zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben, gleichberechtigt mit anderen ... ausüben können“. Artikel 21 a) nimmt insbesondere die für die Allgemeinheit bestimmten Informationen in den Blick. Danach müssen die Vertragsstaaten für Menschen mit Behinderungen Informationen „...rechtzeitig und ohne zusätzliche Kosten in zugänglichen Formaten und Technologien, die für unterschiedliche Arten der Behinderung geeignet sind, zur Verfügung stellen“. In diesem Zusammenhang ist die Verwendung der Gebärdensprache, von Brailleschrift und von Leichter Sprache zu sehen. **Das Recht zur Verwendung von Gebärdensprache und auf barrierefreie Informationstechnologie ist in Brandenburg im BbgBGG, §§ 7 und 9 geregelt.**

Ohne Zweifel kommt dem Internet bei der Wissensvermittlung und Information zunehmend eine Schlüsselfunktion zu. Menschen mit und ohne Behinderungen informieren sich mittels Internet zunehmend. Deshalb sollte aus meiner Sicht das Internetangebot des Landtages – aber auch der Landesregierung insgesamt – barrierefrei zugänglich sein. Aber auch Druckerzeugnisse sollten diesem Standard genügen. Es gibt bereits gute Beispiele; so werden Informationsmaterialien der Landesregierung mehr und mehr auch in Leichter Sprache vorgehalten, so bspw. eine Informationsschrift zum EFRE oder über das bisherige Behindertenpolitische Maßnahmenpaket der Landesregierung.

In Vorbereitung der Anhörung wurden durch den Landesbehindertenbeirat mehrere Selbstvertretungsorganisationen abgefragt. Aus Sicht des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Verband Brandenburg e.V. ist der Internetauftritt bereits nahezu barrierefrei gelungen. Aber insbesondere der Landesverband der Gehörlosen Brandenburg e.V. sieht noch ein deutliches Verbesserungspotential bei der Gestaltung des Internetauftritts des Landtags. So können Gebärdensprachvideos hilfreich sein, die zentrale Informationen zugänglich machen. Ich empfehle deshalb bei der Weiterentwicklung des Internetauftritts aber auch des Informationsangebots diesen Verband zu beteiligen. Dies reicht aber nicht aus. Die Gestaltung und Präsentation von Informationen in Leichter Sprache für Menschen mit Lernschwierigkeiten ist eine weitere Facette barrierefreier Kommunikation. Deshalb sollte der Landesbehindertenbeirat insgesamt vor Auslösung eines Auftrags an einen Dienstleister beteiligt werden. Die Gruppe der Menschen mit Behinderungen ist heterogen, deshalb sind auch die Anforderungen an Barrierefreiheit vielfältig. Der Grundsatz „nichts über uns, ohne uns!“ gilt auch hier. Die Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen sind Experten in eigener Sache.

Als Landesbehindertenbeauftragter kann ich den Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern nur empfehlen. Dies kann vor Ort im Parlament (dann bitte auch

sichtbar für gehörlose Menschen im Rollstuhl), aber auch bei der Übertragung von Plenarsitzungen via Livestream erfolgen. Ich wünsche mir, dass regelmäßig bei Regierungserklärungen und zentralen Debatten Gebärdensprachdolmetscher zum Einsatz kommen. Dies würde eine große Verbesserung für die politische Partizipation gehörloser Menschen darstellen und hätte eine Signalwirkung für das ganze Land Brandenburg und darüber hinaus. Es würde zudem der Bewusstseinsbildung dienen und zeigen, dass es gerade dem Landtag mit der Inklusion von Menschen mit Behinderungen ernst ist.

Sofern der Hauptausschuss dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgt, eine AG „Parlamentsreform“ einzusetzen, schlage ich vor, dass deren Mitglieder ein Sensibilisierungstraining absolvieren.

Es gibt keine belastbaren Zahlen, ob Politikverdrossenheit bei Menschen mit Behinderungen gleich ausgeprägt ist wie im Gesamtdurchschnitt. Ich empfehle den AG-Mitgliedern jedoch, sich auch diesem Thema zu stellen und beispielsweise Ansätze wie ein neu entwickeltes Bildungsprogramm „Argumentationstraining gegen Politikverdrossenheit“ in Erwägung zu ziehen.

Sollte es zu Beschlüssen kommen, beispielsweise Kinder oder Jugendliche stärker in einen Dialog einzubeziehen, dann bitte ich darum darauf zu achten, dass auch Kinder mit Behinderungen repräsentiert sind und zur Teilhabe ermutigt werden.



EINGEGANGEN

07. OKT. 2015

#1 G-193

Erled. *El. W. K. K.*

H. Schönbach

Anlage 5

Günter C. Behrmann

Beitrag zur Öffentlichen Anhörung „Instrumente zur lebendigen Gestaltung der Parlamentsdebatte“ Landtag Brandenburg am 7. Oktober 2015

„Die verbreitete Teilnahmslosigkeit des Volkes an den politischen Vorgängen und Aufgaben löst die Politik aus ihrem Ort im menschlichen Dasein. Sie erscheint dann dem einzelnen als ein Sachvorgang, an dem er, als bloßes Objekt, nicht mitzuwirken hat. Zugleich wird der Politiker von den Menschen isoliert, in deren Dienst doch seine Arbeit steht. Er wird persönlich getrennt gerade auch von jenen, mit denen er in ständigem Gespräch und Austausch stehen sollte.“

Dies sind drei zentrale Sätze aus Empfehlungen eines Arbeitskreises von Sachverständigen, der im Juli 1955 auf Initiative des bayrischen SPD-Landesvorsitzenden und Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Waldemar von Knoeringen über die Frage beriet, wie eine parteiunabhängige Landesakademie für politische Bildung beschaffen sein könnte. Die im Ergebnis dieser Beratungen verabschiedeten Empfehlungen bildeten die Grundlage für die dann 1958 im oberbayrischen Tutzing eröffnete Akademie, die einige von Ihnen vielleicht kennen. Mit Sicherheit kennen Sie jedenfalls alle das mit den zitierten Sätzen beschriebene Problem. Denn es ist uns vertraut. Wenn auch in einer etwas anderen Sprache findet man dort, wo das Verhältnis der Bürger zur Politik und der Politik zu den Bürgern thematisiert wird, auch in jüngster Zeit viele ähnliche Problemdefinitionen.

Das Problem, so meine erste These, ist also nicht neu. Es handelt sich vielmehr um ein strukturelles Problem, in zeitlicher Perspektive also um ein Dauerproblem.

Das heißt nicht, dass sich das Problem immer in der gleichen Weise zeigt. Die konkrete Problemlage, so meine zweite These, ändert sich mit dem Wandel der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse.

Solche Probleme lassen sich nicht ein für alle Mal lösen, sondern nur bearbeiten und dadurch in Grenzen halten, bestenfalls minimieren. Zudem müssen sich die Mittel und Wege der Bearbeitung mit der konkreten Problemlage sowie den je vorhandenen Mitteln wandeln.

Im so abgesteckten Rahmen möchte ich

- zunächst erläutern, weshalb wir es mit einem strukturellen Problem zu tun haben,
- dann zumindest kurz auf zwei Veränderungen der konkreten Problemlage eingehen,
- um zu den Fragen Stellung zu nehmen, zu denen ich als Sozialwissenschaftler, der sich hauptsächlich mit sozialen und politisch-kulturellen Wandlungen sowie mit der schulischen und außerschulischen politischen Bildung beschäftigt, etwas sagen kann.

Gesellschaften wie die unsere sind sozioökonomisch in einem historisch beispiellosen Maße arbeitsteilig, mithin funktional differenziert und weltoffen. Wir verbringen einen großen Teil unserer Tage in Organisationen, die je spezifische Funktionen erfüllen sollen und zumindest teilweise erfüllen und dabei nicht mehr ortsgebunden sind. Mit der fortschreitenden funktionalen Differenzierung wächst der Bedarf an im weitesten Sinne rechtlichen Regelungen. Die dafür in erster Linie zuständigen staatlichen Institutionen verlieren aber ihre übergeordnete

zentrale Stellung und 'herrschaftliche' Gestaltungsmacht. Zugleich schreiten die Prozesse voran, die mit dem Schlagwort 'Globalisierung' bezeichnet werden. Auch das hat Folgen für die Staatlichkeit, also für die Staatsgewalt, das Staatsvolk und die Staatsgrenzen – die klassischen Bestimmungsmerkmale des modernen Staats. Dessen räumliche und soziale Grenzen werden immer durchlässiger. Die massenhaften Fluchtbewegungen dieser Tage führen uns das in drastischer Weise vor Augen.

Die Funktion der Politik, so die gängige politikwissenschaftliche Definition, besteht in der Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen, in traditioneller Betrachtung: der Gesetzgebung durch Parlamente und in parlamentarischen Verfahren. Insofern behalten Landesparlamente durchaus eine zentrale Funktion. Ihre Stellung ist aber zum einen in komplexe Mehrebenensysteme eingelagert, die von der kommunalen über die regionale, nationale und europäische Ebene bis zu globalen gouvernementalen Institutionen reichen. Und zum anderen haben es Parlamente, Regierungen und staatliche Verwaltungen nicht in erster Linie mit den Bürgern, von deutschen Politikerinnen und Politikern gerne „den Menschen“ genannt, sondern mit den Organisationen in den selbst funktionsspezifisch ausdifferenzierten gesellschaftlichen Teilsystemen, also der Wirtschaft, dem System sozialer Sicherung, dem Bildungs-, dem Wissenschaftssystem etc. zu tun und müssen sich selbst entsprechend organisieren, so unter anderem in Parlamentsausschüssen und Arbeitskreisen.

Die Bürger und Bürgerinnen ihrerseits sind in weit geringerem Maße als etwa zu der Zeit, in der die Empfehlungen zur Gründung einer bayrischen Landesakademie entstanden, in institutionell und organisatorisch gefestigte soziokulturelle Milieus eingebunden. Wie die in die in den späten fünfziger Jahren entstandene Studie der amerikanischen Politikwissenschaftler Gabriel Almond und

Sidney Verba zur Bürgerkultur in verschiedenen westlichen Staaten gezeigt hat, waren die Bundesdeutschen damals trotz einer im Vergleich zu den US-Amerikanern wenig entwickelten demokratischen Bürgerkultur pflichtbewusste Wähler, weil sie insbesondere als kirchentreue Katholiken oder als gewerkschaftlich organisierte Arbeiter dazu angehalten wurden. Wie die politische Partizipation insgesamt ist die auch die heutige Wahlbeteiligung von zwar auch von der soziokulturellen Umwelt der Wahlberechtigten, aber sehr viel seltener von Motiven abhängig, welche durch institutionell-organisatorische Bindungen und Verpflichtungen beeinflusst werden.

Noch folgenreicher ist wohl die Veränderung der Medien und ihrer Rolle in der 'Politikvermittlung'. 1955 gab es zwar schon das Fernsehen, aber erst wenige Fernseher. Als Schüler habe ich in den fünfziger Jahren einige der großen Parlamentsdebatten über das Medium verfolgt, auf das sie ausgerichtet waren, auf (Radio-)Hörer. Dann kam das Fernsehzeitalter mit den wenigen öffentlich-rechtlichen Sendern und im späten 20. Jahrhundert dann deren Vermehrung durch private Sender. Mittlerweile geht das 'Fernsehzeitalter' zu Ende. Damit gelangt man in ein sehr weites Feld von alten, neuen und teils auch schon wieder veraltenden Medien, die allein als solche schon das Verhältnis zwischen Bürgern und Politik beeinflussen und auch gezielt zu beeinflussen versuchen.

Weiter als die immer noch in vielen Köpfen steckende und in Medien zur politischen Bildung verbreitete Vorstellung, die im Volk vereinten Bürger würden in Wahlen den Volkswillen artikulieren, der sodann durch Willensübertragung an die ihn vollstreckenden Parlamente übergeht, kann eine Vorstellung daher wohl nicht von der Wirklichkeit entfernt sein. Insofern kommt die Beschreibung des Verhältnisses von Bürgern und

Politik, Politik und Bürgern in den eingangs zitierten Empfehlungen den heutigen Realitäten sehr viel näher. Auch ihr liegt aber eine stark idealisierte und unterkomplexe Vorstellung von heutiger Demokratie zu Grunde. Politiker und anderen Tätigkeiten nachgehende Bürger sind nicht deshalb voneinander getrennt, weil es an ständigem Austausch und Gespräch mangelt, sondern weil sie sich trotz viel Austausch und Gesprächen zwischen Parlamentariern und den außenstehenden Bürgerinnen in unvermeidlich und notwendig getrennten Handlungsfeldern bewegen. Wenn überhaupt, besitzen wir über Organisationen, in denen wir nicht selbst tätig sind oder zumindest unmittelbar zu tun haben, nur ein sekundär durch Medien vermitteltes Wissen. Das gilt auch und nicht zuletzt für Parlamente. Es kommt hinzu, dass der Parlamentsbetrieb formellen und informellen Regeln folgt, die sich beträchtlich von den Betriebsregeln in anderen Institutionen und Organisationen unterscheiden. „Die Art und Weise, wie Parlamente arbeiten“, schrieb G. Löwenberg vor Jahren in der Zeitschrift für Parlamentsfragen, „ist den meisten Menschen ein Rätsel“.

Damit komme ich zu den Fragen. Ich will versuchen, sie, soweit mir das möglich ist, zusammenfassend in sechs Thesen zu beantworten.

1. Geschäftsordnungen regeln den inneren Betrieb des Parlaments. Im Hinblick darauf besteht ein „Transparenzparadox“ (G. Löwenstein). Parlamentsdebatten sind im Unterschied zu Entscheidungsprozessen in vielen anderen Institutionen öffentlich. Den meisten Menschen fällt es trotzdem und teils gerade deshalb schwer, zu durchschauen, wie Parlamentsentscheidungen zu Stande kommen. Die im „Gutachten zu neuen Elementen der Parlamentsarbeit“ aufgeführten Neuerungen dürften auch dann, wenn sie

innerbetrieblich sehr sinnvoll und erstrebenswert sind, daran nichts ändern. (Frage 10)

2. Der insbesondere auf kommunaler Ebene und Länderebene beobachtbare Rückgang der Wahlbeteiligung und der in CDU, CSU, der Linken, FDP und SPD beobachtbare starke Rückgang der Zahl der Parteimitglieder sind auch dann bedenklich, wenn ein gestiegenes Ausmaß 'nicht konventionellen' bürgerschaftlichen Engagements gegengerechnet wird. Dass sich wie auch immer beschaffene Änderungen in der Parlamentsarbeit in nennenswerter Weise positiv auf die Wahlbeteiligung auswirken werden, ist nach allem, was wir aus der sehr umfangreichen Wahlforschung wissen, aber leider nicht zu erwarten. (Fragen 5, 9 und 15)
3. Politisches Wissen, politische Urteilsfähigkeit, die Bereitschaft und Fähigkeit zur aktiven politischen Beteiligung werden erlernt. Die Lernprozesse, also die im engeren Sinne politische Partizipation, setzen bereits im frühen Jugendalter ein. Dennoch ist die Meinung, Jugendliche seien in großer Mehrheit politisch desinteressiert, nicht sachkundig also inkompetent, negativ zu aller Politik eingestellt, apathisch, mithin schwer zu mobilisieren immer noch weit verbreitet. Das politische Interesse und der politische Kenntnisstand erhöhen sich indes schon im zweiten Lebensjahrzehnt so sehr, dass im Hinblick darauf sowie auf die politische Partizipation die Abhängigkeit von der sozialen Herkunft, der formalen Bildung und erstaunlicherweise immer noch dem Geschlecht in den oberen Altersjahrgängen größer ist als die Abhängigkeit vom Alter. Die Differenzen zwischen Jugendlichen aus Unter- und Mittelschichtfamilien sowie Jugendlichen mit Hauptschulabschluss und Studierenden sind nach wie vor

dramatisch, die Ratlosigkeit der Pädagogik, auch meine ist groß.
(zu Frage 14)

4. Entgegen anderen Erwartungen sind trotz der schon weit reichenden Veränderungen des Informations- und Kommunikationsverhaltens, insbesondere der verbreiteten Internetnutzung bislang keine starken Veränderungen im Verhältnis von Bürgern und Politik und der politischen Partizipation zu erkennen. Dass Parlamente sich den Bürgern über dadurch eröffnete Zugänge stärker öffnen und bei der Außendarstellung ihrer Arbeit neue Kommunikationsformen nutzen, sollte mittlerweile ebenso selbstverständlich sein wie ein dadurch ermöglichter Abbau von Barrieren für Behinderte. (Fragen 1-3 sowie 6-8). Die Beantwortung der Frage, wie das geschehen kann und sollte, sei Fachleuten überlassen.
5. Dass sich die Altersgruppen bei der Mediennutzung weiterhin stark unterscheiden, dürfte bekannt sein. Dies sollte bei allen Änderungen bedacht werden. In dieser Hinsicht nehmen Jugendliche vor allem bei der politischen Information über Medien nun tatsächlich eine Sonderstellung ein. Rundfunk und Fernsehen scheinen die meisten Jugendlichen mit politischen Sendungen kaum mehr zu erreichen. Tages- und Wochenzeitungen werden als Mittler politischer Informationen positiv bewertet, aber immer weniger konventionell genutzt.
(nochmals Frage 14)

Ich empfehle deshalb, Veränderungen der Geschäftsordnung mit Blick auf ihre Funktionalität für die Parlamentsarbeit diskutieren und die Fragen zu Veränderungen im Verhältnis von Bürgern und Parlament, insbesondere der Mittel und Bezüge ihrer Kommunikation auf anderen Ebenen anzugehen und dabei der Jugend besondere Beachtung zu schenken.



Breite Straße 7a | 14467 Potsdam
Tel: 0331.620 75 30 | Fax: 0331.620 75 38

Bernd Mones
Geschäftsführer

Tel.: 0331. 620 75 32
Mobil: 01705662582
bernd.mones@ljr-brandenburg.de

Potsdam, den 7. Oktober 2015

Landtag Brandenburg – Hauptausschuss

Öffentliche Anhörung „Instrumente zur lebendigen Gestaltung der Parlamentsdebatte“ am 7.10.2015

Stellungnahme

Vorbemerkung:

Wahlalterabsenkung erreicht, dadurch viele Jugendliche für Politik durch Broschüren, „Machs ab 16-seite“ und Broschüre für alle 9./10 Jahrgangsstufen und web-potal , früher sensibilisiert.

Anlass des Antrages ist die geringe Wahlbeteiligung von durchschnittlich 48,5 %. Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik des Landeswahlleiters von der Landtagswahl 2014 nach Alter bestätigen den Anlass und sind für die Alterskohorten unter 30 Jahren noch gravierender:

Landtagswahl Brandenburg:	2014	2009
- 16-bis unter 18 Jahre:	41,5 %	xx
- 18 bis unter 21 Jahre:	34,0 %	59,9 %
- 21 bis unter 25 Jahre:	26,2 %	54,6 %
- 25 bis unter 30 Jahre:	30,1 %	54,0 %

Fragen/Antworten

1. Informationsangebot Landtag

- Übersichtliche Homepage; gutes Layout; Informationen können schnell gefunden werden
- Fehlende Zugänge für Jugendliche...Facebook, Instagram etc. müssen nicht nur als Seite eingerichtet sein, sondern auch redaktionell administriert werden. Dies bedeutet einen höheren Aufwand für die Öffentlichkeitsarbeit, um jedoch unterschiedliche Altersgruppen, hier insbesondere jüngere Menschen besser und dialogisch zu erreichen, halten wir dies für unumgänglich. Für eine jugendgerechte Aufbereitung der spezifischen Inhalte ist eine beratende „Jugendredaktion“ o.ä. denkbar. Der Landesjugendring bietet hier gern Unterstützung an.

Besonderer Mangel für junge Menschen: Keine mobile Version des Internetauftrittes!

2. Aktuelle Themen in Landtagsdebatten einbringen

- Onlinebefragung mit Votingsystem; vorhandene Beteiligungsmöglichkeiten über Verbände (+ Landesschüler_innen-Rat; Jugendparlamente, Jugendverbände/LJR etc. nutzen) sowie über aktive Nutzung sozialer Netzwerke.

3. Livestream oder Newsticker

- Erreicht nur wenige; kann aber als Möglichkeit des Einsatzes im Unterricht/der außerschulischen Jugendbildung durchaus Wirkung zeigen

a) Wie nutzen die Brandenburger nach Ihrer Einschätzung das Internet zur Information?

Bei Jugendlichen würde ich sagen: „Über Umwege“. Wenn politische Botschaften und Informationen jugendgerecht aufgemacht sind, erhöht dies auf jeden Fall das Interesse der Jugendlichen. Wichtig auch: Bezug (zum Beispiel von Landesgesetzen) zur Lebenssituation der Jugendlichen herstellen.

b) Wie bewerten Sie die digitalen Möglichkeiten zur Politikvermittlung durch den Landtag?

Wenn das gemeint ist: RSS-Feeds für Information gut, aber kompliziert; zudem nur für sehr interessierte.

4. Landtag für die Bevölkerung öffnen

Gute Ansätze bereits vorhanden (Einladung der Präsidentin an Zivilgesellschaft, Verbände etc.), durch den Besucherdienst des Landtages und durch die partielle Möglichkeit, auch Veranstaltungen/Tagungen etc. für Jugendliche und Fachkräfte (Schule und Jugendarbeit) zur Verfügung zu stellen. Innenhof sollte für Veranstaltungen leichter nutzbar gemacht werden.

5. Art und Weise der Debatten im Landtag

Kontroverse Debatten und gute Statements/ Reden machen das Zusehen interessanter. Inwieweit dies aber Rückschlüsse auf die tatsächliche Wahlbeteiligung hat, ist nicht klar.

6. Barrierefreier Zugang?

Verweis auf Ausführungen es Landesbehindertenbeauftragten.

7. Anregungen für barrierefreien Zugang:

- Textgröße sollte variabel sein
- Einfache Sprache

8. Gebärdendolmetscher

Für den Livestream unentbehrlich!

9. Zusammenhang Parlamentsarbeit und politischem Interesse

- Eine, den Bürger_innen zugewandte Parlamentsarbeit, mit Platz für Fragen, Anregungen und Kritiken aus der Bürgerschaft, kann m.E. das Interesse tatsächlich erhöhen. Es braucht mehr „Politiker_inne auf Augenhöhe/ zum Anfassen“.

Eine lebendige Debattenkultur mit einem Höchstmass an freier Rede und der nachgehenden Möglichkeit der Gegenrede kann für Interessierte wirksam sein.

Grundsätzlich hängt das Interesse der Bürger jedoch davon ab, ob sie am Thema interessiert sind und sie den Landtag als den Ort der Entscheidung ansehen.

10. Vorschläge zur Änderung der Geschäftsordnung

- Die Vorschläge bzw. Vergleiche aus anderen Bundesländern sind gut und lassen eine höhere Flexibilität zu (Dringlichkeitsanträge, mehrere aktuelle Stunden an einem Sitzungstag etc.). Der Erfolg solcher Maßnahmen ist abhängig von der Disziplin und dem wirklichen Willen zur Veränderung der Politiker_innen.

Das Einführen von mehreren aktuellen Stunden an einem Sitzungstag in Kopplung mit der

Möglichkeit eines Online-Votings der Bürger_innen (zur Abstimmung über ein für die Bürgerschaft drängendes und aktuelles Thema) hätte m.E. Wirkung.

11. Grundsätzliche Anforderungen bestehen an die Politikvermittlung eines Parlaments?

Die Angebote der Politikvermittlung des Landtages sind fast ausschließlich auf den schulischen Kontext (z.B. Planspiel ausdrücklich nur für Schulklassen) bezogen. Dadurch werden ausserschulische Gruppen (Verbände, Jugendbildungsstätten, Jugendclubs etc.) ausgeblendet. Dies ist sowohl strukturell als auch pädagogisch nicht nachvollziehbar. Mehr Schritte in Richtung der „Öffnung des Landtages“ für Kinder und Jugendliche wären wünschenswert; so wie z.B. mit der SIMEP (Simulation Europäisches Parlament) ein erster Schritt gegangen wurde.

So könnten gezielte Informationen bzw. Einladungen über laufende Prozesse an ausserschulische Träger (Verbände, Jugendbildungsstätten etc.) gehen. Hier sollte auch die Möglichkeit des Besuches der Ausschüsse, die sich mit jugendrelevanten Themen befassen (insb. ABJS) deutlicher hervor gehoben werden.

12. Welche Instrumente können dazu beitragen, die parlamentarische Diskussion lebendiger zu machen?

Newsticker, Livestream, Für junge Menschen die Themen des ABJS aufbereiten; Mehr Gespräche in Schulen, Jugendclubs, - Parlamenten etc.

13. K.A.

14. Mehr Veranstaltungen im Landtag (was nicht nur Führung + Gespräch mit ein/zwei Abgeordneten bedeutet) für Kinder und Jugendliche; auch Seminare/ Simulationen/ Rollenspiele

15. Können durch eine Parlamentsreform wahlabstinente Menschen wieder erreicht werden.

Eine Parlamentsreform greift zu kurz, um schon wahl-/politikabstinente Menschen zu erreichen. Dieser Problematik müssen sich Parteien, Medien, Verbände etc. viel stärker stellen.

LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT • 39094 Magdeburg



DER PRÄSIDENT

Präsidentin
des Landtages Brandenburg
Frau Britta Stark
Alter Markt 1
14467 Potsdam

IHR ZEICHEN / IHRE NACHRICHT VOM

MEIN ZEICHEN

BEARBEITET VON Warns-Gerdes

TEL. +49 391 560-

MAGDEBURG

21-2229-2-2

1208

9. November 2015

Anhörung zu Instrumenten zur lebendigen Gestaltung der Parlamentsdebatte

Sehr geehrte Frau Kollegin,

zu meinem Bedauern konnte ich an der Anhörung zu diesem Thema am 7. Oktober 2015 nicht teilnehmen. Gerne komme ich jedoch Ihrem Wunsch nach einem Statement zur Wirkungsweise der spontanen Fragestunde während der Plenardebatten nach.

Hierzu ist aus hiesiger Erfahrung mitzuteilen, dass im Interesse der Gewährleistung von mehr Transparenz und Lebendigkeit der Landtag auf der Grundlage eines Erprobungsbeschlusses des Ältestenrates - Drs. 6/1271 - in sechs Sitzungsperioden von September 2012 bis März 2013 die Durchführung einer Regierungsbefragung in Anlehnung an den Modellen des Deutschen Bundestages und des Landtages Baden-Württembergs erprobte.

In seiner 24. Sitzung am 14. März 2013 beschloss der Ältestenrat mehrheitlich, die Erprobung der Befragung der Landesregierung zu beenden.

Den Erprobungsbeschluss in der Drs. 6/1271 habe ich zu Ihrer Information als Anlage beigelegt. In der Zwischenzeit gab es keine weitere diesbezügliche parlamentarische Initiative, so dass ich die Ausführung zu dem Thema hierauf beschränken muss.

Mit freundlichen Grüßen

Detlef Gürth

Anlage



Unterrichtung

Ältestenrat

Magdeburg, 6. Juli 2012

Befragung der Landesregierung

Der Ältestenrat hat in seiner 17. Sitzung am 5. Juli 2012 die Befragung der Landesregierung erörtert und mit Wirkung vom 1. September 2012 folgenden Beschluss gefasst:

1. Die Einführung einer Befragung der Landesregierung wird erprobt.
2. Die Befragung der Landesregierung findet im Rahmen der Fragestunde gemäß § 45 GO.LT statt. Sie ist der Beantwortung Kleiner Anfragen voranzustellen.
3. Zur Vorbereitung der Befragung teilt die Landesregierung unmittelbar nach der Kabinettsitzung dem Präsidenten des Landtages die zentralen Gegenstände der Sitzung mit. Über diese Mitteilungen der Landesregierung unterrichtet der Präsident den Landtag.
4. Die Befragung der Landesregierung dauert in der Regel 30 Minuten. Der Präsident kann die Befragung verlängern. Dauert die Befragung länger als 30 Minuten, verkürzt sich die Fragestunde um die Verlängerungszeit, § 45 Abs. 3 Satz 2 GO.LT findet keine Anwendung. § 45 Abs. 6 GO.LT gilt entsprechend.
5. Die Mitglieder des Landtages richten über die Saalmikrofone ihre Fragen zu den unter 3. mitgeteilten Themen an das zuständige Mitglied der Landesregierung. Die Fragen können durch kurze Bemerkungen eingeleitet werden. Sie müssen kurze Antworten ermöglichen und dürfen höchstens drei Minuten Redezeit in Anspruch nehmen. Der Präsident bestimmt die Reihenfolge der Fragesteller.
6. Die Mitglieder des Landtages können weitere Fragen von aktuellem Interesse an die Landesregierung richten. Die Fragen müssen Gegenstände berühren, die in der Zuständigkeit der Landesregierung liegen. Grundsätzlich antwortet das angesprochene Mitglied der Landesregierung; das Rederecht des zuständigen Mitglieds der Landesregierung bleibt unberührt. Die Antworten von Mitgliedern der Landesregierung sollen eine jeweilige Redezeit von drei Minuten nicht übersteigen.

(Ausgegeben am 06.07.2012)

7. Mitglieder des Landtages zeigen dem Präsidenten in der Sitzung schriftlich an, dass sie eine Anfrage an die Landesregierung richten wollen. Sie geben mit der Anzeige auch an, ob sie zum durch die Landesregierung bestimmten Thema eine Frage stellen oder zu welchem anderen Gegenstand sie welches Mitglied der Landesregierung befragen wollen.

Detlef Gürth
Präsident